

Frauen Männer Gender

Frauenpolitik & Genderpolitik in der
Friedrich-Ebert-Stiftung 2010/2011



Frauen Männer Gender

Frauenpolitik & Genderpolitik in der
Friedrich-Ebert-Stiftung 2010/2011



Inhalt

- 4 **Gerechte Aufteilung sieht anders aus**
Gespräch mit Peter Struck, dem neuen
Vorsitzenden der Friedrich-Ebert-Stiftung
- 8 **Menschen sammeln, damit sie sich
engagieren**
Anke Fuchs, FES-Vorsitzende 2003–2010
- 10 **Frauen sind „in“, doch ohne Gesetze bleibt
das folgenlos**
- 13 **Frei und würdig zu arbeiten, ist eines der
wichtigsten Menschenrechte**
Verleihung des Menschenrechtspreises
an die Mexikanerin Marcelina Bautista
- 17 **Heimweh und endlose Arbeitstage**
Interview mit Marcelina Bautista
- 21 **Schwestern zur Sonne, zur Gleichheit ...**
Internationaler Frauentag zu Migration
und Integration
- 23 **Arbeit und Anerkennung gehören zusammen**
Internationaler Frauentag in Bonn mit
Gesine Schwan
- 24 **Krieg oder Frieden – das machen Männer
unter sich aus, oder?**
Sicherheitspolitische Expertinnen im
Gespräch
- 28 **Wem werden Konjunkturprogramme gerecht?**
Gender-Budgeting-Studie zeigt
wirtschaftspolitische Leerstellen
- 30 **Acht Jahre Gender Budgeting in der Praxis**
Gute Erfahrungen in Berlin
- 31 **Ausbeutung ist „eingepreist“**
Schnäppchen hier, Hungerlöhne
in Südostasien
- 33 **Diskriminierung im Alltag und bei
Spitzenpositionen**
Gespräch mit Ingrid Matthäus-Maier,
Vorsitzende des Kuratoriums der FES
- 37 **Das norwegische Experiment –
längst unumstritten**
Die Frauenquote ist ein Erfolgsmodell
- 39 **Geschlechterkampf von rechts**
Das neue alte Feindbild Feminismus
Gespräch mit Dr. Thomas Gesterkamp
- 42 **„Kameradinnen“ im nationalen Kampf**
Frauen in der rechten Szene
- 43 **Mitläuferinnen und Macherinnen**
Eine spannende Dokumentation aus
Stuttgart
- 43 **Sie gehören zu den Working poor**
Für eine gerechtere Arbeitsmarktpolitik
- 44 **Alleinerziehende sind Leistungsträger**
Konferenz über Forderungen an eine
moderne Politik für Ein-Eltern-Familien
- 46 **Verfassungsrechtlich prekär**
Expertise zum geplanten Betreuungsgeld
- 46 **Neue Wege, alte Klischees**
Seminar der Akademie Frankenwarte
- 47 **EU-Büro in Brüssel**
Einblick in europäische Genderarbeit
- 48 **Kein Grund zur Zufriedenheit**
Zita Gurmai, MdEP, im Interview mit der
FES in Budapest
- 51 **Es fehlt an Transparenz und Wissen**
Gender Budgeting in der Ukraine



- | | |
|--|--|
| <p>51 Missbrauch im Internet
Kosovo – Kampagne gegen die Unwissenheit</p> <p>52 Versöhnungsprozess: Frauen spielen eine starke Rolle
Interview mit Memnuna Zvizdić, Geschäftsführerin von „Žene Ženama“</p> <p>55 Internationale Genderarbeit im Nachhall der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise
Ein Überblick: New York, Lateinamerika, MONA-Region</p> <p>57 Palästinensische Gebiete
Nur untergeordnete Rolle für Frauen</p> <p>57 Kamerun
Von Männern dominierte Gesellschaft</p> <p>58 Sudan
Personenstandsgesetz vertieft Ungleichheit</p> <p>59 Nigeria
Das Elend der Textilarbeiterinnen</p> <p>60 Südliches Afrika
Diskriminierung in Wirtschaft und Politik</p> <p>60 Asien
Förderung von Geschlechtergerechtigkeit</p> <p>61 Überfälle und sexuelle Belästigung
Megacities sind ein gefährliches Pflaster für Frauen</p> <p>61 Vietnam
Mitarbeit am Arbeitsgesetzbuch</p> <p>62 Indien – Social Business hilft armen jungen Inderinnen
FES verbreitet die Idee in viel beachteter Leitartikelserie</p> | <p>63 Mehr soziale Gerechtigkeit durch Gender Budgeting
FES wird in Südostasien initiativ</p> <p>64 Der Machismus ist tief verwurzelt
Interview mit Isabel Allende Bussi</p> <p>67 Von Schwangerschaftsabbruch bis Arbeitsrecht
Die Opposition hat bei der FES in Santiago ein Zuhause</p> <p>68 Mal was anderes über Frauen und Männer gelernt!
Girls' Day in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn</p> <p>70 Das Gedächtnis von SPD und Gewerkschaften
Neues aus dem Archiv der sozialen Demokratie</p> <p>71 Deutsche Frauen! Deutsche Mütter!
Plakatausstellung „Frauen im Aufbruch“</p> <p>73 Sollten wir uns integrieren?
Stipendiatinnen aus dem AK Gender diskutieren</p> <p>76 Dissertationen
Von der FES geförderte Promotionsprojekte zu frauen- und genderpolitischen Themen 2010 (Auswahl)</p> <p>78 Publikationen
der FES zur Frauenpolitik und Genderpolitik 2010 (Auswahl)</p> <p>79 Frauen- und Genderpolitik in der FES</p> <p>80 Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner</p> |
|--|--|

GESPRÄCH MIT PETER STRUCK, DEM NEUEN VORSITZENDEN DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Gerechte Aufteilung sieht anders aus



FES: Die Friedrich-Ebert-Stiftung engagiert sich intensiv in genderpolitischen Fragen und zwar nach innen und nach außen. Es geht um die gerechte Aufteilung von Arbeit, Geld und Lebenschancen zwischen Männern und Frauen. Sehen Sie in den vergangenen Jahren gesellschaftliche Fortschritte?

Peter Struck: Ich habe den Eindruck, dass die Begriffe immer noch nicht als notwendiger Dreiklang gesehen werden. Es gibt beispielsweise Fortschritte in der Bereitstellung von Arbeitsplätzen für Frauen. Aber häufig sind sie so schlecht bezahlt, dass sie keineswegs die Lebenschancen erhöhen. Meist handelt es sich um sogenannte typische Frauenarbeitsplätze, vor allem im Dienstleistungsbereich. Und weil es typische Frauenarbeitsplätze sind, ist die Bezahlung schlechter als die der Männer. Nicht vergessen dürfen wir dabei, dass diese Arbeit zu Minilöhnen zwangsläufig bei vielen Frauen in die Altersarmut führt. Nein, eine gerechte Aufteilung sieht anders aus.

FES: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, das ist eine SPD-Forderung seit Jahrzehnten. Warum bewegt sich so wenig?

Peter Struck: Das ist ein trauriges Kapitel, weil es zwar auf jeder Wunschliste der Gewerkschaften steht, aber eben als Wunsch und nicht als unverzichtbare Forderung. Frauen und Leiharbeiter sind da die Hauptbetroffenen. Seit Jahrzehnten schon kämpfen SPD-Frauen hier für mehr Gerechtigkeit – ich erinnere nur an die verstorbene Annemarie Renger mit ihrer Aktion „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ schon in den 1970er Jahren. Es ändert sich zu wenig und das Wenige zu langsam.

FES: Schwieriger noch ist das mit der gerechten Teilung der gesellschaftlichen Arbeit, also Haushalt, Kinder, Pflege von Angehörigen. Ändert sich da etwas in den Männerköpfen?

Peter Struck: Ich glaube, bei vielen jungen Männern hat sich in den Köpfen was geändert. Aber es ist eine Veränderung, die vom Großteil der Gesellschaft nicht mitgetragen wird. Da ist es immer noch zu selbst-

GESPRÄCH MIT PETER STRUCK



Peter Struck neben der Büste von Friedrich Ebert. © Liebe

verständlich, dass Haushalt, Kinder, Pflege als Frauenrolle verstanden und ihnen ein schlechtes Gewissen eingeredet wird, wenn sie dieser Rolle nicht entsprechen oder nicht entsprechen können. Und den Männern, die bereit sind, diese verkrusteten Strukturen aufzubrechen, wird vermittelt, dass sie ihrer gesellschaftlichen Rolle nicht gerecht werden. Bis heute ernten Männer bestenfalls Kopfschütteln, wenn sie wegen der Kinder oder zu pflegender Angehöriger die Arbeitszeit reduzieren oder eine Zeit lang ganz aussteigen wollen.

FES: Viele Frauen sehen sich immer noch vor die Alternative gestellt: Beruf oder Kinder oder permanente Überforderung. Die FES versteht sich als Vorreiterin für gesellschaftliche Veränderungen. Wo sehen Sie persönlich die Schwerpunkte?

Peter Struck: Mich bedrückt es vor allem, wenn ich sehe, wie alleinstehende Mütter, gelegentlich auch Väter, erdrückt werden von ihren Aufgaben in Familie und Beruf. Eine ständige Überforderung, bei der sie vom immer noch dominierenden, aber längst nicht mehr realen Bild der traditionellen (heilen) Familie im Stich gelassen werden. Ich kann da auch uns Politiker nicht ausnehmen. Das Steuerrecht benachteiligt Alleinerziehende zugunsten der Alleinverdiener-Ehe, in der darüber hinaus die nicht berufstätige Ehefrau beitragsfrei krankenversichert ist.

DR. PETER STRUCK

Fast 30 Jahre lang, von 1989 bis 2009, saß der promovierte Jurist Peter Struck für die SPD im Bundestag, viele Jahre als Fraktionsvorsitzender. Von 2002 bis 2005 war er Bundesminister der Verteidigung. Seit Januar 2011 ist er Vorsitzender der Friedrich-

Ebert-Stiftung, Nachfolger von Anke Fuchs. In Fraktion und Partei hat er erlebt, wie die 1988 unter SPD-Chef Hans-Jochen Vogel eingeführte Frauenquote die Partei verändert hat.

Das Gespräch für die FES führte Renate Färber-Husemann.

GESPRÄCH MIT PETER STRUCK



Peter Struck mit der Ehrenvorsitzenden der FES, Anke Fuchs. © Liebe

Aber ob verheiratet oder allein lebend: Junge Frauen wollen in aller Regel Kinder und Beruf. Machen wir ihnen keine Angebote zur öffentlichen und bezahlbaren Kinderbetreuung, dann werden viele sich gezwungen sehen, auf Nachwuchs zu verzichten. Die demografische Entwicklung warnt uns da sehr deutlich.

FES: Sie waren viele Jahre Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. Seit mehr als 20 Jahren leben Partei und Fraktionen mit der Quote. Ein Erfolgsmodell?

Peter Struck: Ja, die Quote war so erfolgreich, dass junge Frauen in unserer Partei heute mitunter sagen, sie brauchten die Quote nicht mehr. Die Quote hat Fakten geschaffen, hat das Denken verändert und ist zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Ohne dieses Instrument säßen heute viele gute Frauen vermutlich nicht im Bundestag. Ich sage es ungern: Aber die Männer mussten zu dieser Einsicht erst gezwungen werden.

FES: Braucht die Wirtschaft ähnliche Vorgaben, also Quoten für Aufsichtsräte und Spitzenpositionen, damit sich etwas bewegt? Bisher haben wir ja dort – je nach Sichtweise – Männerquoten von 95 bis 97 Prozent?

Peter Struck: Auf die Kraft der Einsicht würde ich in dieser immer noch männerbündlerischen Welt nicht mehr setzen. Wer aus der Entwicklung in den Parteien und in anderen gesellschaftlichen Bereichen in den vergangenen Jahrzehnten nichts gelernt hat, der wird es auch in Zukunft nicht freiwillig tun. Die Quote als verbindliche „Denkhilfe“ scheint mir in den Topetagen der deutschen Unternehmen unverzichtbar.

GESPRÄCH MIT PETER STRUCK

FES: In vielen sogenannten Entwicklungsländern tut sich in Sachen Genderpolitik in Politik und Wirtschaft (teils unter aktiver Mitwirkung der FES) mehr als in der hochentwickelten Bundesrepublik Deutschland. Ein Armutszeugnis für uns?

Peter Struck: Das auch, vor allem aber Grund, vom hohen Ross zu steigen. Im Austausch mit diesen Ländern sind wir eben nicht die Gebenden, sondern können dabei selbst lernen und Anregungen mitnehmen. Sagen wir es einmal so: Die andere Seite des Armutszeugnisses für uns ist ein Kreativitätszeugnis für diese Gesellschaften.

FES: Sie haben selbst Familie, drei erwachsene Kinder und sieben Enkel. Beim Blick zurück auf die Zeit, als Sie und Ihre Frau jung waren: Was hat sich verändert, verbessert für die heute jungen Männer und Frauen? Und wo hakt es immer noch?

Peter Struck: Bei uns war vereinbart, dass meine Frau die Erziehung der Kinder – um die wir uns zuvor gemeinsam gekümmert hatten – übernahm, als ich politisch immer mehr in Anspruch genommen wurde. Heute sehe ich bei meinen Kindern, dass das nicht mehr so selbstverständlich ist. Und das ist gut so. Allerdings ist es immer noch so, dass Frauen für diese partnerschaftlichere Aufteilung mehr einbringen müssen. Eine eben immer noch nicht gleichgewichtige Partnerschaft.



Menschen sammeln, damit sie sich engagieren

Anke Fuchs, FES-Vorsitzende 2003–2010



„Ich bin dazu erzogen worden, mich um meine Mitmenschen zu kümmern.“ Unsentimental wie immer nennt Anke Fuchs das als Erklärung für ihre eindrucksvolle politische und berufliche Biografie. Politik, das war für die Tochter des einstigen Hamburger Bürgermeisters Paul Nevermann so selbstverständlich wie atmen. In ihrem Elternhaus wurde mit Kurt Schumacher nach dem Krieg die Neugründung der SPD diskutiert, die Kinder waren immer dabei. Sie studierte Jura und startete das, was man eine lupenreine sozialdemokratische Karriere nennt: Als junges Vorstandsmitglied der IG Metall, als Staatssekretärin im Arbeitsministerium, 22 Jahre lang als Bundestagsabgeordnete, als Frauen- und Gesundheitsministerin, als Bundesgeschäftsführerin der SPD, als Vizepräsidentin des Bundestages, als langjährige Mieterbundpräsidentin und dann als Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung. Immer hat sie genau gewusst, für wen sie sich engagieren, für wen sie kämpfen will. Nämlich für diejenigen, die selbst keine Stimme haben, für Arbeitnehmer, für Frauen mit Kindern und dürftiger sozialer Absicherung, für die vom Schicksal nicht Verwöhnten, für Menschen, die sich mit

großem persönlichen Mut – und oft mit großem Risiko – für Demokratie und Gerechtigkeit in den Ländern engagieren, die wir Entwicklungsländer nennen. Für Helmut Schmidt war Anke Fuchs die erste Frau, die er sich als Bundeskanzlerin vorstellen konnte.

Das ganz Erstaunliche an ihrer langen Karriere in Beruf, Politik und Ehrenamt ist: Es gibt niemanden, der Nachteile über sie sagt. Bei den Reden zu runden Geburtstagen oder immer dann, wenn sie ein neues Amt antrat oder aufgab, ging es stets etwas herzlicher zu als üblicherweise bei solchen Anlässen. Da war die Rede von ihrer „burschikosen Menschlichkeit“, von ihrer Fähigkeit, auf Menschen zuzugehen, Distanz zu überbrücken. Gerühmt wurde ihre Geradlinigkeit und ihr nie nachlassendes Engagement für jene, die nicht auf der Sonnenseite stehen. Und das waren keine Floskeln, sondern genau so gemeint. Mit der ihr eigenen Herzlichkeit und ihrem Misstrauen gegen falsche Töne wehrte sie möglicherweise bei ihr aufkommende Rührung angesichts der Lobreden beispielsweise mit dem trockenen Satz ab: „Es kann wohl nicht alles gelogen sein.“

Wer jemals mit der Vorsitzenden der FES gereist ist, der weiß, dass sie der Arbeiterin in einer Textilfabrik oder ihrem Fahrer den gleichen Respekt und die gleiche Neugier entgegenbringt wie politischen Spitzenleuten. Immer will sie wissen, wie das Alltagsleben ist, wie die Familie mit dem Lohn auskommt, wie es mit der Schulbildung für die Kinder steht. „Von oben herab“, das kann sie gar nicht. Und weil sie präzise fragt und eine gute ZuhörerIn ist, erfährt sie eben auch ein bisschen mehr als andere.

Ihr ganzes politisches Leben lang hat Anke Fuchs Frauenpolitik gemacht. Wie so viele Politikerinnen ihrer Generation war sie zunächst keine Freundin von Quoten, hat sich aber eines Besseren belehren lassen: „Zunächst dachte ich, wir kriegen das schon ohne Quote hin. Aber die Quote ist eine Erfolgsgeschichte, weil die Männer sich daran gewöhnen mussten, mit Frauen auf allen Gebieten zusammenzuarbeiten. Vor dem Quotenbeschluss der SPD nannte man uns ‚Alibifrauen‘, danach ‚Quotilde‘. Aber das ist längst Vergangenheit. Ich bin für Quoten in der Privatwirtschaft, denn wir kommen sonst nicht weiter. Wir müssen diesen Kampf einfach aufnehmen.“

Anke Fuchs war immer berufstätig, hatte einen vollen Terminkalender auch in der Zeit, als ihre Kinder klein waren. Das ging nur, weil ihr Mann hinter ihr stand und mit großer Selbstverständlichkeit seinen Teil an der Familienarbeit übernahm. Sie lacht, wenn sie sich erinnert: „Mein Schwiegervater schrieb mir bei der Geburt des zweiten Kindes, nun müsse ich ja wohl im Beruf zurückstehen. Und meine Mutter beschimpfte meinen Mann und sagte: ‚Du schickst meine Anke zur Arbeit.‘“ Nicht anders ihr damaliger Arbeitgeber IG Metall: „Die Männer über 50 fragten sich alle, was will diese junge Frau hier? Die soll sich um ihre Kinder kümmern. Das Ziel der Arbeiterbewegung war ja, dass der Mann so viel verdient, dass seine Frau zu Hause bei den Kindern bleiben kann.“

Heute ist sie stolz darauf, wie intensiv die Friedrich-Ebert-Stiftung sich des Themas Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen annimmt. Viele Frauen arbeiten in leitenden Positionen. „Es gibt

eine sehr lebhafte Koordination Frauenpolitik/ Genderpolitik und das eigene Haus wird geschult in der Anwendung von Gender Mainstreaming.“

Und was wünscht sie der Friedrich-Ebert-Stiftung, deren Vorsitzende sie acht Jahre lang war, für die Zukunft?

„Menschen einsammeln in unserem Land, die ehrenamtlich für die Demokratie arbeiten wollen, und ihnen dabei helfen, sinnvolle Basisarbeit zu tun. Und das gilt auch weltweit. Überall dort, wo es noch an Demokratie fehlt, sollten wir weiterhin Menschen sammeln, damit sie sich engagieren.“



Seite Januar 2011 ist Anke Fuchs Ehrenvorsitzende der FES. © Liebe

Frauen sind „in“, doch ohne Gesetze bleibt das folgenlos

Im Jahre 2010 bahnte sich Erstaunliches an: Frauenthemen landeten auf Seite 1 der wichtigen Zeitungen. Männliche Leitartikler befassten sich mit der Frauenquote in Vorständen und Aufsichtsräten – und sprachen sich für gesetzlich verbindliche Regeln aus. In Talkshows wurden Begriffe verwandt wie Gender Mainstreaming und Gender Budgeting – ohne dass die Zungen sich verknoteten oder billige Witzchen folgten. Kein Mann fiel in Ohnmacht, weil die Männerbünde in der Wirtschaft infrage gestellt wurden – es sind ja (neben der katholischen Kirche) die letzten im Land. Nachdenklich beklagten Politiker und Manager die „Vergeudung von Ressourcen“, und dass ausgerechnet die Bundesfrauenministerin Kristina Schröder bei der Quote „sozialistische Bevormundung“ witterte, wurde eher milde belächelt, als altbacken abgetan. Der *Spiegel* widmete dem Thema eine Titelgeschichte, nannte sie „Die Machtfrage“ und stellte zerknirscht fest, dass auch im eigenen Hause nicht alles zum Besten bestellt ist. Also, nach Jahrzehnten der folgenlosen Beteuerungen und Versprechungen endlich die Hoffnung auf Taten?

Man wird sehen. Doch hoffnungslos ist die Situation in der Tat nicht. Die neue Bereitschaft der Männer – zumindest verbal –, Macht und Einkommen zu teilen, hat ja Gründe:

Frauen haben die besseren Abschlüsse an den Universitäten und schon längst nicht mehr bevorzugt in Germanistik oder Kunstgeschichte. In ihren Bewerbungsmappen zeigen sie eindrucksvolle Lebensläufe. Sie sind ehrgeizig und selbstbewusst und haben die gleichen beruflichen Lebensziele wie ihre männlichen Konkurrenten.

Die jungen Männer von heute sind partnerschaftlicher. Ihre Bereitschaft zu teilen ist höher, sei es bei der Familienarbeit oder im Erwerbsleben.

Die demografische Entwicklung zwingt zum Umdenken. Wer heute auf weiblichen Karriere-Nachwuchs verzichtet, aus Angst, die Frau könnte ja Kinder bekommen, wird morgen Schlüsselpositionen nicht mehr besetzen können.

Die Finanzkrise, hervorgerufen durch die männliche Bereitschaft, unkalkulierbare Risiken auf Kosten anderer einzugehen, hat zu neuer Nachdenklichkeit geführt. Man weiß, das Risikoverhalten von Frauen ist anders. Sie wägen Nutzen und Gefahren vorsichtiger ab als Männer, das ist unumstritten.

Die verbindlichen Frauenquoten in der Politik, zumindest bei SPD und Grünen, haben gezeigt, dass die Welt nicht untergeht, wenn Politikerinnen Verantwortung übernehmen. Sie können regieren, sie können mit Geld umgehen, sie sind nicht mehr bereit, zwischen Kindern und Karriere zu wählen. Sie wollen beides. Unvergessen sind die Bilder von der hochschwangeren spanischen Verteidigungsministerin, wie sie im Jahre 2008 vor den Soldaten stand. Und das hat keine Schockwellen mehr in der Männerwelt ausgelöst!

Es gibt positive Beispiele, die auch Männern die Angst vor Veränderungen nehmen. Im Land Berlin ist Gender Budgeting inzwischen selbstverständlich bei der Aufstellung der Haushalte (siehe Seite 30).



Frauen in Dax-Vorständen: Angelika Dammann (SAP), Christine Hohmann-Dennhardt (Daimler), Margret Suckale (BASF), Barbara Kux (Siemens AG, obere Reihe, v.l.n.r.), Regine Stachelhaus (Eon), Brigitte Ederer (Siemens AG), Claudia Nemat und Marion Schick (Telekom, untere Reihe, v.l.n.r.). Derzeit sind sechs Posten in den Führungsgremien der 30 Dax-Konzerne mit Frauen besetzt, bei der Deutschen Telekom kommen künftig zwei weitere hinzu. Foto vom 05.07.2011. © dpa Picture Alliance

Die Telekom hat Frauenquoten für Spitzenpositionen eingeführt und erhofft sich dadurch auch ein besseres Konzernimage. Die norwegische Frauenquote in Aufsichtsräten funktioniert relativ reibungslos (siehe Seite 37).

Von Afrika über Asien bis Lateinamerika wird über Genderpolitik so offen und engagiert diskutiert, dass viele europäische Länder daneben alt aussehen. Zahlreiche Berichte aus den FES-Büros rund um den Globus belegen das. Und sie belegen auch, dass die Arbeit der FES in vielen Ländern einen kleinen Anteil daran hat, wenn die politische Bildung von Frauen vorankommt, wenn es Frauenquoten in Kommunalparlamenten gibt, wenn ihr Status im Familienrecht sich auch in islamisch geprägten Ländern verbessert.

Und doch wird die neue UN-Unterorganisation „UN Women“ unter der Leitung der früheren chilenischen Präsidentin Michelle Bachelet viel zu tun haben, wenn sie weltweit mehr Geschlechtergerechtigkeit – so ihr Auftrag – erkämpfen will. Denn das ist die Kehrseite, die auch zum vollständigen Bild gehört: Zwangsprostitution und rechtlose, wie Sklavinnen gehaltene Hausangestellte (siehe Seite 56), Genitalbeschneidungen, Mädchenmord und

Massenvergewaltigungen als Kriegsmittel. Zur Frauengeschichte gehören auch im 21. Jahrhundert Ehrenmorde und Säureattentate, eine hohe Müttersterblichkeit, die mit einfachen Mitteln zu verhindern wäre, Kinderehen und verweigerter Schulbesuch für Mädchen.

Auch bei uns gibt es zu viele Einzelfälle, die zeigen, dass Migrantinnen und ihre Töchter es schwer haben, wenn sie ihre grundgesetzlich geschützten Rechte einfordern, ein selbstbestimmtes Leben führen wollen (siehe Seite 21).

Und warum bleiben so viele der bestens ausgebildeten jungen Frauen immer noch auf halbem Weg stecken? Deutschland teilt sich laut einer McKinsey-Studie bei den Spitzenjobs für Frauen die letzten Tabellenplätze mit Indien! Und dennoch sagt die Bundeskanzlerin: „Mit dieser Koalition wird es keine Quote geben.“ Jene Männer, die sich vor weiblicher Konkurrenz fürchten, werden es ihr danken. Denn damit wird eine Männerquote von rund 95 Prozent in den Vorstandsetagen der Wirtschaft zementiert.

Auch die junge Frauenministerin glaubt nicht an den Nutzen gesetzlicher Frauenquoten. Sie setzt

darauf, dass Männer freiwillig Machtbastionen aufgeben werden, weil „die Unternehmen längst erkannt haben, dass sie Frauen an der Spitze brauchen“.

Und unterhalb dieser Spitze? Frauen verdienen immer noch deutlich weniger als Männer. Ist der Frauenanteil in bestimmten Berufen, zum Beispiel in der Pflege, hoch, dann sind die Einkommen niedrig. Ein weiteres Beispiel dafür, wie aus berufstätigen Frauen Billiglöhnerinnen werden: Sind sie verheiratet und werden arbeitslos, dann haben sie keinen Anspruch auf Hartz IV, wenn ihr Mann verdient. Die Folge ist: Sie akzeptieren auch Hungerlöhne von fünf Euro die Stunde und weniger. Scheitert ihre „Ernährer“-Ehe, dann dürfen sie sich auf entsprechend miese Renten, sprich auf Altersarmut einstellen.

Ein weiterer Grund für Resignation auch bei Frauen mit guter Ausbildung ist die immer noch desolade Situation in der öffentlichen Kinderbetreuung, die Frauen (und nur sehr selten Männer) de facto zwingt, sich zwischen Kindern und Karriere zu entscheiden. So leisten wir uns promovierte Hausfrauen, die trotz glänzender Abschlüsse zu Hause

unbezahlte Nachhilfelehrerinnen ihrer Kinder sind. Noch problematischer ist die Situation alleinerziehender Mütter und manchmal auch Väter: Eine gute Kinderbetreuung ist in vielen Städten – wenn überhaupt ausreichend vorhanden – unerschwinglich teuer. Also arbeiten viele Alleinerziehende Teilzeit mit wenig Geld und weit unter ihrer Qualifikation (siehe Seite 44).

Viele jener Frauen, die in der Vergangenheit die Frauenbewegung mitgetragen haben und so erfolgreich waren, fordern heute einen neuen Anlauf, um das Erreichte nicht wieder zu verspielen. Das hat, zugegeben auf einem niedrigeren Niveau mit einem sehr viel höheren Leidensdruck, schon einmal geklappt: Obwohl die Gleichberechtigung ohne jede Einschränkung seit 1949 im Grundgesetz verankert ist, brauchte es mehrere Urteile des Bundesverfassungsgerichts und massiven Druck der Frauen, bis endlich 1958 das Gleichberechtigungsgesetz in Kraft trat, das mit dem sogenannten Stichentscheid des Ehemannes Schluss machte. Bis dahin entschied im Streitfall der Mann alleine, ob seine Frau berufstätig sein durfte oder nicht, wo die Familie lebte, welche Schulen die Kinder besuchen durften, ob eine Waschmaschine gekauft wurde. Und erst in der sozialliberalen Koalition kam in den 1970er Jahren ein modernes Familien- und Scheidungsrecht, in dem das Schuldprinzip durch das Zerrüttungsprinzip abgelöst wurde, in dem nicht mehr die Frau alleine, sondern beide Partner für Familien- und Hausarbeit verantwortlich waren. Das alles geschah trotz heftiger männlicher Gegenwehr.

Das ist längst Geschichte. Heute verlaufen die Konfliktlinien anders: Jeder Cheffinnenplatz für eine Frau ist einer weniger für einen Mann. Und ohne Druck, also ohne entsprechende Gesetze, wird sich nur wenig und das Wenige viel zu langsam verändern. Dabei sind die Frauen doch gar nicht unbescheiden: Sie wollen nur die Hälfte, bei den Jobs, bei der gesellschaftlichen Teilhabe, bei der Haus- und Familienarbeit. Die Hälfte von allem. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.



© Fotolia

Frei und würdig zu arbeiten, ist eines der wichtigsten Menschenrechte

Verleihung des Menschenrechtspreises an die
Mexikanerin Marcelina Bautista

Sie ist eine winzige Person mit wilden Locken, einer warmen Stimme und einem unwiderstehlichen Lächeln. Marcelina Bautista ist so klein, dass der DGB-Vorsitzende Michael Sommer für ein offizielles Foto mit ihr fast in die Knie ging. Und doch verfügt diese sehr viel jünger wirkende 44-Jährige über einen unbändigen Willen, über ein großes Gerechtigkeitsgefühl, viel Mut und die Fähigkeiten, auch durchzusetzen, was sie sich vorgenommen hat. Und deshalb wurde ihr im Dezember der Menschenrechtspreis 2010 der Friedrich-Ebert-Stiftung verliehen. Seit 1994 werden damit einzelne Menschen oder Organisationen geehrt, die sich in herausragender Weise für die Menschenrechte engagiert haben. Der Preis wird aus dem Feist-Fonds vergeben, dem Nachlass des Hamburger Ehepaares Ida und Karl Feist.

Was macht diese Preisträgerin so besonders? Sie kämpft seit ihrer Jugend für die Rechte von Hausangestellten in Lateinamerika, die – so die FES-Vorsitzende Anke Fuchs in ihrer Rede zur Preisverleihung – „in vielen Haushalten wie Sklaven gehalten werden, mit endlosen Arbeitstagen, niedrigem Lohn, ausgeliefert der Willkür ihrer Arbeitgeber“. Marcelina Bautista ist heute Generalsekretärin der Konföderation der Hausangestellten in Lateinamerika und der Karibik und seit dem Jahr 2000 Direktorin des von ihr in Mexiko-Stadt gegründeten Beratungszentrums für Hausangestellte (CACEH). Dort werden die ausgebeuteten Frauen über ihre Menschen- und Arbeitsrechte informiert. Man hilft

ihnen bei der Durchsetzung erträglicher Arbeitszeiten und angemessener Löhne, und sie können an Weiterbildungsveranstaltungen teilnehmen. Mit 22 Jahren schon gründete Marcelina Bautista gemeinsam mit anderen Hausangestellten die Gruppe „Esperanza“, das heißt Hoffnung. Ziel der Gruppe war es, sich gegenseitig zu helfen, aber auch andere ausgebeutete Frauen über ihre Rechte aufzuklären und zu unterstützen. Die junge Frau – damals selbst noch Hausangestellte – trat auf beim Gründungskongress der Konföderation der Hausangestellten in Lateinamerika und der Karibik.





Marcelina Bautista, Preisträgerin 2010, Laudator Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). © Marco Urban

Heute ist sie die Generalsekretärin und hält 30 Organisationen aus 13 lateinamerikanischen Ländern zusammen. In einigen Staaten hat sich die Situation der Hausangestellten in den vergangenen beiden Jahrzehnten gebessert, besonders in Uruguay und Costa Rica, in Mexiko leider nicht.

Marcelina Bautista weiß, wovon sie redet, und sie hat mit ihren flammenden Appellen sogar die Internationale Arbeitsorganisation ILO in Genf beeindruckt. Mit 14 Jahren landete das Dorfkind aus einer indigenen Familie in der Hauptstadt. Sie sprach zunächst kaum spanisch, das lernte sie von den Kindern der Familie, für die sie schuftete. Sie musste von morgens bis zum späten Abend putzen, kochen, waschen, bügeln, die Kinder hüten. In ihrer Preisrede erzählte Marcelina Bautista von diesen Jahren. „Hausarbeit zu machen war ich gewöhnt. Die ständigen Befehle allerdings nicht. Und dass ich als Indigene verachtet wurde, verletzte mich.“ Sie wurde in mehreren Haushalten von den Männern der Familien sexuell belästigt, körperlich bedroht, ansonsten von ihren wechselnden Herrschaften weitgehend ignoriert. Sie hatte zu funktionieren, mehr interessierte ihre Arbeitgeber nicht. Als sie anfang, für ein besseres Leben für sich und andere Hausarbeiterinnen zu kämpfen, wurde sie

immer wieder beschimpft und körperlich bedroht. Mit bewundernswerter Hartnäckigkeit erkämpfte sie sich in dieser Zeit die Erlaubnis zum Besuch einer Abendschule und schaffte dort tatsächlich das Abitur. Sie lernte weiter, neben ihrer Arbeit als Hausangestellte, und konnte eines Tages Diplome in Arbeitsrecht und Menschenrechten vorweisen.

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte muss für die junge, rechtlose Frau zum Aufbruchsignal geworden sein. Denn in den Artikeln 23, 24 und 25 heißt es, gerechte Entlohnung, soziale Sicherheit, die Begrenzung der Arbeitszeit und Anspruch auf bezahlten Urlaub seien ein Menschenrecht.

„Haben sich die Verhältnisse in Mexiko in den letzten 30 Jahren gebessert?“, wurde Marcelina Bautista während der spannenden, sehr konzentrierten Podiumsdiskussion gefragt. „Nein“, sagte sie. „Immer noch gibt es die 15-Stunden-Arbeitstage. Die Hausarbeiterinnen haben kaum Rechte und die wenigen Rechte, die sie haben, kennen sie nicht.“ Nur fünf Prozent der schätzungsweise zwei Millionen Hausangestellten in Mexiko haben einen Arbeitsvertrag, nur 0,01 Prozent sind sozialversichert!

Auch in jenen lateinamerikanischen Ländern, in denen es den Hausangestellten inzwischen besser geht, ist es ein ständiger Kampf, wie der Gewerkschafter Walter Ariel Ferrari aus Uruguay berichtete. Sozialpartnerschaften aufzubauen sei schwierig, berichtete er aus seinem Land, „denn man kann als Gewerkschaft einen Privathaushalt nicht kontrollieren wie einen Gewerbebetrieb“. Er und seine Mitstreiter setzen deshalb eher auf Medienkampagnen – und zwar erfolgreich. Keine Sozialversicherungsbeiträge zu zahlen, gilt heute in der Öffentlichkeit als unanständig.

Karin Pape, Koordinatorin des International Domestic Workers Network, erinnerte daran, dass den Hausangestellten in vielen Ländern auch heute noch jede Organisation verboten ist. Seit 60 Jahren warte man darauf, dass sich die Lage der in der Öffentlichkeit weitgehend unsichtbaren, von der Gesellschaft ignorierten Frauen bessert. Sie setzt – wie Marcelina Bautista auch – Hoffnung auf ein ILO-Abkommen, durch das die Frauen in den Haushalten als normale Arbeitnehmer/-innen anerkannt werden sollen. Eventuell wird es eine Konvention der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf noch im Jahre 2011 geben. Sehr hoffnungsvoll scheint sie aber nicht zu sein, denn sie beklagte:



Preisverleihung an Marcelina Bautista durch Anke Fuchs. © Marco Urban

„Es ist kein Geheimnis, dass die Gewerkschaften nicht ‚hier‘ schreien, wenn es um die Organisation von Hausangestellten geht. Die Artillerie der Gewerkschaften greift hier nicht, die ist nur wirkungsvoll, wenn große kollektive Gruppen betroffen sind.“



© Marco Urban



CACEH-Mitarbeiterinnen; rechts: Marcelina Bautista im Gespräch. © CACEH

Dr. Hildegard Hagemann, Referentin der Deutschen Kommission Justitia et Pax, beklagte, dass kaum ein Staat sich um die sozialen Verwerfungen schere, die zwangsläufige Folge der Arbeit dieser Frauen sind: Sie müssen ihre Heimatdörfer verlassen, weil sie Arbeit nur in der Stadt finden. Sie setzen ihre Ehen aufs Spiel, ihre Kinder wachsen bei den Großeltern auf. Kirchliche Organisationen versuchen, den Frauen zu helfen, sind Anlaufstellen für sie in vielen Städten. Dort können sie vertraulich reden, haben einen Schutzraum, bekommen Hilfe bei Krankheit. Das gilt besonders für Arbeitsmigrantinnen, die häufig als rechtlose „Illegale“ in den reicheren Ländern dieser Welt den Dreck wegputzen und die Kinder hüten.

Marcelina Bautista erinnerte noch an die weit verbreitete Kinderarbeit, die ihre Organisation endlich ausmerzen will. Das aber ist schwer angesichts der Armut auf dem Lande. Die Eltern dieser Mädchen fallen immer noch auf die falschen Versprechungen der Arbeitgeber herein, die ihnen zusichern, dass die Kinder in die Schule gehen dürfen – wovon dann in der fremden Stadt keine Rede mehr ist. Die Kinder schufteten genauso wie erwachsene Frauen.

Wie das Leben dieser Mädchen und Frauen auch heute noch aussieht, zeigte ein kurzer Film über den Alltag einer Hausangestellten in Mexiko-Stadt, der niemanden im Saal unberührt ließ. Diese Frau erzählte, dass sie nichts bekommt von dem Essen, das sie für ihre Arbeitgeber kocht. Sie erhält fast kein Geld, denn schließlich habe ihre Chefin Auslagen, weil sie in der Familie wohnt und – äußerst karg – ernährt wird. Sie kennt keine freien Tage und keinen Urlaub. „Die Erste, die aufsteht, bin ich. Die Letzte, die ins Bett geht, bin ich.“

Nach so einem Film zu sprechen, bekannte ein sichtlich bewegter DGB-Chef Michael Sommer, sei nicht einfach. Er bezeichnete das, was an diesem Nachmittag zu hören und zu sehen war, als „Leib-eigenschaft“. Die Arbeit von Marcelina Bautista nannte er bewundernd „ein Leben im Kampf für sich selbst und für andere“. Michael Sommer erinnerte daran, dass prekäre Beschäftigung ohne Absicherung auch in Deutschland zum Alltag gehört. „Man redet viel über Schwarzarbeit, aber nicht über die Schwarzarbeit-Arbeitgeber.“ Überall auf der Welt, nicht nur in Entwicklungsländern müsse gelten: „Frei und würdig zu arbeiten, ist eines der wichtigsten Menschenrechte. Es ist ein ganz wichtiges Element von menschlicher Freiheit.“

INTERVIEW MIT MARCELINA BAUTISTA

Heimweh und endlose Arbeitstage

FES: Mit 14 Jahren kamen Sie als Kind vom Dorf nach Mexiko-Stadt zum Arbeiten. Erinnern Sie sich noch an die ersten Tage?

Marcelina Bautista: Ich kann mich noch sehr genau an den ersten Tag erinnern. Die Hausfrau hat mir gezeigt, wie man das Haus sauber macht, welche Mittel ich zu verwenden habe. Ich weiß noch, wie ich mit einem scharfen Putzmittel den Kamin säubern musste und mir dabei die Hand verletzt habe. Ich musste auf die Kinder aufpassen. Das war alles neu für mich und für ein 14-jähriges Kind viel zu viel. Ich sprach nicht gut spanisch, das war ein weiteres Problem, ich verstand oft nicht, was die Hausfrau von mir wollte. Dazu kam das Heimweh. Ich war sehr weit weg von Zuhause und vermisste meine Familie sehr.

FES: Wie viele Stunden am Tag mussten Sie arbeiten?

Marcelina Bautista: Mein Tag begann um 7 Uhr. Da musste ich die Kinder für die Schule und den Kindergarten fertig machen. Abends waren die Eltern oft weg. Dann war ich noch Babysitterin nach dem schon sehr langen Arbeitstag.

FES: Man hatte Ihren Eltern versprochen, dass Sie genug Freizeit für Schule und Weiterbildung bekämen. Wie sah das wirklich aus?

Marcelina Bautista: Nein, ich hatte nicht genug Freizeit für die Schule. Ich kannte die Stadt nicht, kannte niemand, der mir hätte helfen können. Dabei war ich so neugierig, wollte so viel lernen. Aber das gelang mir erst später, als ich in einem anderen Haushalt war. Da erkämpfte ich mir das Recht, eine Abendschule zu besuchen.

FES: Woher nahmen Sie die Kraft, in Ihrer absolut rechtlosen Situation für eine bessere Zukunft zu kämpfen?

Marcelina Bautista: Ich hatte die Arbeit in den Haushalten anderer Leute immer als Übergangsphase gesehen, schon als Kind, als ich nach Mexiko-Stadt kam. Ich wollte ein besseres Leben haben und wusste, das



© Marco Urban

INTERVIEW MIT MARCELINA BAUTISTA



Podiumsdiskussion anlässlich
der Preisverleihung zum
Menschenrechtspreis 2010
der Friedrich-Ebert-Stiftung
an Marcelina Bautista
© Marco Urban

würde ich nur über Schule und Studium erreichen. Hausarbeit wird in Südamerika sehr gering geschätzt, das gilt nicht als richtige Arbeit. Man denkt, nur Menschen, die keine anderen Fähigkeiten haben, putzen, kochen, waschen für andere Leute. Die ersten fünf Jahre in der Hauptstadt hatte ich keine Chance. Dann habe ich andere Menschen kennengelernt, die mir Mut machten, mich auf Alternativen hinwiesen. Zuerst brachten mir andere Frauen das Nähen bei, dann lernte ich Gitarre spielen, schließlich hatte ich genug Selbstbewusstsein, um mich in einer Abendschule anzumelden. Dort habe ich dann das Abitur gemacht.

FES: Haben Sie viel gelesen? Sie haben sich ja vieles selbst beibringen müssen?

Marcelina Bautista: Ja, lesen und lernen, das war schon in meiner Kindheit wichtig. Als ich mein Dorf verlassen musste, habe ich mich damit getröstet, dass ich irgendwann zurückkommen werde mit einem Schulabschluss, vielleicht sogar mit einem Studium. Damals habe ich gedacht, ich gehe nach dem Studium zurück in mein Dorf und kann dort bei der Entwicklung, beim Kampf gegen die Armut helfen.

FES: Heute kennen viele Menschen in Mittel- und Südamerika Sie. Sie sind zur Hoffnung geworden für viele Frauen, die in sklavenähnlichen Verhältnissen arbeiten, täglich ausgebeutet werden. Das muss gerade in den Anfängen gefährlich gewesen sein, denn was Sie taten, konnte den Arbeitgebern der Hausarbeiterinnen nicht gefallen?

Marcelina Bautista: Ja. Man lebt in einem Haus, das nicht das eigene ist, mit einem Mann, der Chef ist, und ich litt wie so viele andere junge Frauen immer wieder unter sexueller Belästigung. Wenn wir die gesetzlichen Rechte der Arbeitnehmerinnen eingefordert haben, wenn sie zum Beispiel grundlos entlassen worden sind, dann sind wir mit diesen Frauen zu dem Haus gegangen, haben ihr Gehalt eingefordert. Da waren die Arbeitgeber sehr verärgert, oft sehr aggressiv, haben gesagt, das gehe mich gar nichts an, ich sei schließlich keine Anwältin, würde die Gesetze gar nicht kennen. Was ich für die Frauen fordere, sei falsch.

INTERVIEW MIT MARCELINA BAUTISTA

FES: 30 Jahre, nachdem Sie als Kind in der Hauptstadt angefangen haben zu arbeiten, hat sich die Situation für die Hausarbeiterinnen in Lateinamerika in einigen Ländern zumindest auf dem Papier verbessert. Es gibt Gesetze und es gibt Ihre Gewerkschaft für Hausarbeiterinnen. Wie sieht es in der Praxis aus?

Marcelina Bautista: Wir kommen nur in kleinen Schritten voran bei der Hilfe für ausgebeutete Frauen. Es ist sehr schwer, diese Kultur zu überwinden, die ja seit Langem besteht. Die Familien, die uns einstellen, haben kein großes Interesse an der Verbesserung der Lebensqualität der Hausarbeiterinnen. Niemand macht gerne Hausarbeit, und es ist bequem, wenn jemand anders diese Arbeit leistet. Alle Veränderungen, die es bereits gegeben hat, auch die neuen Gesetze, auch die Frauenorganisationen, die sich dieser Frauen annehmen – das alles ist neu und verbessert die Situation. Aber wir müssen vor allem an der Sensibilisierung der Zivilgesellschaft arbeiten. Sie muss die Rechte der Hausarbeiterinnen akzeptieren. Der Staat muss sich für sie einsetzen. Denn bisher stehen die Rechte häufig nur auf dem Papier. Sie müssen endlich umgesetzt werden. Es fehlt immer noch an Informationen über unsere Arbeit. Viele Hausarbeiterinnen wissen nichts über unsere Organisation und über ihre Rechte. Sie wissen nichts über die Gesetze, auf die sie sich stützen könnten, um ihre Rechte einzuklagen. Deswegen sind für uns die Medien so wichtig, sie sind unser Sprachrohr.

FES: Vor der Verleihung des Menschenrechtspreises haben wir einen Film gesehen über den Alltag einer Hausarbeiterin von heute. Mein Eindruck: Sie ist eine moderne Sklavin. Wie erreichen sie Frauen, die so absolut isoliert leben?

Marcelina Bautista: Vor allem über die Medien, die aufklären über Rechte und unsere Beratungsstellen. Wir verteilen auch Broschüren, zum Beispiel in öffentlichen Parks, wo die Hausangestellten sich oft mit den Kindern aufhalten, die sie hüten. Der 30. März, der Internationale Tag der Hausangestellten, ist für uns die Chance für öffentliche Veranstaltungen. Medien, Frauenorganisationen, auch verschiedene Regierungsstellen, Menschenrechtsorganisationen und der nationale Rat für Schutz vor Diskriminierung beteiligen sich an den Kampagnen dieses Tages, den wir zur Aufklärung nutzen.



Das Gespräch mit Marcelina Bautista führte Renate Färber-Husemann.

INTERVIEW MIT MARCELINA BAUTISTA



FES: Was bedeutet das, in der Familie zu leben? Heißt das: eine Kammer neben der Küche und Arbeit vom Aufstehen bis zum Schlafengehen?

Marcelina Bautista: Die meisten Hausangestellten müssen sich mit dieser Situation abfinden, weil sie sonst kein Dach über dem Kopf haben. Das Gehalt reicht häufig nicht, um sich außerhalb der Familie ein Zimmer zu mieten. Diese Situation führt zur Ausbeutung. Viele Hausangestellte müssen für das Essen bezahlen und für andere Dinge, die sie im Haus der Familie nutzen. Da bleibt kaum Geld übrig. Man steht für die Arbeitgeber zur Verfügung, wann immer sie das für nötig halten. Es gibt immer etwas zu tun. In den Räumen der Familie dürfen sich die Hausangestellten nur aufhalten, wenn sie putzen. Ihr Ort ist nur die Küche oder das meist armselige Dienstmädchenzimmer. Immer mehr Hausangestellte, diejenigen, die einen menschenwürdigen Lohn erhalten, wohnen deshalb nicht mehr in den Familien. Sie kommen morgens und gehen abends.

FES: Was passiert, wenn eine Hausangestellte krank wird oder zum Beispiel ein Baby bekommt. Sehr viele haben ja keinerlei soziale Absicherung?

Marcelina Bautista: Man hat einfach nicht das Recht, krank zu werden. In Mexiko steht im Gesetz, dass der Arbeitgeber die Kosten für Krankheit zu tragen hat. Wenn eine Hausangestellte schwanger ist, arbeitet sie einfach weiter. Es bleibt ihr nichts anderes übrig. Wenn sie gesundheitliche Probleme hat, kommt es häufig vor, dass die Hausherrin sie einfach nach Hause schickt und sagt: „Ich halte dir den Arbeitsplatz frei, bis du wieder gesund bist oder dein Baby bekommen hast.“ Doch wenn sie dann wieder kommt, ist die Stelle längst weg, eine andere Frau arbeitet dort. Das heißt, Hausangestellte haben de facto kein Recht auf Mutterschaft.

FES: Viele Frauen aus Lateinamerika arbeiten illegal in Europa, sehr viele auch in Deutschland. Sie haben neben der Angst vor Entdeckung und Abschiebung viele Probleme: Sie sehen ihre Kinder nicht aufwachsen, sie sind wurzellos und voller Sehnsucht nach der Familie. Wer kümmert sich international um dieses Thema?

Marcelina Bautista: Migration gibt es nicht nur in andere Länder, sondern auch innerhalb eines Landes. Durch die zunehmende Armut sind die Frauen gezwungen, ihr Zuhause zu verlassen, in einer Stadt weit weg von ihrer Heimat zu arbeiten. Die ILO will sich des Themas annehmen, eine Konvention dazu verabschieden. Oft sind es übrigens die Botschafter und Botschaftsangestellte, die Hausarbeiterinnen mitnehmen in ein anderes Land. Diese Frauen werden oft sehr schlecht behandelt, ihre Menschenrechte werden ignoriert. Niemand kümmert sich bisher um ihr Schicksal.

Schwestern zur Sonne, zur Gleichheit ...

Internationaler Frauentag zu Migration und Integration

In Deutschland leben etwa 15,6 Millionen Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte, das entspricht knapp 19 Prozent der Gesamtbevölkerung. Neun Millionen von ihnen haben einen deutschen Pass. In Parteien, Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Entscheidungsgremien sind sie bis heute kaum vertreten. Bettina Luise Rürup, Referatsleiterin des Forums Politik und Gesellschaft der FES, nannte bei der Veranstaltung zum Internationalen Frauentag in Berlin Zahlen aus der Politik: Im Bundestag (622 Abgeordnete) sitzen nur 13 Männer und vier Frauen aus Zuwandererfamilien. In den Landtagen sieht es noch schlechter aus: Unter den insgesamt 1 800 Abgeordneten finden sich ganze 17 Frauen mit einer Migrationsgeschichte.

In einem temperamentvollen Referat beleuchtete die Diplompyschologin Dr. Lale Akgün, die für die SPD von 2002 bis 2009 im Bundestag saß, was hinter solchen Zahlen steckt. Die Öffentlichkeit unterscheidet, so die Tochter türkischer Eltern, zwischen „Migrantinnen und Problem-Migrantinnen“. Zu den Letzteren gehören die Türkinnen. Türkinnen werden assoziiert mit „Frauenunterdrückung im Allgemeinen, mit Ehrenmord, Zwangsheirat, Importbräuten“. Natürlich, räumt die Tochter einer türkischen Bildungsbürgerfamilie ein, gibt es diese Probleme, wenn Frauen aus stark patriarchalisch geprägten Gesellschaften kommen. Doch die Tatsache, dass in der öffentlichen Wahrnehmung unterdrückte Migrantinnen als der Normalfall gesehen werden und die gebildeten Karrierefrauen als die Ausnahme „macht uns das Leben nicht gerade leicht“.

Lale Akgün erzählte, dass sie bis heute meist als Türkin wahrgenommen wird, obwohl sie von ihren 57 Lebensjahren 48 Jahre in Deutschland verbracht hat. „Manchmal bin ich die Vorzeige-Türkin, manchmal die gut integrierte Türkin, manch-



Aydan Özoguz, MdB. © Ursula Kelm

mal die Alibi-Türkin – aber immer die Türkin“, erzählte sie ironisch. Dieses Stigma des Andersseins stehe wie eine unsichtbare Wand vor den Migrantinnen, verhindere jede Empathie und jede Form echter Annäherung. Man gehe davon aus, dass muslimische Migrantinnen anders denken, anders fühlen, andere Probleme haben. Was es an identitätsstiftenden Aspekten in ihrer Biografie gibt, wird ausgeblendet. „Das Anderssein besagt, dass Kultur der ausschlaggebende Faktor für alle Probleme ist, die eine Frau haben kann.“ Es werde damit der Trugschluss zementiert, dass Ethnie etwas ist, in das man hineingeboren wird und aus dem es kein Entrinnen gibt. „Was also muss Politik leisten, damit aus Migrantinnen Bürgerinnen werden?“, fragte die Politikerin. Linke Politik müsse sich der ethnischen Zuschreibung verweigern, im eigenen Interesse, denn wer Menschen auf ihre Herkunft reduziere, der bekomme eine zerklüftete Gesellschaft.

Wie bunt und vielfältig das Leben der Frauen aus Zuwandererfamilien ist, zeigte das anschließende Podiumsgespräch. Es diskutierten:

Dilek Kolat

Mitglied des Abgeordnetenhauses Berlin,
stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende

Maria Macher

Projektleiterin der „Stadtteilmütter in Neukölln“

Aydan Özoguz

Bundestagsabgeordnete, Mitglied im Ausschuss
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Eren Ünsal

Leiterin der Landesstelle für Gleichbehandlung
in der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit
und Soziales in Berlin

Wie steht es mit der von Lale Akgün angeprangeren Gleichsetzung von Migrantinnen mit Türkinnen und Musliminnen? Maria Macher, die ungarische Vorfahren hat, erlebt das ständig: In Telefongesprächen werde selbstverständlich davon ausgegangen, dass sie Türkin sei. Denn würde sie sonst mit Migrantinnen arbeiten, die wiederum in der öffentlichen Wahrnehmung nur Türkinnen sein können? Immer wieder werde sie gefragt, ob sie auch ein Kopftuch trage.

Dilek Kolat bestätigte Lale Akgüns Analyse, nach der Migrantinnen in der Politik vor allem Feigenblätter sind. „Als ich meinem männlichen Coach sagte, ich wolle mich um eine Führungsposition bewerben, war die Antwort: ‚Mache Integrationspolitik. Aber für eine Führungsposition in der Partei unterstütze ich dich nicht.‘“

Von positiven Veränderungen berichtete Eren Ünsal. Sie ist als Leiterin der Landesstelle für Gleichbehandlung unter anderem zuständig für gleichgeschlechtliche Lebensweise. Obwohl heterosexuelle Muslima mit Migrationshintergrund werde sie von den Homosexuellen angenommen. „Liebevoll werde ich ‚Schwulen-Mutti‘ genannt.“

Aydan Özoguz reibt sich vor allem daran, dass Migrantin automatisch mit Problem-Migrantin gleichgesetzt wird. So habe sie in Handlungsempfehlungen für die Schule den Satz gefunden, dass Kinder mit Migrationshintergrund selbstverständlich deutschen Sprachförderunterricht bekommen sollten. „Was für ein Schwachsinn“, schimpfte sie. „Es gibt Kinder aus Zuwandererfamilien, die das überhaupt nicht brauchen, und umgekehrt Kinder ohne Migrationshintergrund, die sehr wohl Sprachförderung benötigen.“

Was die Frauen auf dem Podium besonders ärgerte, ist die von allen erlebte Tatsache, dass sie ständig beweisen müssen: Nein, ich werde nicht unterdrückt. Ich werde nicht geschlagen. Ich bin ganz normal. Was sich alle wünschten: Mehr Berichte in den Medien über gelungene Biografien, statt des ständigen Beklagens der Defizite. Schließlich gibt es längst Ärztinnen und Rechtsanwältinnen, Unternehmerinnen und Politikerinnen mit nichtdeutscher Herkunft.

Als die Moderatorin Bascha Mika die Runde fragte, ob eine Migrantenquote helfen könnte, war die Antwort aller Frauen ein vehementes Nein. Frauenquote ja, aber keine Migrantenquote. Damit, so zum Schluss noch einmal Lale Akgün, zementiere man nur das Anderssein. Alle Frauen wollten endlich als das wahrgenommen werden, was sie längst sind: Bürgerinnen dieses Landes.



(v.l.n.r.) Maria Macher, Dilek Kolat, MdB, Aydan Özoguz, MdB, Eren Ünsal, Prof. Bascha Mika. © Ursula Kelm



Plakate zum Frauentag. © Archiv der sozialen Demokratie

Arbeit und Anerkennung gehören zusammen

Internationaler Frauentag in Bonn mit Gesine Schwan

„Wie wollen wir in Zukunft leben?“ Auf diese Frage suchte man Antworten bei der Veranstaltung zum Internationalen Frauentag bei der FES in Bonn. Vor über 250 Zuhörerinnen und Zuhörern plädierte Gesine Schwan für eine neue Kultur der Gemeinsamkeit „jenseits von Egoismus und Marktradikalismus“.

Die zweimalige SPD-Kandidatin für das Amt der Bundespräsidentin, politische Philosophin und Präsidentin der Universität Frankfurt/Oder hatte sich als Kandidatin für das höchste Staatsamt in vielen Städten vorgestellt und dies mit Vorträgen über die aktuellen Herausforderungen an Politik und Gesellschaft verbunden. Diese Vorträge hat der sozialdemokratische Traditionsverlag J.H.W. Dietz Nachf. als Buch herausgebracht, das an diesem Tag in Bonn vorgestellt wurde. Gesine Schwan belegte in ihrem Vortrag temperamentvoll, warum Arbeit und Anerkennung zusammengehören, sie warb für ein soziales Europa und beschrieb, warum und wie die deutsche Identität sich im 21. Jahrhundert verändern werde. „Können wir auf politische Teilhabe so stolz sein wie auf Beethoven und Mozart? Ja, denn wir beweisen mit unserer Verantwortung zugleich unsere Solidarität.“

„Wirklich schade, dass die Chance nicht genutzt wurde, endlich mal eine Frau zur Bundespräsidentin zu wählen“, so das leicht melancholische Resümee einer Teilnehmerin.

An diesem Tag wurde auch die Ausstellung „Jo Mihaly – Tänzerin, Schriftstellerin, Politikerin“ eröffnet. Sie war eine der vielseitigsten Persönlichkeiten der Weimarer Republik. Die von ihrem Nachlassverwalter Robert Schumann konzipierte Ausstellung erlaubte spannende Einblicke in das Leben dieser außergewöhnlichen Frau.



BUCHTIPP

Gesine Schwan
**WEGE IN EINE
 GEMEINSAME ZUKUNFT**
 Reden
 192 Seiten
 14,80 Euro
 ISBN 978-3-8012-0391-7
 Verlag J.H.W. Dietz Nachf.
www.dietz-verlag.de

Krieg oder Frieden – das machen Männer unter sich aus, oder?



Stefanie Babst. © Hein-Godehart Petschulat

Mehr als zehn Jahre ist es her, dass der UN-Sicherheitsrat die Resolution 1325 verabschiedete. Diese Resolution fordert die Mitgliedstaaten auf, den Anteil von Frauen „in den nationalen, regionalen und internationalen Institutionen und Mechanismen zur Verhütung, Bewältigung und Beilegung von Konflikten“ zu erhöhen. In vielen Ländern, darunter Deutschland, finden sich nur wenige Frauen in sicherheits- oder verteidigungspolitischen Spitzenpositionen. Entscheidungen über Krieg und Frieden, über den Umgang mit internationalen Konflikten und über die Gestaltung militärischer Interventionen werden in der Regel weitgehend von Männern getroffen.

40 Expertinnen auf dem Gebiet der Sicherheits- und Verteidigungspolitik tauschten sich während eines transatlantischen Workshops der Friedrich-Ebert-Stiftung im Oktober 2010 in Berlin aus. In den lebhaften Diskussionen ging es um geschlechtsspezifische Barrieren und um Strategien zur Erhöhung des Frauenanteils.

FES: Frau Babst, Sie sind die erste Frau bei der NATO, die es auf die stellvertretende Generalsekretärschene geschafft hat. Ist mit Ihrer Beförderung 2010 eine neue Ära eingeleitet worden?

Stefanie Babst: Erfreulicherweise habe ich in den letzten Monaten mehr weibliche Gesellschaft bekommen. Wir haben mittlerweile mit Oana Lungescu zum Beispiel eine NATO-Sprecherin, aber insgesamt dominieren weiterhin meine männlichen Kollegen die wichtigen Entscheidungsprozesse in der NATO. Ich komme gerade aus Rom, wo das 60. Jubiläum des NATO Defense College im Beisein des italienischen Staatspräsidenten und des NATO-Generalsekretärs feierlich begangen wurde. Beim offiziellen Abendessen war ich die einzige Frau unter rund 150 Gästen. Die „wall of fame“, die zu Ehren der 50 Jahrgangsbesten enthüllt wurde, zeigte nur Männer, so weit das Auge reichte. Das entspricht sicher nicht dem Bild einer modernen militärischen Ausbildungseinrichtung im 21. Jahrhundert.

SICHERHEITSPOLITISCHE EXPERTINNEN IM GESPRÄCH



FES: Frau Stelzenmüller, Sie sind Vorsitzende der deutschen Sektion von „Women in International Security“ (WIIS.de), eines internationalen Verbandes von Frauen, die in der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik arbeiten. Wie wichtig sind Frauennetzwerke in dieser von Männern dominierten Branche?

Constanze Stelzenmüller (links) und Anja Wehler-Schöck. © Jens Schicke

Constanze Stelzenmüller: In allen Sparten, die lange von einer bestimmten Gruppe dominiert werden, gibt es Seilschaften, die – gewollt oder ungewollt – Angehörigen von Minderheiten den Einstieg erschweren. In der Sicherheitspolitik gibt es nun auch in Deutschland erfreulicherweise viel mehr Frauen als noch vor 10 oder 20 Jahren. Trotzdem sind sie in der Mitte und erst recht an der Spitze der Karriereleiter unterrepräsentiert. WIIS.de und ähnlichen Gruppen geht es natürlich nicht darum, neue Seilschaften zu schaffen, sondern darum, Chancengleichheit herzustellen. Wir wollen dazu beitragen, die gegenwärtige Schieflage sanft zu korrigieren: durch Erfahrungsaustausch, Mentoring, Schulungen und manchmal auch einfach durch die Vorbildfunktion der Älteren. Die Botschaft lautet: Du bist nicht allein, andere vor dir haben es auch geschafft – und sie sagen dir gerne, wie.

Dr. Stefanie Babst

Acting Assistant Secretary General for Public Diplomacy bei der NATO

Paula Broadwell

Major in der U.S. Army und zurzeit Research Associate am Harvard Center for Public Leadership

Dr. Constanze Stelzenmüller

Senior Transatlantic Fellow beim German Marshall Fund of the U.S.

Das Gespräch mit den drei Expertinnen führte Anja Wehler-Schöck, FES Berlin.

SICHERHEITSPOLITISCHE EXPERTINNEN IM GESPRÄCH



Paula Broadwell. © Hein-Godehart Petschulat

FES: Frau Broadwell, Sie blicken bereits auf eine beeindruckende Karriere zurück und sind Absolventin der Eliteakademie des U.S.-Militärs in West Point. Hatten Sie während Ihrer Ausbildung und militärischen Laufbahn jemals das Gefühl, aufgrund Ihres Geschlechts diskriminiert zu werden?

Paula Broadwell: In West Point waren während meiner Studienzeit nur 11 Prozent Frauen – heute sind es bereits 15 Prozent. Ich hatte immer das Gefühl, dass zwischen Männern und Frauen Chancengleichheit herrschte. Die Tatsache, dass ich ein hohes Fitnesslevel hatte – im Militär eine Kernkompetenz –, brachte mir sogar eine besondere Anerkennung meiner männlichen Kollegen und des Lehrpersonals ein. Im Militär hatte ich einige weibliche Vorbilder unter meinen Vorgesetzten. Deswegen war ich mir immer sicher, dass mir alle Möglichkeiten offen stehen würden. Die einzige negative Erfahrung, die ich aufgrund meines Geschlechts gemacht habe, war, dass ich weder die Ranger noch die Pathfinder School besuchen konnte, die bis heute nur Männer aufnehmen.

FES: In den USA sind Frauen in der Führungsspitze des Pentagon längst keine Seltenheit mehr. Im Militär gibt es eine Vier-Sterne-Generalin, eine Frau im höchsten Rang. In Deutschland sieht es im Verteidigungsministerium dagegen schlecht aus mit weiblichem Führungspersonal. Seit 2001 können Frauen in der Bundeswehr zwar jede militärische Laufbahn einschlagen – Frauen in Spitzenverwendungen sind jedoch die absolute Ausnahme. Das gilt selbst für den Sanitätsdienst, der für Frauen schon seit 1975 geöffnet ist. Wie erklären Sie sich diese Diskrepanzen zwischen Deutschland und den USA?

Constanze Stelzenmüller: Heute ist es in der Tat schon fast unvorstellbar, dass das Grundgesetz Frauen einst den Dienst mit der Waffe untersagte. Aber so war es, bis der Europäische Gerichtshof 2001 den Artikel 12a GG wegen Verstoßes gegen den Gleichheitsgrundsatz kassierte. Ranghohe Soldatinnen gibt es bei uns daher nur im Sanitätsdienst. In den anderen Truppengattungen haben Frauen immerhin schon den Majors- und Leutnantsgrad erreicht. Warum es dagegen so wenige Frauen in der Militärverwaltung gibt – vor allem dort, wo es um Fragen der Politikgestaltung geht –, ist schon schwerer zu erklären. Vielleicht verkörperte der Artikel 12a GG – immerhin stand er im Grundrechtskatalog! – doch eine Art soziales Tabu? Aber ich habe keine Zweifel, dass auch dies sich bald ändern wird. Eine moderne Verwaltung kann es sich nicht leisten, hoch qualifizierte Fachkräfte aus sachfremden Gründen zu ignorieren.

Stefanie Babst: Nach etwas mehr als 15 Jahren im sicherheits- und verteidigungspolitischen Geschäft denke ich, dass nur die Einführung einer Quote in den internationalen Organisationen und nationalen Ministerien etwas bewirken kann. Selbstverpflichtungserklärungen gibt es (siehe die freie Wirtschaft) zur Genüge, aber die haben nicht zu Veränderungen geführt. Monokulturen haben sich noch nie als effizient

erwiesen. Auch in sicherheitspolitischen Debatten brauchen wir unterschiedliche Perspektiven, Erfahrungen und Kompetenzen – von Männern und Frauen.

Paula Broadwell: Es gibt darüber hinaus auch noch eine Menge sozialer Vorurteile zu überwinden – das gilt jedoch nicht nur für den sicherheits- und verteidigungspolitischen Bereich. Generell denken noch viele Menschen, dass in erster Linie die Frauen für die Erziehung der Kinder zuständig sind, auch wenn sie beruflich erfolgreicher sind als ihre Männer. Besonders deutlich wird das natürlich bei internationalen Militäreinsätzen, die einfach Voraussetzung für eine Karriere im Militär sind. Männer werden weiterhin als Ernährer der Familie gesehen, auch wenn die Frauen gleich viel oder mehr verdienen. Bis die Chancengleichheit auch in den Köpfen verankert ist, ist noch einiges an Umdenken erforderlich.

FES: Wie würden sich Entscheidungsfindung und -umsetzung im Bereich Sicherheits- und Verteidigungspolitik verändern, wenn es mehr Frauen in Führungspositionen gäbe?

Paula Broadwell: Ich glaube nicht an eine Schwarz-Weiß-Aufteilung, dass sich also Frauen eher für friedliche Konfliktlösungen entscheiden und Männer eher zu kriegesischem Vorgehen neigen. Betrachtet man Felder wie atomare Rüstung oder Militärtaktik, spielt das Geschlecht der Entscheidungsträger keine Rolle. Es kommt eher auf ihren Erfahrungshorizont an. Häufig bringen Frauen jedoch eine weitere Reflexionsebene ein. Ein viel zitiertes Beispiel sind Einsätze in Afghanistan, bei denen es unabdingbar ist, Soldatinnen für den Kontakt mit der weiblichen Zivilbevölkerung einsetzen zu können. Frauen verfügen in der Regel über mehr Sensibilität und Vorwissen bei Themen wie sexueller Gewalt, Missbrauch und Menschenhandel – Kenntnisse, die in vielen Konfliktgebieten von großer Bedeutung sind.

FES: Was würden Sie aufgrund Ihrer Erfahrungen heute einer jungen Frau raten, die sich für eine Karriere in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik interessiert?

Constanze Stelzenmüller: Just do it. (Gelächter)

Paula Broadwell: Ich empfehle jungen Frauen, sich einen Mentor oder eine Mentorin zu suchen. Auch die Mitarbeit in beruflichen Netzwerken kann sehr hilfreich sein – oft zählt nicht, was man kann, sondern wen man kennt. Darüber hinaus bringt einen oft die genaue Analyse des Karriereverlaufs eines Vorbilds weiter. Auch wenn es wichtig ist, sich hohe Ziele zu setzen: Man muss nicht alles gleichzeitig leisten. Es ist nicht karriereschädlich, wenn man auch mal gezielt Auszeiten nimmt, in denen man sich auf Familie und Partnerschaft konzentriert.



Wem werden Konjunkturprogramme gerecht?

Gender-Budgeting-Studie zeigt wirtschaftspolitische Leerstellen

Die Friedrich-Ebert-Stiftung gab 2009 aus Anlass der Finanz- und Wirtschaftskrise eine Studie zu den deutschen Konjunkturpaketen in Auftrag. Sie wollte Antworten auf Fragen, die bisher niemand systematisch gestellt hat, speziell nach der gleichstellungspolitischen Qualität der Wirtschaftspolitik in der Krise: Wie schützt der Staat Männer und Frauen vor den Auswirkungen der Wirtschaftskrise? Welchen Einfluss auf die Entwicklung der Gleichstellung von Männern und Frauen haben die Maßnahmen? Antworten sollte eine Gender-Budgeting-Analyse liefern. Untersucht wurden die gleichstellungspolitischen Folgen wirtschafts- und finanz-

politischer Entscheidungen auf die Lebensbedingungen von Frauen und Männern. Einbezogen wurden sowohl die bezahlte wie auch die unbezahlte Arbeit. Solche Analysen sind international ein anerkanntes und vielfach erfolgreich eingesetztes Instrument, um Gleichstellung mithilfe der Wirtschafts- und Finanzpolitik umzusetzen.

Die Krise begann 2007 mit dem Zusammenbruch von Banken und zog dann 2008 international die Volkswirtschaften in Mitleidenschaft. Viele Regierungen reagierten mit milliardenschweren Konjunkturprogrammen, durch die sie die Wirtschaft ankurbeln und die Volkswirtschaften vor einer schweren Rezession schützen wollten. Um die Finanzmittel der Konjunkturpakete aus der bisher ignorierten Perspektive der Gleichstellung zu untersuchen, gab die FES die Gender-Budgeting-Studie in Auftrag und betrat damit wirtschaftspolitisches Neuland.

Die Ergebnisse machten deutlich, dass die gewählten Konjunkturmaßnahmen alten Mustern folgten, die nicht mehr in die Zeit passen. Es wurden kaum Chancen genutzt, den Strukturwandel von der Industrie- zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft produktiv und auf den gesamtgesellschaftlichen Wohlstand hin orientiert zu gestalten. Gesellschaftlichen Umbrüchen durch veränderte Familien- und Geschlechterrollen wurde kaum Rechnung getragen. Der grundgesetzliche Auftrag an den Staat, die bestehende Diskriminierung der Frauen zum Beispiel in weiblich dominierten Wirtschaftsbranchen abzubauen, wurde ignoriert.

Für die Studie analysierte die Autorin Dr. Mara Kuhl, die als freie Wissenschaftlerin öffentliche Verwaltungen zu Gender Mainstreaming und Budgeting berät, das Budget der Konjunkturpa-



kete I und II. Die Studie liefert auf knapp 60 Seiten zahlreiche Beispiele dafür, wie Industrie-, Steuer-, Sozial-, Verkehrs-, Arbeits- und Finanzpolitik unter dem Aspekt der Gleichstellung und Chancengleichheit von Frauen und Männern untersucht und bewertet werden kann.

Über die Hälfte der 33 Maßnahmen und Programme wurde einer kritischen Nachbetrachtung unterzogen, um am Ende zu einem Gesamturteil über die Konjunkturpakete zu kommen. Darunter sind die in den Medien viel diskutierte Abwrackprämie, der Deutschlandfonds zur Versorgung der Wirtschaft mit Krediten, das Kurzarbeitergeld und die Schuldenbremse. Auch weniger prominente Maßnahmen wie der einmalige Kinderbonus, die Anrechnung von Handwerkerrechnungen auf die Steuerschuld und die Breitbandstrategie der Bundesregierung wurden genau betrachtet.

Ein zentraler Ansatz der Analyse war die Frage, ob und wie die „Care-Ökonomie“ von den wirtschaftspolitischen Entscheidungen profitierte. Es geht dabei um die wohlstandsproduzierenden Bereiche, in denen Menschen für andere sorgen. Dazu gehören sowohl die marktnah organisierten Wirtschaftszweige wie etwa die Pflegewirtschaft als auch die nicht marktwirtschaftlich organisierten wie die Familie. Die Care-Ökonomie ist ein Kernpunkt für Gleichstellung, nicht zuletzt weil sie frauendominiert ist. Die gängige Definition von Wirtschaft wurde deshalb um Erkenntnisse der feministischen Wirtschaftswissenschaften erweitert, das heißt: Auch die nicht marktförmigen Beiträge zum gesellschaftlichen Wohlstand wurden in den Blick genommen.

Neben geschlechterpolitischen Schlagseiten und unbeabsichtigten gleichstellungspolitischen Diskri-



BUCHTIPP

Friedrich-Ebert-Stiftung
Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik
Wem werden Konjunkturprogramme gerecht? Eine budgetorientierte Gender-Analyse der Konjunkturpakete I und II
WISO Diskurs
ISBN: 978-3-86872-308-3
www.fes.de/wiso/

minierungseffekten zeigt die Studie auch Verzerrungen zulasten Ostdeutschlands und verpasste Chancen, die Politik auf zukunftssträchtige Wirtschaftsbereiche und nachhaltige Wirtschaftsentscheidungen auszurichten.

Durch die Analyse wurden Leerstellen und blinde Flecken der gängigen wirtschaftspolitischen Betrachtungsweisen deutlich. Gleichzeitig wird damit der Blick auf Alternativen hin zu einer geschlechtergerechten Wirtschafts- und Finanzpolitik gelenkt. Eine solche Politik sieht die unterschiedlichen und vielfältigen Lebensrealitäten von Männern und Frauen und behandelt sie als gleichwertig: Bürgerinnen und Bürger sind nicht nur Konsumenten, Steuerzahler und Erwerbstätige in gesicherten Arbeitsverhältnissen. Sie sorgen auch für Kinder und Ältere, sie arbeiten ehrenamtlich, sind auf gesellschaftliche Solidarität angewiesen, leiden unter nicht existenzsichernder Erwerbsarbeit.

Die Studie ist ein Beispiel dafür, wie mit genderanalytischen Instrumenten neue Einsichten für zukunftsfähige Lösungsansätze für Politik und Wirtschaft erarbeitet werden können, die an der aktuellen gesellschaftlichen Realität ansetzen.

Acht Jahre Gender Budgeting in der Praxis

Gute Erfahrungen in Berlin

Senatsdirigent Klaus Feiler, Leiter der Haushaltsabteilung in der Senatsverwaltung für Finanzen Berlin, treibt seit acht Jahren die gleichberechtigte Teilhabe beider Geschlechter an den Ressourcen Berlins voran. Seine Erfahrungen gehen immer wieder auch in die Arbeit der FES ein. Hier sein Praxisbericht:

Gender Budgeting (GB) bedeutet in Berlin schon seit 2003, das Prinzip des Gender Mainstreaming im Haushaltsprozess anzuwenden, um damit eine geschlechterbezogene Bewertung des Landeshaushalts vornehmen zu können. Voraussetzung dafür ist eine kritische Analyse von Einnahmen und Ausgaben und eine entsprechende Umsteuerung der Mittel, wo das notwendig ist. Wie es mit der gleichberechtigten Teilhabe steht, wird konkret gemessen an der Zahl der Nutzerinnen und Nutzer von staatlichen Leistungen.

Mit jedem Berliner Haushalt seit 2004/2005 wurde die Aussagekraft der Genderdaten verstärkt und ausgeweitet. Die Darstellungen im Haushaltsplan sind mittlerweile so weit fortgeschritten, dass Berlin national und international als Vorbild gilt. Bis heute ist Berlin das einzige deutsche Bundesland, das Genderdaten flächendeckend im Landeshaushalt abbildet.

Einbezogen in die GB-Analyse sind auch die Empfänger/-innen von Zuwendungen, die eigene Berichtspflichten haben. Auf diese Weise können haushaltspolitische Entscheidungen in ihren geschlechtsspezifischen Auswirkungen noch transparenter dargestellt werden.

Gender Budgeting in Berlin geht auf eine Initiative des Landesparlaments zurück. Es war nicht immer einfach, die Fachleute in den Ministerien von der Notwendigkeit zu überzeugen, Genderanalysen in ihr normales Tagesgeschäft zu integrieren. Aber nur wenn das Thema gleichberechtigt neben anderen fachpolitischen Zielen steht – und nicht neben dem Haushalt in Sonderprojekten abgehandelt

wird –, erhält es das notwendige Gewicht. Nur dann wird GB zum wichtigen Bestandteil der täglichen Arbeit, etwa bei der Beantwortung der Frage, wie die Wirkungen des Budgets auf unsere „Kunden“, also die Bürgerinnen und Bürger sind.

Auch in den Berliner Bezirken wird an einer weiteren Intensivierung der GB-Analyse gearbeitet. Die Zahl der zu untersuchenden Produkte wurde auf rund 100 (von 400) erweitert. Weiterhin wird an der Verabredung einheitlicher Bezugssysteme gearbeitet. Diese sind für eine tatsächliche Vergleichbarkeit der erhobenen Daten erforderlich.

In den Haushaltsplänen der Senatsverwaltungen werden daneben geschlechtsdifferenzierte Aussagen zu Personalmitteln und Beschäftigungsstruktur getroffen. Weil sich in der Diskussion um aussagekräftige Angaben, die auch Steuerungsmöglichkeiten eröffnen, gezeigt hat, dass die einfache Unterteilung der Personalbudgets nach Männern und Frauen allein nicht ausreicht, wurde erstmalig mit dem Haushaltsplan 2010/2011 eine vergleichende Analyse der Durchschnittsgehälter weiblicher und männlicher Beschäftigter aufgenommen.

In den vergangenen Jahren gab es insgesamt große Fortschritte bei der geschlechterdifferenzierten Datenerhebung. Parallel dazu wird die Frage beantwortet, wie diese Daten im Sinne einer effektiven Gleichstellungspolitik genutzt werden können. Dafür bedarf es verstärkt der Erarbeitung qualitativer Zielsetzungen für die jeweiligen fachpolitischen Themen.

Arbeitsebene für diesen Prozess ist die AG Gender Budgeting, die sich jährlich sechs Mal trifft und sich aus Vertretern und Vertreterinnen der Senatsverwaltungen und der Bezirke zusammensetzt. Diese Arbeitsgruppe berichtet an den Staatssekretärsausschuss für Gleichstellung. Nach den Haushaltsberatungen werden durch Parlamentsbeschluss jeweils neue Gender-Budgeting-Ziele für die nächsten zwei Jahre festgelegt.

Ausbeutung ist „eingepreist“

Schnäppchen hier, Hungerlöhne in Südostasien



Sie kämpfen für sich und andere: Textilarbeiterinnen berichten von ihrem risikoreichen Einsatz für gerechtere Löhne und Arbeitsbedingungen.
© BayernForum, FES

Alle Verbraucherinnen und Verbraucher freuen sich über Schnäppchen. Doch wie es sein kann, dass wir die Jeans für zehn Euro, das Herrenhemd für acht Euro, das T-Shirt für drei Euro nach Hause tragen können, darüber machen sich die Käufer viel zu selten Gedanken. Die Kosten für jene, die diese Waren auf der anderen Seite des Globus herstellen, sind hoch. Es sind vor allem junge Frauen in Bangladesch, in Indonesien und vielen weiteren Ländern Südasiens, die uns den Textileinkauf zum Schleuderpreis ermöglichen. Sie bezahlen die Rechnung durch Hungerlöhne, Schikanen am Arbeitsplatz, gesundheitsschädliche Arbeitsbedingungen und die Nichteinhaltung des auch in ihren Ländern geltenden internationalen Arbeitsrechts. Auf diesen Zustand hat im Herbst 2010 die Friedrich-Ebert-Stiftung zusammen mit der „Kampagne für saubere Kleidung (CCC)“ hingewiesen. Es gab gut besuchte Veranstaltungen in Berlin, Bonn, München, Stuttgart, Leipzig und Hamburg. Vor allem den Gästen aus Asien wurde genau zugehört.

Es waren Arifa Akter aus Bangladesch, die heute dort für die Textilgewerkschaft arbeitet, aber lange Jahre als Näherin in einer Fabrik geschuftet und dort ge-

gen viele Widerstände einen Betriebsrat gegründet hat. Mit zehn Jahren begann sie als Helferin zu arbeiten, für einen Monatslohn von drei Euro. Als erwachsene Frau mit drei Kindern konnte sie den Lohn auf 30 Euro im Monat steigern. Das reicht aber nicht zum Leben, denn selbst in den Slums kostet eine Ein-Zimmer-Wohnung umgerechnet 20 bis 25 Euro im Monat.

Jessmin Begum, eine erfahrene Näherin, hat bei einem Zulieferer des deutschen Discounters Lidl gearbeitet. Als der Besitzer seine Fabrik von einem auf den anderen Tag dicht machte, kämpfte sie mithilfe der Textilgewerkschaft erfolgreich um ausstehende Löhne und Entschädigungen für die Arbeiterinnen. Dazu gehörte viel Mut, denn die Gewerkschaftsbewegung wird in Bangladesch wie in anderen Ländern Asiens massiv bekämpft. Als im Sommer 2010 Tausende dieser Arbeitssklavinnen auf die Straße gingen und höhere Löhne forderten, wurden Wasserwerfer, Tränengas und Polizeiknüppel gegen sie eingesetzt.

Der NGO-Aktivist Khorshed Alam hat im Auftrag der „Kampagne für saubere Kleidung“ vier Lidl-

Zulieferer in Bangladeschs Hauptstadt Dhaka untersucht und gravierende Menschenrechts- und Arbeitsrechtsverletzungen festgestellt. Lidl musste daraufhin eine Werbung zurückziehen, in der behauptet wurde, es werde unter menschenwürdigen Bedingungen produziert. Doch geändert hat sich seither für die Arbeiterinnen nichts: Nach wie vor arbeiten sie meist sieben Tage in der Woche und werden gezwungen, mindestens zwei, aber auch bis zu fünf Überstunden täglich zu leisten. Und das zu Löhnen, die zum Leben nicht ausreichen. Überstunden werden oft erst nach massivem Drängen und manchmal gar nicht bezahlt. Alam beschäftigt deshalb vor allem die Frage, wie Unternehmen verbindlich dazu verpflichtet werden können, das internationale Arbeitsrecht einzuhalten.

Die Indonesierin Rita Olivia Tambunan engagiert sich in der Kampagne für einen „Asiatischen Grundlohn“, um es den europäischen Auftraggebern zu erschweren, auf der Suche nach den billigsten Löhnen von Land zu Land zu ziehen. Sie ist Anwältin für Arbeitsrecht. Da Unternehmen immer damit drohen können, bei verbesserten Arbeitsbedingungen und höheren Löhnen in das nächste, noch billigere Land weiter zu wandern, schüchtert das die Belegschaften erfolgreich ein. Sie haben häufig nur die Wahl, zu unwürdigen und

krankmachenden Bedingungen oder gar nicht zu arbeiten.

Fünfte im Bunde bei der Rundreise durch Deutschland war Ulrike Schramm-de Robertis, Vorsitzende des Betriebsrates einer Lidl-Filiale in Bamberg. Es ist einer der wenigen Betriebsräte der 3 000 Lidl-Filialen. Trotz massiver Einschüchterungen setzt sie sich für die Rechte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein und kämpft gegen unzumutbare Arbeitsbedingungen bei den Discounter im eigenen Land. Lange Jahre hat sie für KiK, Plus und Lidl gearbeitet, kennt also die Verhältnisse genau.

Bei den Veranstaltungen zwischen Hamburg und München zeigte sich, dass viele Verbraucherinnen und Verbraucher, vor allem die Jüngeren, sich durchaus die Frage stellen, wer denn die Zeche für ihre billigen Textil-Schnäppchen zahlt. In Berlin ging diese Frage auch an die Politik. Sascha Raabe, entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, beklagte, dass die Ungerechtigkeiten bereits im Welthandelssystem angelegt seien. Das aber befreie deutsche Unternehmen nicht aus ihrer Verantwortung für ausbeuterische Arbeitsbedingungen in den Entwicklungsländern. Es sei Aufgabe der Politik, diese Unternehmen für die Arbeitsbedingungen ihrer Zulieferer rechtlich verantwortlich zu machen. Politikerinnen und Politiker wie auch Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wollten auch die Verbraucher nicht aus ihrer Verantwortung entlassen. „Geiz ist grausam“, titelte beispielsweise die Süddeutsche Zeitung nach der Veranstaltung in München. Zur traurigen Wahrheit gehört allerdings auch, dass selbst teure Markenware unter ähnlich schlimmen Bedingungen produziert wird wie die Massenware beim Discounter.

Immer wieder wurde auch darauf hingewiesen, dass es zu einfach ist, Verbraucherinnen und Verbrauchern die Verantwortung zuzuschieben. Nicht jeder, der billig einkauft, findet das „geil“. Oft reicht das Geld schlicht nicht für teurere Produkte.

So lautete das Fazit nach der Deutschlandreise mit den eindrucksvollen Gästen aus Bangladesh und Indonesien: Soziale Gerechtigkeit für die Näherinnen in Asien ist ohne soziale Gerechtigkeit in Deutschland und anderen europäischen Ländern nur schwer umzusetzen.



© International Labour Office (ILO)

GESPRÄCH MIT INGRID MATTHÄUS-MAIER, VORSITZENDE DES KURATORIUMS DER FES

Diskriminierung im Alltag und bei Spitzenpositionen

FES: Frau Matthäus-Maier, viele Politikerinnen Ihrer Generation standen der Quote zunächst skeptisch gegenüber. Wie war das bei Ihnen?

Matthäus-Maier: Für mich war die Quote lange kein Thema, weil ich mich auch ohne Quote durchgesetzt hatte. Ich war aber auch nicht – wie manche erfolgreiche Frauen – dagegen. Die Frage stellte sich einfach nicht. Als aber Gro Brundtland in Norwegen ihr erstes Kabinett mit fast 50 Prozent Frauen vorstellte, wurde mir klar, dass es mit der Quote jedenfalls schneller geht.

FES: Die Quote bei der SPD, 1988 eingeführt, hat nicht nur mehr Frauen in die Politik gebracht, sondern ihnen auch neue Politikfelder erschlossen, also Finanzen, Wirtschaft, Sicherheitspolitik statt der „typischen Frauenthemen“ Familie und Gesundheit. Sie waren als Finanzpolitikerin lange so selten wie ein weißer Rabe. Hatten Sie zu kämpfen in dieser Männerwelt?

Matthäus-Maier: Ich hatte 1976, damals war ich noch bei der FDP, zu kämpfen um einen Sitz im Finanzausschuss. Aber das war eine „Rechts – Links“-Entscheidung und keine Gender-Frage: Es gab eine Kampfkandidatur, in der die damalige Vorsitzende des Finanzausschusses, Liselotte Funcke, mich vorschlug, Otto Graf Lambsdorff einen Gegenkandidaten. Er wollte mich partout nicht im Finanzausschuss haben. Ich hatte nur eine (!) Stimme Vorsprung. Diese Episode zeigt zweierlei: Es ist nicht so, dass Frauen keine Frauen unterstützen. Ohne Liselotte



Ingrid Matthäus-Maier eröffnete in München eine Ausstellung des BayernForums „Frauen im Aufbruch – Politische Plakate“. © BayernForum, FES

INGRID MATTHÄUS-MAIER

Ingrid Matthäus-Maier war die erste und bis heute einzige Frau, die eine große Bank geleitet hat, die KfW, Kreditanstalt für Wiederaufbau in Frankfurt am Main. Die Kuratoriumsvorsitzende der FES hatte als junge Politikerin die Hoffnung, die Frauen würden sich in der Arbeitswelt auch ohne Quote durchsetzen. Längst aber ist die langjährige SPD-Bundestagsabgeordnete anderer Meinung. Zu drastisch waren und sind ihre Erfahrungen mit männlichen Seilschaften. Im vergangenen Jahr eröffnete sie eine Ausstellung „Frauen im Aufbruch – Politische Plakate“ des BayernForums

in München. Sie erzählte, wie sie in all ihren Positionen gegen gesellschaftliche und persönliche Widerstände ankämpfen musste – nicht nur eine persönliche Geschichte, denn die Plakate zeigen den langen holprigen Weg der politisch aktiven Frauen im 20. Jahrhundert.

Der Blick zurück zeigte aber auch, wie viel erreicht wurde. Frauen in der Politik, das ist heute eine Selbstverständlichkeit, trotz der immer noch bestehenden Ungleichbehandlungen in vielen Bereichen.

Das Gespräch für die FES führte Renate Färber-Husemann.

GESPRÄCH MIT INGRID MATTHÄUS-MAIER



Gastgeberin Ingrid Matthäus-Maier während ihrer Zeit als Vorstandssprecherin der KfW Bankengruppe 2006 u. a. mit Peer Steinbrück (2.v.l.), Heinrich Haasis (M.), Präsident des Sparkassen- und Giroverbandes, und Josef Ackermann (r.), Vorstandssprecher der Deutschen Bank
© dpa Picture Alliance

Funcke wäre mein politischer Lebensweg anders verlaufen. Zum Zweiten hat sich gezeigt, dass das Buch von Anke Martiny stimmt: „Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren.“ Ich füge hinzu: Wer kämpft, kann aber auch gewinnen! Diese Erfahrung müssen viele Frauen erst noch machen.

FES: Als erste und bis heute einzige Frau wurden Sie Chefin einer mächtigen Bank, der KfW. Wie haben Sie die von Männern dominierte Bankerwelt in Frankfurt erlebt?

Matthäus-Maier: Die Frankfurter Bankenwelt ist in der Spitze eine frauenfreie Zone. Auch ich wurde ja durch die Politik (den damaligen Bundeskanzler Schröder und den damaligen Bundesfinanzminister Lafontaine) in den Vorstand der KfW geschickt. In der Bank war es hilfreich, dass das Gleichstellungsgesetz des Bundes auch für die KfW als öffentliche Bank galt, aber immer noch schwierig genug. Übrigens hatte mich später Hans Eichel gefragt, ob ich Nachfolgerin von Hans Welteke als Bundesbankpräsidentin werden wolle. Ich habe damals abgelehnt, weil ich nicht „Job-Hopperin“ sein wollte.

FES: Haben Sie andere Schwerpunkte gesetzt als die Männer, zum Beispiel bei Kreditvergaben in der Dritten Welt?

Matthäus-Maier: Ja. Ich habe zum Beispiel mit dazu beigetragen, dass die KfW – auch mithilfe von Geldern aus dem BMZ unter Heidi Wiecek-Zeul – die größte Mikrokredit-Finanziererin der Welt wurde. Es ist ja bekannt, dass der weitaus größte Teil dieser Mikrokredite an Frauen geht, die damit Miniunternehmen gründen und Geld verdienen, das dann vor allem der Ernährung der Familie und der Ausbildung der Kinder zugute kommt. Mikrokredite hat die KfW übrigens schon lange vor meiner Zeit in der Bank unterstützt. So hat sie Muhammed Yunus schon in den 1980er Jahren bei der Refinanzierung seiner Mikrokredite in der Grameen-Bank geholfen. Manchmal habe ich deshalb spöttisch gesagt, von seinem Friedensnobelpreis gebührt auch ein ganz kleines Stück der KfW.

FES: Nun fordern Frauen quer durch die Parteien Quoten auch für die Wirtschaft. Was halten Sie davon?

Matthäus-Maier: Ich halte die Quote in der Wirtschaft für dringend erforderlich. Ich habe gerade erst eine große Veranstaltung in einer von den Dax-Unternehmen bezahlten Business-School miterlebt. Kein Wort über Frauen im Unternehmen oder in der Business-School, erst recht nicht in der Führung. Da habe ich noch mal gedacht und auch gesagt: Ohne Quote lernen es die Jungs nicht!

FES: Hilft Quotierung den jungen Frauen, durch die „gläserne Decke“ zu stoßen?

Matthäus-Maier: Ja. Das hilft. Aber es wird auch mit Quote noch schwer genug. So höre ich, dass junge, supergute Frauen mit (vor allem älteren) Männern Probleme haben, wenn sie deren Vorgesetzte werden. Man erinnere sich: Generationen von Frauen (auch ältere) haben jahrzehntelang klaglos junge, männliche Vorgesetzte ertragen.

FES: Gefordert werden vor allem Quoten in den Aufsichtsräten von Aktiengesellschaften. Das kann sicher nicht schaden, aber hilft das auch?

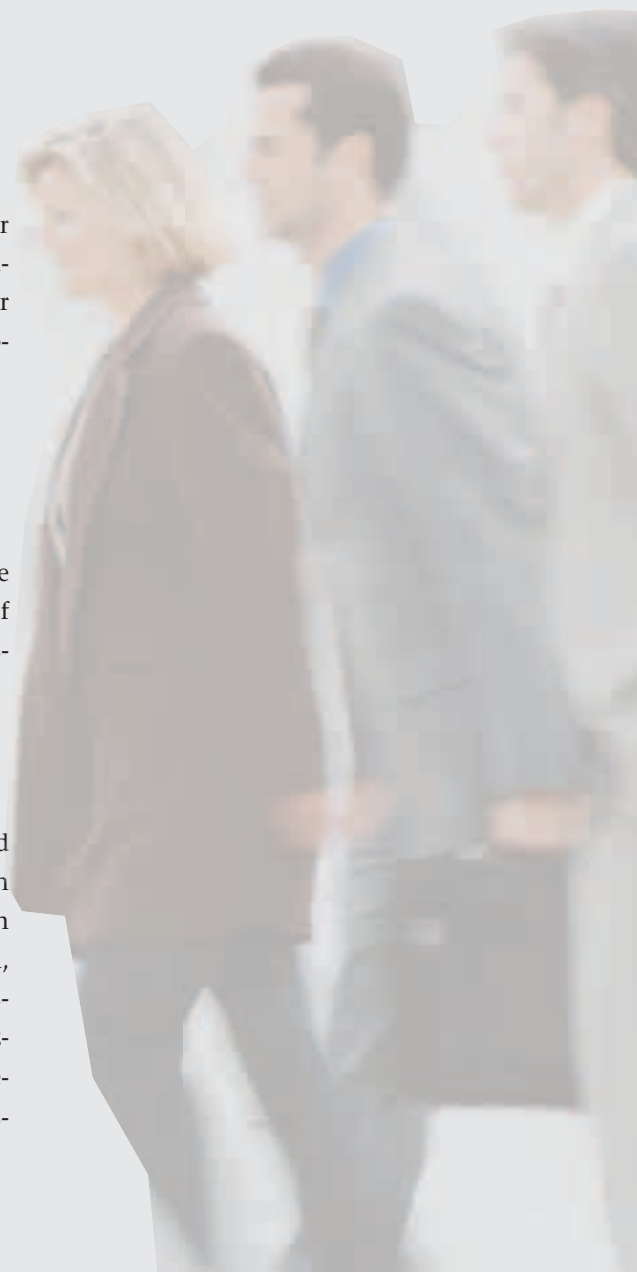
Matthäus-Maier: Eine Quote für die Aufsichtsräte halte ich für sehr wichtig. Freiwillige Vereinbarungen reichen nicht, wie die Vergangenheit zeigt. Ich freue mich, dass das Land Nordrhein-Westfalen mit der Ministerpräsidentin Hannelore Kraft einen Gesetzentwurf für eine Quote in Aufsichtsräten im Bundesrat eingebracht hat.

FES: Fängt die subtile Diskriminierung junger gut ausgebildeter Frauen nicht schon viel früher an, also lange bevor es um Forderungen nach mehr weiblichen Aufsichtsräten geht?

Matthäus-Maier: Natürlich! Die jungen Frauen brauchen insbesondere Kindertageseinrichtungen und Ganztagschulen, um sich auf den Beruf konzentrieren zu können, und selbstverständlich eine gerechte Arbeitsteilung in der Beziehung.

FES: Was können, müssen Frauen selbst tun? Seilschaften bilden wie die Männer?

Matthäus-Maier: Frauen müssen kämpfen. Das kann ihnen niemand ersparen. Dabei müssen aber auch Vorgesetzte helfen. Ich habe mich zum Beispiel in der KfW regelmäßig mit den Führungsfrauen getroffen und mir die Probleme und die Forderungen der Frauen schildern lassen, zum Beispiel abendliche Meetings und Job-Sharing auf der Führungsebene. Ersteres haben wir so weit wie möglich abgestellt (bei Konferenzschaltungen mit den USA ging es z.B. nicht anders), Letzteres eingeführt, nämlich Job-Sharing bei den stellvertretenden Abteilungs-



GESPRÄCH MIT INGRID MATTHÄUS-MAIER



© Fotolia

leiterinnen. Es gilt aber auch, die Diskriminierung im Alltag abzubauen, zum Beispiel männliche Formulierungen in den Rundschreiben wie „Im Folgenden wird die männliche Formulierung benutzt, die Frauen sind aber immer mitgemeint“. Ich habe dies umgedreht mit der Folge, dass die Männer sprachlos waren. Von dem Tag an waren sie um neutrale Formulierungen bemüht, was auch ohne Weiteres geht. Im Zweifel mit dem großen I, meist aber auch ohne.

FES: Da findet ja auch ein Machtspiel statt, denn jeder attraktive Platz für eine Frau ist einer weniger für einen Mann. Können Frauen dieses Spiel überhaupt gewinnen ohne kooperative Männer, ohne Verzicht auf Kinder?

Matthäus-Maier: Ohne kooperative Männer können Frauen das Spiel nicht gewinnen. Aber als Ehefrauen und Mütter haben sie ja Möglichkeiten: Wer einen Macho heiratet, ist selbst schuld. Man vergewissere sich vorher, ob der Partner in Sachen Gleichberechtigung auf der gleichen Wellenlänge tickt. Ich konnte alle meine Erfolge nur erreichen, weil mein absolut emanzipierter Ehemann alles mit mir gemeinsam gemacht hat – wofür ich ihm zutiefst dankbar bin.

Noch ein Nachsatz: Machos sind in der Regel von Müttern erzogen worden! Mir fällt ein Beispiel aus der eigenen Familie ein. Als unsere Haushaltshilfe anbot, für die Kinder zu bügeln, habe ich das untersagt. Als sie daraufhin meinte „aber doch wenigstens für Ihren Sohn!“, habe ich ihr spaßeshalber gedroht, sie rauszuwerfen. Folge: Mein Sohn hat gemosert, er sei der einzige in der Klasse, der seine T-Shirts selber bügeln müsse. Aber es hat geklappt. Seine Freundin ist heute dankbar dafür. Und mein Sohn – so mein Eindruck – auch!



Das norwegische Parlamentsgebäude in Oslo. © dpa Picture Alliance; links Fotolia

Das norwegische Experiment – längst unumstritten

Die Frauenquote ist ein Erfolgsmodell

„Wann kommt Frau Ackermann?“, fragte die FES und wollte genauer wissen, warum in Norwegen so gut funktioniert, was von der deutschen Regierung abgelehnt wird: nämlich eine Frauenquote für Aufsichtsräte. Dort gibt es seit 2006 eine feste Quote von 40 Prozent für die Verwaltungsräte aller Aktiengesellschaften. Schon zwei Jahre später war die gesetzliche Quote erfüllt. Wie haben die Norweger das gemacht?, wollte die FES wissen und gab eine Studie in Auftrag. Die spannenden Ergebnisse stellte Cilia Ebert-Libeskind während einer Tagung in Berlin vor. Die Durchsetzung gelang nach Ansicht der Autorinnen Aagot Storvik und Mari Teigen, weil es keine nennenswerte politische Opposition gab, denn eine konservative Regierung setzte ein „linkes“ Projekt um. Die sozialdemokratische Fraktion stimmte zu. Unterstützt wurde die Politik von großen Teilen der Medien, so konnte man sich gegen die Industrie durchsetzen, die das Projekt ablehnte. Norwegen lieferte auch das entscheidende Argument gegen die von der deutschen Regierung bevorzugte freiwillige Selbstverpflichtung der Unternehmen: Auch Norwegen hatte der sanktionsbewehrten Pflicht zur Einführung des 40-Prozent-Ziels eine freiwillige Phase von drei Jahren vorge-

schaltet. In dieser Zeit stieg die Zahl der Frauen in den Führungsgremien nur auf 16 Prozent. Erst die verbindliche Pflicht führte dann innerhalb von zwei Jahren zur Erfüllung der Quote. Interessant ist auch, dass es laut Studie keine Klagen gibt über die Arbeit der Verwaltungsrätinnen. Ihre Qualifikation ist unumstritten, die Furcht, sie würden als „Quotenfrauen“ diskriminiert, hat sich nicht bewahrheitet.

Die Autorinnen sehen Norwegen nun als Trendsetter in Europa. Spanien, Frankreich, die Niederlande, Schweden und Island arbeiten an ähnlichen Bestimmungen. Deutschland nicht, obwohl der Beweis längst vorliegt, dass Freiwilligkeit nichts bringt. Die ehemalige Bundesfrauenministerin Christine Bergmann wollte schon im Jahre 2000 ein Gleichstellungsgesetz für die Wirtschaft mit festen Zielquoten für Frauen in Führungspositionen einführen und scheiterte. Man setzte auf Freiwilligkeit. Die Folge: in den Führungspositionen der größten deutschen Unternehmen sitzen bis heute nur knapp drei Prozent Frauen. Das bedeutet im Umkehrschluss: Die Männerquote in den Großunternehmen liegt bei 97 Prozent! Ein einziges

Dax-Unternehmen, die Telekom, hat freiwillig eine Quote eingeführt und will in den nächsten Jahren 30 Prozent der leitenden Positionen mit Frauen besetzen. Mechthilde Maier ist bei der Telekom verantwortlich für die Durchsetzung der Quote. In der Podiumsdiskussion räumte sie ehrlich ein, Motiv für die Vorreiterrolle sei das Image des Unternehmens gewesen, das in den letzten Jahren vor allem durch Rationalisierung und Personalabbau aufgefallen sei. Aber auch die Sorge um den Nachwuchs und das Gerechtigkeitsargument habe bei der Entscheidung eine Rolle gespielt. Gegen die stereotype Wahrnehmung des weiblichen Nachwuchses setze das Unternehmen auf spezielle Gender Trainings für das Spitzenpersonal. „Das Nachdenken über Talente hat einen anderen Drive bekommen.“ Die Furcht, nicht genügend qualifizierte Frauen zu finden, ist nach der Erfahrung von Mechthilde Maier unbegründet: „Wenn Sie den Headhuntern klare Vorgaben machen, dann haben die plötzlich jede Menge gute Frauen im Angebot.“

Manuela Schwesig, Sozial- und Gesundheitsministerin in Mecklenburg-Vorpommern, beklagte, dass Deutschland ein absoluter Spätzügler sei. Einen

der Gründe dafür fand sie in einer Sinus-Studie: Chefs greifen bei der Auswahl des Nachwuchses auf das Altbewährte und Altbekannte zurück. Die Fachwelt nenne das „homosoziale Reproduktion“. Sie halte das Gerede, auch gute Frauen würden als „Quotenfrauen“ abqualifiziert, für eine Strategie von Männern, die keine Macht abgeben wollen. „Wer sagt, dass die Quote die Leistungsgerechtigkeit infrage stellt, der irrt. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Die Quote sorgt erst dafür, dass Frauen ihr hoch qualifiziertes Know-how in den Führungsetagen einbringen können und nicht vorher an die gläsernen Decken stoßen.“

Elke Holst vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung wies darauf hin, dass es immer noch die alten Klischees seien, die Frauen an einer Karriere in der Wirtschaft hinderten: „Wenn Frauen in Führungspositionen männliche Aggressivität und Durchsetzungskraft zeigen, dann gelten sie oft als unweiblich. Und verhalten sie sich, wie die Gesellschaft es von Frauen erwartet, bescheiden und sozial, dann gelten sie schnell als inkompetent und typisch Frau, nicht geeignet, fest durchzugreifen.“ Die SPD-Bundestagsabgeordnete Eva Högl sah ein weiteres Problem: „Im Moment haben Frauen in Führungsjobs nur männliche Vorbilder. Je mehr Frauen es aber in diesen Jobs gibt, desto weniger klischeehaft und desto differenzierter wird auch das Bild dieser Frauen sein.“

Die Wissenschaft bestätigt das. So hat beispielsweise eine Studie der Unternehmensberatung McKinsey die Wirtschaft aufhorchen lassen: Unternehmen mit gemischten Führungsteams machen laut dieser Studie 48 Prozent mehr Gewinn als homogen geführte! Dieses Argument ist so einleuchtend, dass man sich verwundert fragt, warum die Unternehmen nicht freiwillig die Quote einführen.

Nach den Erfahrungen der Telekom-Managerin Maier sollte man aber darauf nicht setzen. „Einen Richtungswechsel in einer Firmenkultur kriegt man nicht hin, indem man alles offen lässt. Kulturen brauchen Leitpfade und Leitplanken. Und das ist die Quote.“



PRESSEBERICHT: die tageszeitung 7.7.2010

Geschlechterkampf von rechts

Das neue alte Feindbild Feminismus

Es klingt wie eine Geschichte aus den 1970er Jahren: Neokonservative Männer machen mobil gegen Frauen, die ihre Rechte auf Gleichstellung im privaten und beruflichen Leben einfordern. Sie bekommen Hilfestellung von bestimmten Medien. In einer Expertise für die FES schreibt der Autor Dr. Thomas Gesterkamp: „Geschlechterkampf von rechts: Konservative Publizisten, Männerrechtler, Familienfundamentalisten, militante Abtreibungsgegner, evangelikale Christen und rückwärts gewandte katholische Kirchenobere wenden sich gegen ein gemeinsames Feindbild: den Feminismus. Sie prangern eine angebliche Bevormundung in geschlechterpolitischen Fragen an: Der ‚ausufernde Gouvernanten- und Umerziehungsstaat‘ fördere einseitig die Frauen und benachteilige die Männer.“



Dr. Thomas Gesterkamp. © Foto privat

Der Autor betritt mit seiner Analyse Neuland. Die Ergebnisse seiner Recherche sind teilweise schockierend, aber gut belegt. In zahlreichen Publikationen zu den Themen Gender, Familie, Arbeitswelt hat er sich mit den neuen Strömungen und Unterströmungen beschäftigt.

FES: Waren Sie selbst überrascht vom eindeutigen Ergebnis Ihrer Recherchen in konservativen Männerbünden und beim Auswerten konservativer Zeitungen?

Gesterkamp: Nein, denn die Recherche hat eine Vorgeschichte. Ich publiziere seit gut 15 Jahren über geschlechterpolitische Themen. In den vergangenen Jahren tauchten auf einigen meiner Vortragsveranstaltungen, unter anderem auch bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Heidelberg, Vertreter antifeministischer Gruppen auf. Diese stellten immer wieder die gleichen Fragen, prangerten die angebliche Benachteiligung von Männern in allen Lebenslagen an. Ich bin gerne bereit, auf solche Wortmeldungen zu antworten. Hier aber haben sich die Leute gezielt verabredet, um Diskussionen in eine bestimmte, vom Veranstalter nicht beabsichtigte Richtung zu lenken.

DR. THOMAS GESTERKAMP

Journalist und Buchautor in Köln, Vater einer Tochter. Studium der Soziologie, Pädagogik und Publizistik in Hamburg und Münster.

Bücher Thomas Gesterkamps zum Thema:

„Die neuen Väter zwischen Kind und Karriere“, „Die Krise der Kerle – Männlicher Lebensstil und der

Wandel der Arbeitsgesellschaft“, „Gutesleben.de – Die neue Balance von Arbeit und Liebe“, „Hauptsache Arbeit? – Männer zwischen Beruf und Familie“.

Das Gespräch mit Dr. Thomas Gesterkamp führte Renate Färber-Husemann.

GESPRÄCH MIT DR. THOMAS GESTERKAMP

FES: Wenn man Ihre Expertise liest, stellt man erschrocken fest, wie massiv Feminismus als Feindbild erhalten muss. Sammeln sich dort männliche Verlierer auf der Suche nach Schuldigen?

Gesterkamp: Eines meiner Bücher trägt den Titel „Die Krise der Kerle“, sicher ein etwas reißerischer Titel, weil nicht alle Männer betroffen sind. Es gibt aber männliche Verlierer, gerade in den abgehangenen Regionen Ostdeutschlands. Dort sind Männer überdurchschnittlich häufig arbeitslos, die Frauen wandern ab und die „Deppen ohne Chance auf Paarbeziehung“, wie das ein Regionalforscher einmal despektierlich genannt hat, bleiben übrig. Das sind die Gegenden, wo dann die NPD punkten kann – die übrigens auch gegen den „Gender-Wahn“ Stimmung macht.

FES: Klopfen wir die Hauptvorwürfe auf ihre Stimmigkeit ab. Jungen sind die Bildungsverlierer:

Gesterkamp: Stimmt so pauschal nicht, denn es gibt nicht „die Jungen“. Vor allem Migrantenjungs haben Schwierigkeiten in der Schule, und die sollte man ernst nehmen. Jungs aus bildungsbürgerlichen Familien sitzen, überspitzt formuliert, wie eh und je in den Mathe- oder Chemie-Leistungskursen der Gymnasien und werden später gut bezahlte Ingenieure.

FES: Schlechtere Bezahlung der Frauen ist keine Diskriminierung, denn – so heißt es pauschal – Frauen leisten weniger im Beruf:

**PRESSEBERICHT:**

Westfälische Rundschau 18.5.2010

G.: Antifeministen leugnen die Gehaltsdifferenz von 23 Prozent zwischen Männern und Frauen, die im europäischen Vergleich extrem hoch liegt. Und wenn sich Unterschiede nicht abstreiten lassen, sind die Frauen angeblich selbst schuld, weil sie sich zu wenig für ihre Karriere interessieren. Dass es eine „gläserne Decke“ gibt, dass der ganze Arbeitsmarkt auf männlichen Privilegien aufbaut und sich dort nach wie vor eine „patriarchalische Dividende“ kassieren lässt, wird einfach ignoriert.

FES: Väter werden nach Trennungen und Scheidungen diskriminiert, so ein weiterer ständiger Vorwurf:

Gesterkamp: Trennung und Scheidung sind ein geschlechterpolitisches Minenfeld, man sollte es sich da nicht zu leicht machen. Klar, ein Teil der Männer zahlt keinen oder zu wenig Unterhalt, aber es gibt auch Väter, denen ihre Kinder von Ex-Partnerinnen entzogen werden. Das ist ein persönliches Drama, aus dem Verbitterung entsteht und das dann antifeministisch politisiert wird.

GESPRÄCH MIT DR. THOMAS GESTERKAMP

FES: Welchen politischen Einfluss haben diese Männerrechtler und Familienfundamentalisten?

Gesterkamp: Die meisten Gruppen haben nicht allzu viele Mitglieder. Doch ihre Anliegen werden in den Leitmedien, wie ich in der Expertise aufzeige, seit Jahren aufgegriffen. Die Dauerpräsenz des Themas im Netz beruht auf dem ständigen Bloggen einzelner Schreiber, die versuchen, eigentlich unverfängliche Webseiten etwa wie die der „Aktion Mensch“ zu „entern“.

FES: Sie selbst sind massiv angegriffen worden. Von wem? Und mit welchen Argumenten?

Gesterkamp: Argumente zählen da wenig, das ist eher Polemik. Im Internet werde ich als „lila Pudel“ oder als „Judas am eigenen Geschlecht“ bezeichnet, zum Teil gehen die Angriffe auch unter die Gürtellinie. Frauen erleben das übrigens seit Jahren, bis hin zu Vergewaltigungsdrohungen. Parallel dazu haben diverse Personen, denen ich Verbindungen zur rechtskonservativen Grauzone nachgewiesen habe, direkt beim Vorstand der Friedrich-Ebert-Stiftung protestiert. Justitiabel war das aber alles nicht. Ständig wurde versucht, meine Recherche als „unwissenschaftlich“ abzutun. Ich habe allerdings nie den Anspruch erhoben, mehr als einen journalistischen Aufschlag auf einem vollkommen unbeackerten Gebiet zu machen. Ein Problem ist sicher der Titel „Geschlechterkampf von rechts“, weil rechts in Deutschland immer gleich mit Nazi in Verbindung gebracht wird. Mir ging es um die Beschreibung eines antifeministischen Milieus, das von der Mitte der Gesellschaft bis hin zu rechtskonservativen oder gar rechtsradikalen Kreisen reicht. Und ich bin sehr zufrieden, dass die von mir kritisierten Gruppen beim „Bundesforum Männer“, das sich im November 2010 als Pendant zum Deutschen Frauenrat gebildet hat, außen vor bleiben mussten, weil sie die Kriterien einer geschlechterdialogisch orientierten Plattform nicht erfüllen.



BUCHTIPP

Friedrich-Ebert-Stiftung
WISO Diskurs
GESCHLECHTERKAMPF VON RECHTS
Wie Männerrechtler und
Familienfundamentalisten sich
gegen das Feindbild Feminismus
radikalisieren
ISBN: 978-3-86872-270-3
www.fes.de/WISO/

„Kameradinnen“ im nationalen Kampf

Frauen in der rechten Szene



Man nimmt sie immer noch nicht ernst genug, die Frauen, die sich in der rechten Szene tummeln, hält sie gerne für törichte Mitläuferinnen. Dass dies weit weg von der Realität ist, zeigte eine gut besuchte Veranstaltung der FES in Bonn (zusammen mit der DGB-Jugend Köln/Bonn). Johanna Sigl von der Universität Göttingen und Mitglied im Forschungsnetzwerk „Frauen und Rechtsextremismus“ nannte erschreckende Zahlen und erläuterte, wie die rechte Szene durch die Frauen geradezu stabilisiert wird und schleichend Fuß fassen kann auch außerhalb des Milieus, denn diese Frauen geben den Organisationen ein bürgerliches Gesicht.

In Zahlen sieht das so aus: Fünf bis zehn Prozent dieser Frauen sind beteiligt an rechtsextrem motivierten Straftaten. Ihr Anteil an der Mitgliedschaft in rechtsextremen Parteien liegt bei 20 Prozent, ihr Anteil an der Wählerschaft immerhin bei 33 Prozent. Frauen haben inzwischen Mandate und Funktionen in ihren Parteien, sie übernehmen Füh-

rungsfunktionen in Organisationen, sie melden Aufmärsche an und organisieren sie. Bei Demos tragen sie Zeichen wie „White Power“ oder „Thor Hammer“, sie sind Rednerinnen und Autoren, informieren im Internet, in Kneipen, an Ständen. Die Rechtsanwältinnen der Szene betreuen Gefangene und wirken entscheidend daran mit, „die Szene zusammenzuhalten“. Durch ihre aktiven Frauen gelingt es diesen Organisationen, rechte Propaganda bis weit in die Zivilgesellschaft hinein zu verbreiten.

Johanna Sigl hat einen genauen Blick auf die Frauenorganisationen wie „Gemeinschaft Deutscher Frauen“ und „Ring Nationaler Frauen“ geworfen. Auffallend ist, wie polemisch dort gegen Feminismus und Gender Mainstreaming gewettert wird. Die propagierten Frauenbilder sind: Erziehung eines „gesunden und rassereinen Nachwuchses“ im „nationalen Geist“ und „Kameradinnen im nationalen Kampf“ an der Seite der Männer zu sein.

Mitläuferinnen und Macherinnen

Eine spannende Dokumentation aus Stuttgart

Auch das Fritz-Erler-Forum in Stuttgart hat sich 2010 intensiv mit dem Thema Rechtsextremismus und Frauen beschäftigt. Ergebnis einer Fachtagung ist eine lesenswerte Dokumentation. Es wurde klar, wie gezielt Frauen und Mädchen von rechtsextremen Organisationen angesprochen werden und wie stark viele von ihnen inzwischen in der Gesellschaft verankert sind. Rechtsextreme Frauen betreiben zum Beispiel Kindertheater, kümmern sich in einer Hilfsorganisation um politisch verfolgte Kinder, sind in Elternbeiräten aktiv – und nehmen so die Angst vor NPD und Konsorten. Ein Beispiel von vielen: Der „Mädelring Thüringen“ hat sich einen neuen Namen gegeben, nämlich „Free Gender“. Der Slogan dieser Gruppe lautet: „Deutsche Frauen, wehrt euch gegen das Patriarchat und politische Unmündigkeit“.

Viele junge Frauen – aber längst nicht mehr alle – sind durch Beziehungen zu rechtsextremen Männern in der Szene gelandet, aber – das zeigt die neuere Forschung – sie steigen in der Regel nicht mehr aus, wenn die Beziehung endet. Ganz praktisch

wurde in verschiedenen Workshops anhand von Fallbeispielen – mit gemeinsam erarbeiteten Handlungsstrategien – gearbeitet, etwa zum Umgang mit rechtsextremen Mädchen in Schulen und Jugendclubs. Hilfen für Aussteigerinnen wurden diskutiert und der Umgang mit jenen „NPD-Müttern“, die so unauffällig freundlich und sozial engagiert wirken und es damit schaffen, immer wieder „einen Fuß in die Tür“ zu bekommen.



© Fritz-Erler-Forum, FES

Sie gehören zu den Working poor

Für eine gerechtere Arbeitsmarktpolitik

Wie gleichberechtigt – und mit wem? – sind alleinerziehende Frauen? Diese Frage stellte die FES zum Internationalen Frauentag 2010 bei einer Veranstaltung in Bonn. Edith Weiser, Geschäftsführerin des Verbandes Alleinerziehender Mütter und Väter, beschrieb die Situation so: Kindergärten schließen in der Regel um 16.30 Uhr, das macht es Alleinerziehenden schwer, Vollzeit zu arbeiten. An den Schulen fehlt es an qualitativ hochwertiger Ganztagsbetreuung. Das ist einer der Hauptgründe dafür, warum 41 Prozent der Alleinerziehenden ALG II beziehen. Ein Drittel von ihnen gehört zu den sogenannten Aufstockerinnen, das heißt, sie sind er-

werbstätig, aber der Lohn reicht nicht zum Leben. Claudia Bogedan von der Hans-Böckler-Stiftung beschrieb die Situation drastisch: Viele der Frauen müssen schlecht bezahlte Arbeit annehmen oder können nur Teilzeit arbeiten, weil sie kleine oder mehrere Kinder haben. Trotz Arbeit leben sie in Armut, gehören zu den „working poor“. Auch bei guter Ausbildung sind ihre Karrierechancen schlecht. Sie vollbringen täglich Höchstleistungen und bleiben dennoch chancenlos. Auswege aus der Misere wären neben einer besseren Kinderbetreuung ein flächendeckender Mindestlohn und eine familienfreundlichere Unternehmenskultur.

Alleinerziehende sind Leistungsträger

Konferenz über Forderungen an eine moderne Politik
für Ein-Eltern-Familien



Alleinerziehende Mütter und Väter müssen häufig sehr viel mehr leisten als andere Familien. Das beginnt mit der Familienorganisation, die sie ohne Hilfe zu bewältigen haben, setzt sich fort beim Kampf um eine bezahlbare öffentliche Kinderbetreuung und endet bei schlechter Bezahlung und hohem Arbeitslosigkeitsrisiko auch für gut ausgebildete alleinerziehende Mütter. Die Folge ist eine überdurchschnittlich große Armut in diesen Familien. Über 40 Prozent beziehen ALG II. Oft muss der Arbeitslohn durch staatliche Leistungen aufgestockt werden, weil trotz aller Anstrengungen, auf eigenen Beinen zu stehen, das Geld zum Leben nicht ausreicht. Die Einkommenssituation dieser Familien hat sich, so Manuela Schwesig, Ministerin für Soziales und Gesundheit in Mecklenburg-Vorpommern, in den letzten 20 Jahren deutlich verschlechtert. Das ist kein Randphänomen, denn die Zahl der Alleinerziehenden ist in Deutschland in den vergangenen zehn Jahren um 24 Prozent auf 1,57 Millionen Menschen angewachsen. Davon sind 90 Prozent Frauen.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin beschäftigt sich im Forum Politik und Gesellschaft kontinuierlich mit der wachsenden Vielfalt von Lebensformen mit und ohne Kinder. Eine große Veranstaltung fand 2010 statt. Die Anforderungen an eine moderne Politik für diese Familien wurden mit Fachfrauen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft diskutiert. Was können Staat und Gesellschaft tun, damit sich die Lebensrealität der vielfach belasteten Ein-Eltern-Familien verbessert? Immerhin handelt es sich um fast ein Fünftel aller Familien.

Kreativen Veränderungen zugunsten dieser Eltern und ihrer Kinder steht dabei ein Familienleitbild im Wege, das sich eher an den 1950er Jahren als an der heutigen Realität orientiert. Rechtssystem, Sozialsystem und Wirtschaft bevorzugen immer noch die Vater-Mutter-Kinder-Familie mit dem Vater als Hauptverdiener oder alleinigem „Ernährer“. Barbara König, Geschäftsführerin von „Zukunftsforum Familie“ nannte Zahlen: 77 Milliarden Euro gibt der Staat im Jahr für die Förderung der klas-

sischen Ehe aus, durch Ehegattensplitting, beitragsfreie Ehegattenmitversicherung bei der Krankenkasse und vieles mehr. Den größten Nutzen von diesen Leistungen hat die Familie mit hohem Einkommen und nur einem Verdiener. Benachteiligt sind hier nicht nur Ein-Eltern-Familien, sondern auch jene Paare, die auf partnerschaftliche Teilung von Haus- und Erwerbsarbeit setzen. Diese Familien werden nicht nur steuerlich benachteiligt, sondern auch von der Wirtschaft vernachlässigt. Ihre Bedürfnisse und die real existierenden Verhältnisse in der Arbeitswelt klaffen auseinander. Sigrid Bachler vom DGB zitierte zum Beispiel eine Umfrage, nach der Paare in der Familienphase gern die 30-Stunden-Woche für beide Partner hätten, um mehr Zeit für die Familie, die Betreuung von Angehörigen und ehrenamtliches Engagement zu haben.

Alleinerziehende, so beklagte Manuela Schwesig, werden in Deutschland vor allem als Problemgruppe wahrgenommen. Zwar sei es heute einfacher als vor 50 Jahren, Kinder alleine großzuziehen, die Gesellschaft sei toleranter geworden, doch im Alltag würden Ein-Eltern-Familien immer noch viel zu häufig stigmatisiert. In den Köpfen und in den Medien existiere das Bild von der jungen Mutter mit vielen Kindern und Hartz-IV-Bezug. Doch es gibt sie nicht, die homogene Gruppe der Alleinerziehenden. Viele von ihnen, die unter großen Mühen Familien- und Erwerbsarbeit miteinander verbinden, gehören für Schwesig „zu den Leistungsträgern in unserer Gesellschaft“. Sie plädiert für ein neues Verständnis von Familie: „Familienpolitik muss dort stattfinden, wo Menschen füreinander partnerschaftlich Verantwortung übernehmen.“ Sie wollen ihr Leben eigenständig gestalten, durch eine Arbeit, von der sie und ihre Kinder leben können. Doch dazu gehört eine qualitativ hochwertige Ganztags-Kinderbetreuung, vor allem mehr Angebote für Menschen, die im Schichtbetrieb, abends oder nachts arbeiten. Rückständig

sei es, sagte Schwesig, dass es in manchen Bundesländern noch Gesetze gebe, die vorschreiben, dass eine Kita um 18 Uhr zu schließen habe.

„Es gibt viele erfolgreiche und glückliche Alleinerziehende und Alleinerzogene.“ Daran erinnerte die Bundesvorsitzende des Verbands Alleinerziehende Mütter und Väter (VAMV), Waltraud Schwab. Seit Jahren schon fordert ihr Verband, alle staatlichen Förderungen der Ehe oder der traditionellen Haupternährerfamilie abzuschaffen und das Geld in eine Kindergrundsicherung von 500 bis 520 Euro im Monat zu investieren. Kritisch setzte sie sich mit dem neuen Unterhaltsrecht auseinander: „Der Gesetzgeber hat sich bei der Einführung nicht daran gestört, dass weder der Arbeitsmarkt noch die Kinderbetreuung so weit entwickelt sind, dass Frauen Beruf und Familie als Alleinernährerinnen problemlos vereinbaren können.“ Im Falle einer Scheidung aber erhalten die Mütter nur noch bedingt Unterhalt für sich selbst. Sie sind durch die neuen gesetzlichen Regelungen gezwungen, so schnell wie möglich erwerbstätig zu sein. Ein Widerspruch, denn andererseits erwartet der Staat weiterhin, „dass ein Großteil der Erziehungs- und Sorgearbeit für Kinder unbezahlt von Hausfrauen geleistet wird. So verlässt sich der Staat seit Jahrzehnten darauf, dass das Mittagessen und die Nachmittags- und Hausarbeitenbetreuung von Müttern unbezahlt geleistet wird.“

Oft könnte mithilfe von außen verhindert werden, dass aus Vater-Mutter-Kind-Familien Alleinerziehende werden. In der lebhaften Diskussion wurden Zahlen dazu genannt: Die Trennungsrate von Eltern ist in den ersten vier Lebensjahren eines Kindes am höchsten. Durch Beratungsangebote und eine bessere öffentliche Infrastruktur könnte vielleicht in vielen Fällen verhindert werden, dass Familien durch Überforderung bei der Vereinbarkeit von Beruf und Kinderbetreuung unwiederbringlich zerstört werden.

Verfassungsrechtlich prekär

Expertise zum
geplanten Betreuungsgeld

„Herdprämie“ wird das geplante, heftig umstrittene Betreuungsgeld spöttisch genannt. Ab dem Jahre 2013 sollen laut Koalitionsvertrag Eltern, die ihr unter dreijähriges Kind vollständig zu Hause betreuen, also auf die Inanspruchnahme eines Kitaplatzes verzichten, 150 Euro im Monat bekommen. Im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung hat die renommierte Verfassungsrechtlerin Prof. Dr. Margarete Schuler-Harms ein juristisches Gutachten erstellt. Sie kommt zu dem Schluss, das Betreuungsgeld sei „verfassungsrechtlich prekär“, denn der Gesetzgeber darf im Rahmen seiner Familienförderung keine Gruppen unzulässig begünstigen oder benachteiligen. Dies aber geschieht durch das Betreuungsgeld. Begünstigt werden Familien, in denen die Mutter (denn in der Praxis werden es die Mütter sein, die zu Hause bleiben) auf Erwerbstätigkeit und einen Betreuungsplatz verzichtet, auf den sie einen gesetzlichen Anspruch hat. Familien mit nur einem Ernährer erhalten nicht nur die

150 Euro, sondern profitieren zusätzlich vom Ehegattensplitting und der beitragsfreien Familienkrankenversicherung. Berufstätige Paare werden also doppelt benachteiligt, denn sie genießen diese Vorteile nicht und müssen zudem die Kosten für öffentliche Kinderbetreuung tragen. Für die Verfassungsrechtlerin ist das ein familien- und gleichstellungspolitisches Rollback, zudem eine unzulässige Einmischung in die familiäre Lebensplanung. Das Staatsziel Gleichstellung werde konterkariert.



PRESSEBERICHT:

Bayerische Staatszeitung 8.10.2011

Neue Wege, alte Klischees

Seminar der Akademie Frankenwarte

Mehr als 200 Jahre alt ist ein Zitat, das die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eines Seminars zur Gleichstellung der Geschlechter zu nachdenklichen Diskussionen anregte. Es stammt von Friedrich Schlegel und lautet: „Die Ungleichheit zwischen Mann und Frau, die Unterordnung der Frau unter den Mann, führt zu einer Entzweiung der menschlichen Persönlichkeit, die sich bei den Männern in einem Mangel an Unschuld, Liebreiz und Liebe, bei den Frauen in einem Mangel an Wissen und Unabhängigkeit äußert.“

Männer und Frauen stellten sich in der Akademie Frankenwarte in Würzburg drei Tage lang dem Thema „Männer und Frauen im Dialog über neue Wege, alte Klischees, Fortschritte und Widerstände“. Veranstalter waren die Gesellschaft für Politische Bildung und die Kirchliche Arbeitsstelle für Männerseelsorge und Männerarbeit.

Die Teilnehmer/-innen im Alter zwischen 27 und 71 Jahren wagten sich an Spekulationen darüber, wie die Situation zwischen Frauen und Männern wohl im Jahre 2030 aussehen könnte. Man hoffte auf geschlechtersensible Medienberichterstattung, angemessene Vertretung von Männern und Frauen in allen Schlüsselpositionen, das Ende einstiger Männerdomänen und verbesserte Kommunikationsformen zwischen den Geschlechtern.

Warum die Abwehrmechanismen immer noch so stark sind, wurde mit Unsicherheit und Verlustängsten, mit Unwissen und Desinteresse erklärt. Um Verkrustungen aufzubrechen, sei eine konsequente, geschlechtergerechte Sprache wichtig, war ein Ergebnis der Diskussion. Eine Gleichstellungsbeauftragte bekannte: „Ich spüre es körperlich, wenn nur von ‚Herren‘ die Rede ist. Ich habe da viele schmerzhaft Erfahrungen machen müssen. Außerdem weiß ich, dass es dem Denken hilft, wenn auch das Wort ‚Frau‘ ausgesprochen wird.“

Eine Lehrerin versprach sich selbst: „Ich werde nun in meiner Schule viel aufmerksamer Acht geben, wie sich Kolleginnen und Kollegen, Schülerinnen und Schüler verhalten und werde den Mut haben, sprachliche Nachlässigkeiten offen anzusprechen.“



Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Büros Brüssel. © FES

EU-Büro in Brüssel

Einblick in europäische Genderarbeit

Der Vertrag von Lissabon, der Ende 2009 in Kraft trat, unterstreicht wie die Grundrechte-Charta einmal mehr, dass Gleichstellung zwischen Männern und Frauen zu den Werten und Zielen der EU zählt und Gender Mainstreaming in allen Politikbereichen festgeschrieben wird. Genderpolitik ist seit 2010 im Portfolio der EU-Kommissarin für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft angesiedelt. Von einer engagierten oder neu ausgerichteten Gleichstellungspolitik ist bisher allerdings wenig zu erkennen. Zwar konnte die Verabschiedung der Frauencharta noch einmal als Bekenntnis zu europäischer Gleichstellungspolitik gewertet werden, aber sie bestätigte nur erneut die bestehenden Probleme wie Lohngefälle und Unterrepräsentation der Frauen in politischen und wirtschaftlichen Führungspositionen.

Die Entwicklungen auf europäischer Ebene begleitete das Europabüro der FES mit zwei Dialogprogrammen für Delegationen aus den ASEAN-Staaten und den Ländern des Cono Sur (www.fes-europe.eu). Die Teilnehmerinnen diskutierten die Errungen-

schaften, aber auch die noch bestehenden Herausforderungen, sowohl mit Europaabgeordneten als auch Expertinnen und Experten der EU-Kommission. Themen waren vor allem die EU-Richtlinie zum Elternurlaub und die Diskussionen um eine Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, einer Priorität der spanischen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2010.

Diskutiert wurden zudem die Gestaltungsmöglichkeiten von Gewerkschaften und NGOs bei der EU-Gesetzgebung.

Die Programme gaben den Teilnehmerinnen und Teilnehmern nicht nur einen Einblick in die institutionelle und inhaltliche Ausgestaltung der europäischen Genderpolitik. Der Dialog zwischen EU und Cono Sur bzw. ASEAN erlaubte auch einen vergleichenden Einblick in verschiedene Ansätze zu Gender Mainstreaming sowie einen Austausch unter Expertinnen und Experten. Gemeinsame Themen waren zum Beispiel die Förderung von Frauen im Berufsleben und die Gleichstellung am Arbeitsplatz.

ZITA GURMAI, MDEP IM INTERVIEW MIT DER FES IN BUDAPEST

Kein Grund zur Zufriedenheit



Zita Gurmai. © privat

FES: Frau Abgeordnete, wie bewerten Sie die derzeitige Situation der Gleichstellung in der Europäischen Union?

Zita Gurmai: Die Beschäftigungsrate bei Frauen liegt europaweit unter der der Männer, obwohl Frauen im Durchschnitt einen höheren Bildungsabschluss haben. Häufiger sehen sich Frauen gezwungen, eine unsichere Stelle anzunehmen, häufiger wird ihre Karriere durch die Geburt eines Kindes unterbrochen und auch der Großteil der unbezahlten Arbeit wird von Frauen erledigt. Europaweit typisch sind auch die Lohnunterschiede, mit der Folge, dass die Renten der Frauen wegen dieser Diskriminierung ebenfalls niedriger sind als die der Männer. Zu dieser Frage haben wir gerade eine Kampagne mit den europäischen Sozialisten gestartet. Zur Vereinbarung von Arbeit und Privatleben wird in zahlreichen Mitgliedsstaaten viel Schönes gesagt, aber wenig getan. Die Mehrheit der Armen in Europa sind immer noch Frauen und Kinder.

FES: Wie schätzen Sie die Situation der Frauen in Ungarn ein – über 20 Jahre nach der Wende?

Zita Gurmai: Es sind die gleichen Probleme wie in den anderen Mitgliedsstaaten. Nur 54,4 Prozent der 20- bis 64-jährigen Frauen sind erwerbstätig, ihre Löhne sind im Durchschnitt 17,5 Prozent niedriger als die der Männer, ihre Renten liegen um 15 Prozent unter denen der Männer. Von 2002 bis 2010 haben die Sozialisten zwar viel für die Gleichberechtigung der Frauen getan, aber Wunder konnten sie auch nicht vollbringen. Wir haben ernsthafte Versuche zur Verbesserung der Arbeitsmarktlage für Frauen unternommen, zum Beispiel durch eine Umgestaltung des Kinderbetreuungsgeldes. Vorangekommen sind wir auch bei der Frage „Gewalt gegen Frauen“. Wenn ich einen einzigen Punkt aus den vergangenen zehn Jahren hervorheben müsste, dann wäre das die Annahme des Chancengleichheitsgesetzes 2003. Dieses Gesetz beinhaltet umfassende Antidiskriminierungsbestimmungen einschließlich eines angemessenen Rechtsschutzes für die Opfer. Seither ist die behördliche Sanktionierung diskriminierenden Verhaltens möglich.

INTERVIEW MIT ZITA GURMAI, MDEP



2005 nahm die Behörde für Gleichbehandlung ihre Arbeit auf. Sie hat ihre Existenzberechtigung mehr als nachdrücklich unter Beweis gestellt.

Zita Gurmai im Europäischen Parlament in Straßburg
© dpa Picture Alliance

FES: Ungarn hat heute eine konservative Regierung. Müssen wir uns Sorgen machen über ein mögliches Rollback bisher gemachter Fortschritte?

Zita Gurmai: Die neue Regierung unter Viktor Orban ist leider außerordentlich konservativ. Frauenpolitik ist für sie Bestandteil der Familien- und Bevölkerungspolitik. Für sie ist die Frau nicht in erster Linie Bürgerin, sondern potenzielle Mutter. Die Regierung plant, das Abtreibungsrecht zu beschränken, die Bezugszeit des Kinderbetreuungsgeldes zu verlängern, Steuersystem und Familiensubventionen so zu verändern, dass die Frauen eher zu Hause bleiben. Es gibt Äußerungen von konservativen Politikern wie etwa diese: „Die Frauen sind nicht am Arbeitsplatz, sondern im Kreißsaal unersetzlich.“ Das ist eine steinzeitliche Denkweise.

FES: Wie sehen die Antworten der Sozialdemokraten in Ungarn aus?

Zita Gurmai: Die Lösung der demografischen Probleme besteht nicht darin, Frauen zwischen vier Wände zu sperren. Ganz deutlich zeigen die Statistiken, dass mehr Kinder geboren werden, wenn sich die Frauen auf dem Arbeitsmarkt sicher fühlen, wenn Kinderbetreuungseinrich-

ZITA GURMAI

Die Zusammenarbeit zwischen Zita Gurmai, ungarische Abgeordnete der sozialistischen Fraktion im Europaparlament, und der Friedrich-Ebert-Stiftung ist eng. Sie betont, wie wichtig die FES-Gesprächsreihe

„Frauen und Gesellschaft“ für Ungarn ist. Ansonsten macht sie sich wenig Illusionen über die Rolle der Frauen, das gilt für die EU ebenso wie für ihr Land.
Das Gespräch führte Eszter Kováts, FES Ungarn.

INTERVIEW MIT ZITA GURMAI, MDEP

tungen existieren und erschwinglich sind, wenn Männer ihren Teil zur Kindererziehung und bei der Hausarbeit beitragen, wenn es eine kluge Familienunterstützung gibt.

FES: Welche Rolle spielt die Friedrich-Ebert-Stiftung in Budapest bei der Förderung von Chancengleichheit und Gleichstellung?

Zita Gurmai: Die nächste linke Regierung wird im Bereich der Geschlechtergleichstellung außerordentlich viel zu tun haben. Darauf müssen wir uns ernsthaft vorbereiten. Wir müssen unsere Werte interpretieren, wir müssen verstehen, warum die Konservativen einen Angriff auf die Freiheitsrechte der Frauen gestartet haben, und wir müssen Programme ausarbeiten, die unter ungarischen Verhältnissen wirksam und funktionsfähig sind. Da halte ich zum Beispiel die neue FES-Gesprächsreihe „Frauen und Gesellschaft“ für besonders wichtig. Sie gibt uns linken Politikerinnen, Vertreterinnen von Zivilorganisationen und Akademikerinnen die Möglichkeit, unsere Ansichten und Ideen öffentlich und mit ausländischen Expert/-innen zu diskutieren. Ich bin mir sicher, dass die FES mit ihrem besonderen Engagement in diesem Bereich auch in Zukunft als Katalysator agieren wird und dadurch viel für die Chancengleichheit der ungarischen Frauen tun kann.



Es fehlt an Transparenz und Wissen

Gender Budgeting in der Ukraine

Zwar hat die ukrainische Regierung mehrmals versichert, sie wolle sich für die Gleichberechtigung von Männern und Frauen einsetzen, aber davon kann keine Rede sein, so lange es an Transparenz bei der öffentlichen Finanzplanung fehlt. Gender Budgeting wäre das richtige Instrument für die Schaffung von mehr Gleichberechtigung, doch es fehlt an Wissen und an Erfahrung.

Deshalb organisierte die FES in Kiew ein Trainingsprogramm „Gender Budgeting in der Ukraine“ für Experten aus verschiedenen Regionen. Zum Thema wurde auch eine Broschüre verfasst zur Finanzplanung und den Methoden von genderspezifischen Analysen. Die Teilnehmenden verfügten nach dem

Training über die Kompetenzen, die ihnen halfen, in ihren Regionen für Gender Budgeting zu werben und ihre neuen Erfahrungen anderen zu vermitteln. Sie lernten, Netzwerke zu knüpfen, damit sinnvolle neue Ideen nicht nur einer Region zugute kommen.

Die FES hat zusätzlich ein Gender-Budgeting-Projekt in der Stadt Poltava aufgebaut. Stadträte und andere kommunale Expert/-innen werden ausgebildet, sodass sie eine genderspezifische Analyse der städtischen Finanzen durchführen können. Hier wird eine Strategie entwickelt, die auch von anderen Städten übernommen werden kann. Eine neue Kooperation zwischen der FES und verschiedenen Kommunen der Ukraine ist das Ziel.

Missbrauch im Internet

Kosovo – Kampagne gegen die Unwissenheit

Immer wieder kommt es zu tragischen Zwischenfällen im Kosovo, weil höchst private Fotos und Videos von jungen Mädchen frei im Internet zirkulieren. Diese unfreiwillige Zurschaustellung ihres Körpers verletzt ihr Schamgefühl, gilt als Entehrung, ruiniert den Ruf der jungen Frauen und ihrer in der Regel sehr traditionellen Familien. Einige Selbstmorde sind inzwischen zu beklagen.

Die FES Kosovo hat deshalb gemeinsam mit dem Gender and Training Research Center (GTRC) eine Kampagne gestartet, um über die Gefahren der elektronischen Kommunikation aufzuklären. Junge Menschen im Kosovo nutzen das Internet sehr intensiv. Das Bewusstsein für die Gefahren ist allerdings wenig ausgeprägt. Außerdem fehlt es an rechtlichen Instrumenten, um Missbrauch wirksam zu bekämpfen. Eine Befragung in 50 Internet-Coffeeshops mit mehr als 1 125 Teilnehmer/-innen zeigte ein bestürzendes Unwissen gegenüber den möglichen Auswirkungen der verbreiteten Indiskretionen. Ziel der Kampagne ist deshalb Aufklärung in zwei Richtungen: Die jungen Mädchen lernen, welchen Gefahren sie sich aussetzen, wie sie sich davor schützen können. Gleichzeitig lernen

sie, wie sie die vielfältigen positiven Möglichkeiten für sich nutzen können. Junge Frauen haben gelernt, soziale Netzwerke zu nutzen.

Durch Theateraufführungen in Schulen und Gemeindezentren wurden Diskussionen zwischen Lehrer/-innen, Eltern und Schülern angeregt. Mitarbeiter/-innen sowie Kunden in 50 Coffeeshops nahmen an Schulungen teil. Lokale und nationale Abgeordnete reagieren inzwischen sensibel auf dieses Thema. Im Parlament werden die Gefahren, die im Netz lauern, intensiv diskutiert. Einige Gesetze zur Sicherheit im Internet und zur Bekämpfung der Online-Kriminalität wurden verabschiedet. Ein Aktionsplan soll weitere Verletzungen der Privatsphäre verhindern. Selbstkritisch haben Parlamentarier/-innen eingeräumt, dass man bisher viel zu wenig aktiv geworden sei. Die stellvertretende Premierministerin Edita Tahiri sagte in einem Interview mit FES und GTRC: „Nun kommt es darauf an, Allianzen zu knüpfen, Zusammenarbeit anzustreben, den Opfern eine Stimme zu geben, und das Engagement von Polizei, Justiz, Politik und Zivilgesellschaft zusammenzuführen, sodass in Zukunft Missbrauchsfälle vermieden werden können.“

INTERVIEW MIT MEMNUNA ZVIZDIĆ, GESCHÄFTSFÜHRERIN VON „ŽENE ŽENAMA“

Versöhnungsprozess: Frauen spielen eine starke Rolle

FES-Partnerorganisation mit großem Einfluss in Bosnien und Herzegowina



Geschäftsführerin Memnuna Zvizdić, links. © FES

FES: Welche Rolle spielen die Frauen im Versöhnungsprozess und bei der Herstellung des Friedens in Bosnien und Herzegowina und wodurch unterscheidet sich ihre Rolle von der anderer Akteure der Zivilgesellschaft?

Memnuna Zvizdić: Die Frauen haben als Erste damit begonnen, Brücken zu schlagen zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen mit dem Ziel, die zerrütteten menschlichen Beziehungen zwischen ihnen zu heilen. Und zwar in eigener Verantwortung! Bei der Wiederherstellung des Friedens wird es keine kurzfristigen Lösungen geben. Verlangt sind tagtägliche Aktivitäten der Frauen und Männer in jedem Ort, in jeder Region. Der Ansatz ist: Die Menschenwürde ist das wichtigste Ziel. Jeder Mensch soll in Freiheit mit seinem eigenen Kopf denken dürfen. Wir dürfen nicht aus den Augen verlieren, jeder liebt und fühlt auf seine Weise, muss mit einem persönlichen Trauma fertig werden oder sein Zuhause wieder aufbauen, bei der Wiederherstellung der Infrastruktur und der menschlichen Beziehungen helfen. Unser Ansatz ist die Akzeptierung der sprachlichen, kulturellen und religiösen Vielfalt, dabei werden Minderheitsgemeinschaften genauso respektiert wie Mehrheiten. Im Mittelpunkt steht die Wiederherstellung der humanitären Infrastruktur. Frauen leisten hier viel, wo es um den Wiederaufbau, die Wiederherstellung abgebrochener Beziehungen und den Schutz der Menschenrechte geht.

FES: Wie kann eine NGO-Frauenorganisation in einer traditionellen Gesellschaft wie der bosnischen bei diesem Prozess Einfluss ausüben?

Memnuna Zvizdić: Die Herstellung des Friedens ist keine Aufgabe, die während regelmäßiger Büroarbeitszeiten erfüllt werden kann. Die Mehrzahl der Initiativen wurde von einheimischen Frauen angeregt, ohne dass es dafür politische oder finanzielle Unterstützung gab. Wir sind Teil des Widerstands gegen den Krieg, wir haben gelernt, im Sinne einer gesellschaftlichen Bewegung zu denken. Wir fordern, dass alle Men-

INTERVIEW MIT MEMNUNA ZVIZDIĆ



schen das Recht haben, das eigene Potenzial zu entwickeln, als freie und kreative Persönlichkeiten behandelt zu werden. Wir selbst sind noch im Patriarchat voller Vorurteile und des Stereotyps über die „guten und wohlgesitteten Frauen“ erzogen worden, haben uns aber von diesen Verhaltensmustern gelöst. Wir haben Verantwortung übernommen für Familie und Gemeinschaft. Die Erlebnisse der Frauen in den verschiedenen Teilen des Landes, Erfahrungen voller Qual und Leid, voller Erniedrigungen und dem Zwang, darüber auch noch zu schweigen, haben uns dazu gebracht, etwas zu unternehmen. Wir haben uns aus der „Sünde des Schweigens“ gelöst und das „Risiko der Redefreiheit“ und des öffentlichen Wirkens auf uns genommen.

MEMNUNA ZVIZDIĆ

„Žene Ženama“, übersetzt etwa „Frauen an Frauen“, ist eine eigenständig organisierte Gruppe mit vielen Mitgliedern aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen. Die Organisation wurde 1997 gegründet und hat große Erfahrung bei Themen wie Feminismus, Gleichstellung der Geschlechter und Demokratie. „Žene Ženama“ hat ein Programm entwickelt, das die Gender-Perspektive bei allen Aktivitäten – in deren Mittelpunkt die Menschenrechte stehen – beachtet. Das Programm mit dem Namen „Lokales Konzept

zur Stärkung der Frauen“ will gegen Vorurteile und Gewalt gegen Frauen angehen und einen eigenen weiblichen Weg beim Friedensprozess suchen. Zum Programm gehören Bildung, Forschung, Veröffentlichungen und öffentliche Diskussionen. „Žene Ženama“ pflegt eine gute Zusammenarbeit mit über 70 NGOs in Bosnien und Herzegowina, in Serbien, Kroatien, Montenegro, Mazedonien und Slowenien. *Mit der Geschäftsführerin Memnuna Zvizdić sprach Sunita Hasagić, FES Bosnien und Herzegowina.*

INTERVIEW MIT MEMNUNA ZVIZDIĆ



Die Menschenwürde ist das wichtigste Ziel: Werben für friedliche Konfliktlösungen. © FES

FES: Seit 14 Jahren schon arbeitet Ihre Organisation an der Versöhnung zwischen den drei großen ethnischen Gruppen in Bosnien und Herzegowina. Was waren die Gründe, was sind die Ziele?

Memnuna Zvizdić: Der Grund für diese Initiative war die Verschlechterung des Miteinanderlebens der verschiedenen Gemeinschaften. Wir werben in diesem Klima von Spannungen und Verwundbarkeit zusammen mit anderen NGOs und Institutionen der Gemeinderegierung für die Werte der friedlichen Konfliktlösung, für den Dialog – und für Solidarität.

FES: Was wird in Zukunft bei „Žene Ženama“ Priorität haben?

Memnuna Zvizdić: Frieden und Sicherheit werden weiterhin an erster Stelle stehen. Das wollen wir erreichen durch mehr Frauen in den Entscheidungsfindungsprozessen. Zum Zweiten durch die Beratung von Frauen, die wir für den Friedensprozess gewinnen wollen. Wir orientieren uns an der UN-Resolution 1325 und wissen inzwischen: Es bedarf ständiger Anstrengungen, finanzieller Unterstützung, technischer, rechtlicher und politischer Expertise – und natürlich der Geschlechtergleichstellung in den internationalen, nationalen und lokalen Strukturen. Zehn Jahre nach Inkrafttreten der UN-Resolution ist der richtige Zeitpunkt, um Genderfragen bei den Diskussionen um Frieden und Sicherheit erneut auf die politische Agenda zu setzen. Wir brauchen die Unterstützung von Sicherheitsrat und Europäischem Parlament, damit Frauen als gleichberechtigte Partnerinnen bei allen Prozessen mitwirken, die sich um Frieden und Sicherheit drehen.

Internationale Genderarbeit im Nachhall der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise

Ein Überblick

Unter dem Eindruck der Finanz- und Wirtschaftskrise konzentrierte sich die internationale Genderarbeit 2010 auf die Vertiefung des Themas „Wirtschaft und Gender“. Eines der Ziele war und ist, durch langfristige Zukunftsarbeit Nachwuchsförderung zu leisten. Zum anderen wollte man die Diskussion darüber, wie Frauen Wirtschaftsprozesse beeinflussen und mitbestimmen können, sowohl im Fachpublikum als auch in einer engagierten, breiten Öffentlichkeit anfeuern.

So ermöglichte die FES es drei Nachwuchsökonominnen und einem Nachwuchsökonom aus Entwicklungsländern (Uganda, Indien, Sri Lanka und Senegal), an der Jahreskonferenz der International Association For Feminist Economics (IAFFE) in Buenos Aires teilzunehmen. Alle vier hatten vor den Veranstaltungen wissenschaftliche Artikel eingereicht. Die IAFFE-Jury hat diese Arbeiten als qualitativ hochwertig eingestuft. Aus Sicht der FES warfen sie einen interessanten, gendersensiblen Blick auf jene Themen, zu denen die FES im In- und Ausland arbeitet. Während der dreitägigen Konferenz stellten die Nachwuchswissenschaftlerinnen und der Nachwuchswissenschaftler ihre Arbeit vor und diskutierten diese mit renommierten feministischen Ökonominnen. Stephanie Seguino, Yana Rodgers van der Meulen und Günseli Berik sind auch die Autorinnen einer Gender-Studie der

Friedrich-Ebert-Stiftung, die 2010 erschien: Die Autorinnen beschreiben eindrucksvoll, dass auch unter den Bedingungen von Budgetknappheit in Entwicklungsländern und bei den Geberländern die Investitionen in Geschlechtergerechtigkeit die lohnendsten sind, da sie langfristig den größten Entwicklungseffekt bringen. Besonders spannend war während der Konferenz ein Vortrag der argentinischen Politikerin Monica Bifarello zur Bedeutung von Genderaspekten in der strategischen Planung der Provinz Santa Fe.

In eine ähnliche Richtung ging die Konferenz „Frauen und Wirtschaft – Globalisierung braucht Stabilität“, die in Kooperation mit dem Marie-Schlei-Verein in Berlin stattfand. Sie brachte Theoretikerinnen und Praktikerinnen feministischer Ökonomie aus mehreren Kontinenten zusammen. Gemeinsam diskutierten sie den positiven Effekt, den eine stärkere Repräsentation der Frauen in globalen Wirtschaftsstrukturen haben könnte. Die Diskussionsrunde war der Meinung, Mikrokredite seien ein nützliches Instrument, um armen Frauen zu wirtschaftlicher Unabhängigkeit zu verhelfen. Allerdings setze ein dauerhafter Erfolg veränderte, nämlich geschlechtergerechtere Wirtschaftsstrukturen und ein Empowerment über die Geldvergabe hinaus voraus.



(v.l.n.r.) Prof. Dr. h.c. Christa Randzio-Plath, Pham Thi Tanh Dung, Karin Roth, Birte Rodenberg, Sunita Pitamber, Mary-Ellen Iskenderian, Deborah Ruggieri. © Jens Schicke

New York: Erfolg bei der UNO

Die Arbeit der FES New York zum Thema Gender steht in engem Zusammenhang mit den dort ansässigen internationalen Organisationen. 2010 gelang ein besonderer Coup: Durch einen zielgenauen und zeitlich optimal gesetzten Workshop trug die FES dazu bei, dass die neue UN-Gleichstellungseinheit (UN Women) im Juli 2010 die letzte Hürde nehmen konnte. Die Debatte unter den Mitgliedsstaaten um die neue UN-Institution zog sich über ein halbes Jahrzehnt hin, weil UN Women im Paket mit einer Harmonisierung der UN-Aktivitäten in der Entwicklungshilfe verhandelt wurde. So machten viele Länder der Gruppe der 77 ihre Zustimmung zu der neuen Institution davon abhängig, dass auch die UN-Entwicklungshilfe reformiert würde. Um diese seit Jahren bestehende Blockade endlich zu beseitigen, fand unter Mithilfe der FES New York im April 2010 eine Klausurtagung von 30 UN-Botschafter/-innen statt. Abseits vom täglichen diplomatischen Betrieb trug der informelle Rahmen maßgeblich dazu bei, dass sich die verschiedenen Lager der UN-Mitgliedsstaaten in einem konstruktiven Dialog aufeinander zu bewegten. Heraus kamen dabei die wesentlichen Elemente der von der UN-Vollversammlung im Juli 2010 angenommenen Resolution zur Schaffung einer genderspezifischen UN-Institution. Mit der ehemaligen chilenischen Präsidentin Michelle Bachelet ist mittlerweile eine mehr als würdige Leiterin für diese neue Einrichtung gefunden worden.

Lateinamerika: Arbeitsbedingungen im Mittelpunkt

Im Jahre 2010 wurde die Zusammenarbeit mit dem argentinischen Arbeitsministerium zu genderspe-

zifischen Fragen weiter vertieft. In vier verschiedenen Regionen des Landes fanden Veranstaltungen statt, teilweise gemeinsam mit der International Labour Organisation. Ziel war die Entwicklung und Umsetzung von regionalen Strategien zu Gleichstellung und zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in benachteiligten Sektoren des Arbeitsmarktes. An einer der Konferenzen nahm auch der argentinische Arbeitsminister teil. Einer der Kernpunkte war die rechtliche Lage der Hausangestellten.

Ebenfalls im Jahr 2010 organisierte die FES eine Reise von Parlamentarierinnen und Leiterinnen von Frauendezernaten auf lokaler und nationaler Regierungsebene nach Brüssel. Die Expertinnen aus Brasilien, Uruguay, Paraguay und Chile sprachen mit EU-Politikerinnen und -Politikern, hatten Termine beim Internationalen Gewerkschaftsbund und der Sozialdemokratischen Partei Europas. Im Mittelpunkt aller Gespräche stand die Gleichstellungspolitik.

MONA-Region: Modernisierung der Arbeitsmarktpolitik

Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Arbeitsmarktpolitik und soziale Sicherung sind die Schwerpunktthemen, die die FES sowohl länderübergreifend in der Region Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika (MONA) als auch in ihren nationalen Kooperationsprogrammen behandelt. In Marokko wird zum Beispiel in enger Zusammenarbeit mit der Genderkoordination des Arbeitsministeriums an der Modernisierung des arbeits- und sozialpolitischen Instrumentariums gearbeitet. Besonders in den islamisch-traditionell geprägten Gesellschaften der MONA-Region muss dabei den erheblichen Geschlechterunterschieden Rechnung getragen werden: Frauen werden bei Berufsausbildung, Beschäftigung, Karriere und Bezahlung immer noch diskriminiert, was auch ihren Zugang zu den beschäftigungsabhängigen Sozialversicherungsleistungen einschränkt. Deshalb stehen im Mittelpunkt der FES-Zusammenarbeit mit dem marokkanischen Arbeitsministerium die spezifischen Probleme der Frauen am Arbeitsmarkt.

Expertinnen aus Brasilien, Uruguay, Paraguay und Chile sprachen mit EU-Politikerinnen und -Politikern in Brüssel. © FES



Palästinensische Gebiete

Nur untergeordnete Rolle für Frauen

Die Teilnahme von Frauen am öffentlichen Leben und ihre Präsenz in politischen Entscheidungsgremien sind Grundvoraussetzungen für die Verbesserung ihres sozialen Status auf allen Ebenen. Sind Frauen in Regierung, Parteien, Gewerkschaften und Interessensvertretungen nicht angemessen repräsentiert, werden ihre praktischen und strategischen Bedürfnisse nicht angesprochen und die herrschenden Geschlechter- und Kräfteverhältnisse bleiben unangetastet.

In den Palästinensischen Gebieten ist die politische Präsenz von Frauen gering: 2006 waren von 132 gewählten Repräsentanten im Palästinensischen Legislativrat nur 17 weiblich, und auch innerhalb der politischen Bewegungen und Parteien Palästinas spielen Frauen regelmäßig nur eine untergeordnete Rolle. In den Kommunalgremien wurde bei den letzten Wahlen zum ersten Mal seit ihrer gesetzlichen Einführung die Frauenquote von 20 Prozent erprobt. In vielen Distrikten wurde sie jedoch nur nominell, nicht aber inhaltlich erfüllt. Bei den für Juli 2010 angesetzten Kommunalwahlen sollte sich das ändern. Doch der Urnengang wurde wenige Wochen vor dem vorgesehenen Termin abgesagt. Das FES-Projekt hatte diese Kommunalwahlen mit einer Reihe von Workshops vor-

bereitet. Zivilgesellschaftlich organisierte Frauen sollten, so das Ziel, ihre Möglichkeiten gesellschaftlicher Partizipation erweitern. Außerdem sollte das Bewusstsein für Geschlechterrollen und die Rechte der Frauen auf politischer Entscheidungsträgerebene gestärkt werden. Es wurden Workshops für Medienvertreterinnen und Medienvertreter veranstaltet, bei denen es unter anderem um die Vermittlung eines alternativen Frauenbildes in den Medien durch eine andere Sprache ging. Themen waren auch Gewalt gegen Frauen, die politischen Rechte der Frauen vor dem Hintergrund ihrer Rolle bei der nationalen Befreiung, Veränderungen im Rollenverständnis von Frauen in Palästina. Es wurde intensive Lobbyarbeit geleistet zum Recht der Frauen auf politische Partizipation, vor allem durch die Erhöhung der Zahl von Kandidatinnen auf Wahllisten, besonders von gendersensiblen, qualifizierten, professionellen und kommunal verwurzelten Frauen.

Obwohl die Wahlen in der Westbank kurzfristig abgesagt wurden, war die Arbeit nicht vergeblich. Die Wahrnehmung von Frauen als Wählerinnen und Kandidatinnen wurde gestärkt, die Berichterstattung in den Medien ist gendersensibler geworden.

Kamerun

Von Männern dominierte Gesellschaft

In Zentralafrika wird häufig nicht einmal eine Debatte über Gendergerechtigkeit geführt. Die sozialen Positionen von Männern und Frauen scheinen wie selbstverständlich festgeschrieben und es gibt wenig Bereitschaft bei den Männern, daran etwas zu ändern. Mit einem politischen Dialogprogramm „Frauen und Führungskräfte“ durchbrach das Büro der FES in Kamerun am Weltfrauentag dieses Tabu. Radio und Fernsehsender übertrugen die Diskussion. Fazit: Zwar gibt es kleine Fortschritte in Politik, Wirtschaft, Recht und beim Militär, aber noch lange keine wirkliche Gleichstellung. An der Verzögerung der Ratifizierung des Maputo-Protokolls

zu den Rechten der Frauen in Afrika wird deutlich, dass sich in einer traditionellen von Männern dominierten Gesellschaft progressive rechtliche Rahmenbedingungen nicht durchsetzen lassen. Diskriminierungen bestehen im Familienrecht fort, sowohl im Erbrecht als auch im Eigentumsrecht und beim Umgang mit Ehebruch. Die kritischen Beiträge zur Rollenverteilung zwischen Frauen und Männern wurden anschließend in einer der landesweit bedeutendsten politischen Zeitschriften mit Unterstützung der FES als Sonderausgabe veröffentlicht. Eine breitere gesellschaftspolitische Diskussion ist dadurch in Gang gekommen.



Zwei Gesichter des Sudan: Straßenszenen in Khartoum. © dpa Picture Alliance

Sudan

Personenstandsgesetz vertieft Ungleichheit

Es ist ein heikles Projekt, mit dem sich das FES-Projekt in Khartoum im Jahr 2010 befasst hat. 31 Frauen und zwölf Männer diskutierten die Folgen des neuen Personenstandsgesetzes zunächst außerhalb der Hauptstadt in der Region Kosti. Wie kein anderer Gesetzentwurf verkörpert dieses Vorhaben das islamische Rechtsverständnis im Sudan. Die rechtliche Regelung von Scheidung, Heirat, Erbschaft basiert auf Sharia-Prinzipien und hat nur für islamische Bürger/-innen Geltung. Die im Gesetz festgeschriebene Ungleichbehandlung der Geschlechter, vor allem aber die Verletzung von Kinderrechten durch die Erlaubnis von Kinderehen steht im Widerspruch zur Interimsverfassung des Sudan. Obwohl dieser Widerspruch offensichtlich ist, ist jede Diskussion dieses Gesetzes hochsensibel, da große Teile der Regierung hinter diesen Sharia-Prinzipien stehen und jede kritische Anmerkung als antiislamisch und generell gegen die amtierende Regierung gerichtet interpretiert wird. Dennoch versucht das FES-Projekt, in einer Reihe von Workshops Alternativen zu entwickeln, um die Ungleichbehandlung von Männern und Frauen besonders bei den Themen Scheidung, Polygamie, Erbschaft und Kinderrechten zu mildern. Verschiedene gesellschaftliche Gruppen diskutieren Alternativen, um noch in den Gesetzgebungsprozess eingreifen zu können. Die Ziele dieser Arbeit sind:

- Bei juristischen Akteuren, bei Frauengruppen und innerhalb der Zivilgesellschaft insgesamt das Bewusstsein für die Ungleichbehandlung von

Frauen und Männern und für die Folgen auch für Familien und die Gemeinschaft zu schärfen.

- Eine Debatte über die Verheiratung Minderjähriger und den Zugang von Mädchen zu Bildung auch außerhalb Khartoums anzuregen.
- Neue Möglichkeiten auszuloten, wie mit neuen Partnern außerhalb der Hauptstadt gearbeitet werden könnte.

Aufhänger für die grundsätzliche Debatte des Gesetzentwurfs ist die offensichtlichste Rechtsverletzung, nämlich die Kinderheirat. Ein weiteres Thema ist der große Interpretationsspielraum des aktuellen Gesetzes. Teilnehmerinnen und Teilnehmer bestätigten, dass endgültige Entscheidungen zu personenstandsbezogenen Angelegenheiten sehr vom vorsitzenden Richter abhängen.

Der nach langen Diskussionen erarbeitete alternative Gesetzentwurf wurde von Anwalt/-innen debattiert. Im Mittelpunkt standen folgende Fragen: Wollen wir einen allgemeingültigen Gesetzentwurf oder einen, der sich nur auf Muslime bezieht? Sollte Polygamie verboten oder als islamische Tradition bewahrt werden? Wem gehört im Falle einer Scheidung das Haus? Eine Arbeitsgruppe beschäftigte sich mit Kinderarbeit und deren Auswirkungen.

Ein Nebeneffekt des Workshops in der Region Kosti war, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nun das Gesetz und seine Konfliktlinien besser verstehen und deshalb Allianzen mit Richter/-innen und Anwalt/-innen schließen können, die mit ähnlichen Problemen konfrontiert sind.

Nigeria

Das Elend der Textilarbeiterinnen

Bis in die 1970er Jahre hinein stützte die nigerianische Textilindustrie die Wirtschaft des Landes. Mit etwa 100 000 Angestellten in zahlreichen Fabriken zwischen Lagos und Kaduna hatte Nigeria nach Ägypten und Südafrika die größten Produktionskapazitäten Afrikas. Doch der Zusammenbruch der Textilindustrie, der in den 1980er Jahren – ausgelöst durch sich verschlechternde weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen und verschärft durch falsche Politikansätze – den Kontinent erschütterte, machte auch vor Nigeria nicht halt. Bei einer gestiegenen Bevölkerung liegt die Anzahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im formellen Sektor heute nur noch bei 24 000!

Produktionskapazitäten liegen brach. Schmuggelware hat den heimischen Markt überschwemmt und die dringend notwendige Diversifizierung der fast vollständig auf Erdölförderung beruhenden nigerianischen Wirtschaft bleibt aus.

Während in den Textilfabriken noch immer vor allem Männer arbeiten, finden sich im informellen

Sektor überwiegend Frauen. Sie arbeiten zum Beispiel als Näherinnen in kleinen Werkstätten – ohne Zugang zu Krediten, sozialer Sicherung und ohne Schutz vor Behördenwillkür.

Die FES arbeitet mit der nigerianischen Textilgewerkschaft NUTGTWN vor allem in zwei Bereichen zusammen: Zum einen unterstützt die FES den Dialog zwischen Gewerkschaft und Regierung zur Wiederbelebung der nigerianischen Textilindustrie, etwa durch gezielte Förderprogramme. Zum anderen hat die FES einen Dialog zwischen der Textilgewerkschaft und den Näherinnen in der informellen Ökonomie gestartet. Auch wenn es sich bei ihnen nicht um klassische Arbeitnehmerinnen, sondern eher um Kleinunternehmerinnen handelt, bestehen doch zahlreiche gemeinsame Interessen, die es auszuloten und in politische Forderungen zu gießen gilt. Die Nachfrage nach nigerianischen Textilprodukten ist im Land allein groß genug, um die Industrie zu tragen: Etliche importierte Waren tragen ein gefälschtes „Made in Nigeria“-Emblem.



FES fördert den Dialog zwischen Textilgewerkschaft, Kleinunternehmerinnen und Regierung. © FES

Südliches Afrika

Diskriminierung in Wirtschaft und Politik

Auch Afrika blieb von den Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise nicht verschont. Besonders hart traf es die Frauen, denn die ohnehin riesige informelle Ökonomie hat sich noch weiter vergrößert. Dort arbeiten vor allem Frauen unter äußerst anstrengenden und ungeschützten Bedingungen. Aber nicht nur in der Wirtschaft sind Frauen gegenüber den Männern stark benachteiligt. Auch in der Politik sind sie immer noch deutlich unterrepräsentiert.

Die Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC) hat sich in einem Protokoll zu „Gender und Entwicklung“ die umfassende Verbesserung der Geschlechtergerechtigkeit in der Region selbst auferlegt. Für alle gesellschaftlichen Bereiche wurden verbindliche Ziele und Indikatoren vereinbart, die bis 2015 erreicht werden sollen. Um den Fortschritt zu überprüfen, haben sich zahlreiche NGOs aus der Region zusammengeschlossen. Für 2010 haben sie nun mit Unterstützung des Regionalbüros Botswana der FES zum zweiten Mal die Studie „SADC Gender Protocol Barometer“ veröffentlicht. Darin werden detailliert und nach Ländern getrennt Fortschritte und weiter bestehende Ungerechtigkeiten aufgelistet. Dieser Bericht ist ein erstklassiges Instrument, um öffentlichen Druck auf die Regierungen der Länder auszuüben, sich weiter für die Verwirklichung der Ziele einzusetzen. Zudem fördert die kontinuierliche Arbeit an dieser Studie den regionalen Austausch zwischen den NGOs auf einzigartige Weise.



Studie

SADC GENDER
PROTOCOL
BAROMETER
Informationen zu dieser
Publikation und zum
Projekt erhalten Sie unter
www.fes-botswana.org



Junge Frauen in den Randbezirken Kalkuttas bekommen vielleicht die Chance an Indiens IT Sektor teilzuhaben. © Women's Feature Service

Asien

Förderung von Geschlechtergerechtigkeit

Einer der Schwerpunkte der FES-Arbeit in Südostasien ist die Förderung der Geschlechtergerechtigkeit sowohl in sozialen als auch in wirtschaftlichen und politischen Bereichen. Es ist gelungen, eine intensive und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem ASEAN-Sekretariat aufzubauen. Mittlerweile berät die FES das Sekretariat zusammen mit asiatischen Genderspezialist/-innen bei der Erstellung des nächsten Fünfjahresplans des ASEAN-Komitees für Frauen, das sich aus Vertreter/-innen der nationalen Frauen- und Familienministerien zusammensetzt. Die FES versucht, das Komitee davon zu überzeugen, dass in Südostasien neben der politischen Gleichstellung (bei der es im Vergleich zum Rest Asiens bedeutende Fortschritte gibt) besonders die soziale und wirtschaftspolitische Gleichstellung der Frauen wichtig ist. Dieser Arbeitseinsatz der FES verschafft dem Sekretariat Zugang zum Expertenwissen regionaler und nationaler NGOs und eröffnet dadurch der Zivilgesellschaft die Möglichkeit, sich gezielter am Arbeitsprozess des Komitees zu beteiligen.

Überfälle und sexuelle Belästigung

Megacities sind ein gefährliches Pflaster für Frauen

Ein verbessertes öffentliches Transportsystem mit eigenen Frauenabteilen in der Metro oder in Zügen, mehr öffentliche Toiletten, mehr Straßenbeleuchtung, die Einrichtung von Frauenhäusern – das alles, um nur einige Beispiele zu nennen, könnte auch Megacities so verändern, dass Frauen sich zumindest subjektiv sicherer fühlen. Die FES in Neu-Delhi unterstützte die 3. Internationale Konferenz zur Sicherheit von Frauen im Öffentlichen Raum, zu der 300 Expertinnen und Experten aus 81 Städten und 45 Ländern angereist waren. Kontrovers wurde während der unter der Schirmherrschaft der UN stehenden Tagung diskutiert, ob solche Einzelmaßnahmen tatsächlich die Situation der unter vielfältigen Formen von Gewalt leidenden Frauen verbessern können. Die Grundfrage war: Wie verschafft man Frauen den gleichen Zugang zum öffentlichen Geschehen und Leben auf den Straßen dieser Welt? Die indische Partnerorganisation der FES „Jagori“ verfügt bei diesem Thema über große Erfahrung. Ihre Sicherheitsanalysen für die Hauptstadtregierung Indiens haben ihr weltweites Renommee verschafft. Delhis Pro-

blem ist das Problem vieler Megastädte. Die Frauen leiden unter sexueller Belästigung. Besonders prekär ist die Lage vieler Migrantinnen, die ihre Dörfer verlassen, in die Städte fliehen und dort praktisch auf der Straße leben.

Der Süd-Süd-Austausch zeigte, dass es viele gute Beispiele gibt, dass man voneinander lernen kann, um mehr öffentliche Sicherheit zu schaffen, die Herausforderungen aber dennoch nicht kleiner geworden sind.



Vietnam

Mitarbeit am Arbeitsgesetzbuch

Seit 1994 verfügt Vietnam über ein Arbeitsgesetzbuch, aber viele Bestimmungen wurden nie umgesetzt. Zurzeit steht eine Überarbeitung an. Die unterschiedlichen Auswirkungen des Arbeitsrechts auf Männer und Frauen werden von der FES zusammen mit der Politik und Repräsentantinnen der vietnamesischen Frauenorganisationen diskutiert. Schon 2009 ergab eine Genderanalyse, dass Männer und Frauen in der Arbeitswelt vor sehr unterschiedlichen Herausforderungen stehen, vor allem was die Vereinbarkeit von Familie und Beruf angeht. Jetzt stehen die Chancen günstig, Gesetze geschlechtergerecht zu gestalten. In Diskussionen wurden die Unterschiede,

aber auch die Gemeinsamkeiten zwischen der Situation der Frauen in Vietnam und in europäischen Ländern herausgearbeitet. Das große Problem in Vietnam: Frauen erleben in der Gesellschaft noch häufig Verachtung und sind gewalttätigen Diskriminierungen ausgesetzt. Gemeinsamkeiten gibt es bei den Grundmustern von Frauenbenachteiligung in der Arbeitswelt. Ein modernes Arbeitsrecht, das beispielsweise Elternzeiten vorsieht, könnte die Situation der Frauen verbessern. Durch die Zusammenarbeit ist ein sehr tragfähiges Gendernetzwerk entstanden. Es wurde vereinbart, künftig auch andere Politikfelder gemeinsam zu diskutieren.

Indien

Social Business hilft armen jungen Inderinnen

FES verbreitet die Idee in viel beachteter Leitartikelserie

„Social Business“ wird immer mehr zu einem Zauberwort für die soziale Entwicklung Indiens. Es beschreibt Unternehmen, die nicht profitorientiert arbeiten, sondern ihre Gewinne wieder in der eigenen Organisation investieren. Hier entstehen neue Chancen für Randgruppen, vor allem für arme junge Frauen auf dem Dorf oder in halbstädtischen Bezirken. Die Unternehmen haben beispielsweise Computer Trainingscenter aufgebaut und machen besonders gute Erfahrungen mit der Ausbildung junger Frauen, soweit die über Bildungsgrundlagen verfügen. Traditionellerweise arbeiten diese Frauen als Haushaltshilfen oder in der Schönheitspflege. Nun haben sie die Chance, IT-Sachbearbeiterinnen zu werden. Sie lernen Englisch, können unkomplizierte

Datenbankaufgaben erledigen. Immer häufiger werden solche Tätigkeiten von internationalen Firmen angefragt, die einfache Aufgaben gerne outsourcen. Da gemeinnützige soziale Ideen – besonders wenn sie armen Frauen aus dem ländlichen Raum zugute kommen – auf wenig Interesse stoßen in der indischen Tagespresse, hat sich die FES dieses Themas angenommen.

Zusammen mit der Partnerorganisation „Women’s Feature Service“ hat sie das Thema in ihrer Leitartikelserie aufgegriffen. Ziel ist es, die Rolle der Frauen in den indischen Medien wirklicher, facettenreicher und politischer darzustellen, als das normalerweise geschieht. Im Mittelpunkt der Artikelserie stand die Frage, wie Veränderungen in der indischen Arbeitswelt auch die Existenzgrundlagen der Frauen verändern und ob die Gesellschaft mit dieser Modernisierung zurechtkommt.

In vielen dieser Artikel wurden Frauen porträtiert, die durch ihre neue Arbeit eine Aufwertung ihres Status erfahren haben. Dieses Zusammenspiel von neuen sozialen Initiativen, veränderten Wirtschaftsbewegungen und daraus folgend finanzieller Unabhängigkeit der Frauen hat inzwischen zu gesellschaftlichen Umbrüchen geführt. Nicht alle Männer können sich damit abfinden. In gezielten Männlichkeitstrainings lernen sie deshalb, das erstarkte Selbstbewusstsein ihrer Frauen zu akzeptieren und als Gewinn für die ganze Familie zu sehen. Die Berichterstattung über die beängstigend angestiegenen sogenannten Ehrenmorde in allen Teilen Indiens zeigt allerdings, dass die Gesellschaft sich mit den Veränderungen schwer tut. Mit ihrer Artikelserie versucht die FES gegenzusteuern.



Die Social-Business-Idee wächst. In einigen indischen Dörfern lernen auch junge Frauen einfache Computerkenntnisse, um Verwaltungsaufgaben zu übernehmen. © FES und Women’s Feature Service



Die Berliner Gender-Budgeting-Expertin Regina Frey (Mitte) diskutiert mit Teilnehmer/-innen der FES-ASEAN Gender-Budgeting-Konferenz. © FES

Mehr soziale Gerechtigkeit durch Gender Budgeting

FES wird in Südostasien initiativ

Wie macht man Haushalte transparent und gleichzeitig sozial gerechter? Das war die zentrale Frage einer internationalen Konferenz, zu der die FES in Jakarta hochrangige Politikerinnen und Politiker als auch Expertinnen und Experten eingeladen hatte. Die einhellige Antwort: Man führt Gender Budgeting ein. In einigen asiatischen Ländern scheint man da schon weitergekommen zu sein als im Westen: In Asien wird Gender Budgeting nicht nur national diskutiert, sondern auch im Rahmen der Zusammenarbeit der ASEAN-Länder konkret vorangetrieben. Im neuen Fünfjahres-Arbeitsplan der Asian Commission of Women (ACW) laufen in fünf Ländern Pilotprojekte, weitere sind auf dem Wege. Die FES unterstützt diese Projekte durch Dokumentation und Vernetzung der einzelnen Länder.

Progressive Regierungen in Südafrika und Australien haben in den 1990er Jahren das Instrument

des Gender Budgeting erfunden. Geschlechtergerechtigkeit haben sie als Teil der sozialen Gerechtigkeit gesehen und daraufhin ihre Haushalte überprüft: Die Geschlechterperspektive wurde in alle Phasen des Budgetprozesses einbezogen und ihre unterschiedliche Wirkung auf Männer und Frauen überprüft. Inzwischen bedienen sich Regierungen in über 90 Ländern dieses Instruments.

Während der FES-Konferenz in Jakarta erhielt die deutsche Expertin Regina Frey viel Zustimmung, als sie zusammenfasste: „Mit am wichtigsten sind der politische Wille und eine solide Gesetzesgrundlage.“ Die indonesische Regierung hat inzwischen Schlüsse aus der Konferenz gezogen. Sie möchte einen Punkteplan zur Einführung von Gender Budgeting entwickeln. Die FES in Jakarta wird sie gerne dabei unterstützen.

INTERVIEW MIT ISABEL ALLENDE BUSSI

Der Machismus ist tief verwurzelt



© Senat der Republik Chile

FES: Sie haben viele verschiedene Phasen in der Geschichte der Frauenbewegung und der Politikerinnen in Chile miterlebt. Was waren Ihrer Meinung nach die größten Fortschritte während der Präsidentschaft Michelle Bachelets?

Isabel Allende Bussi: Das Wichtigste war, dass mit ihr zum ersten Mal eine Frau zur Präsidentin Chiles gewählt wurde. Das ist von erheblichem symbolischen Gewicht und bricht mit der kulturellen und politischen Tradition dieses Landes, in dem der Machismus tief verwurzelt ist. Außerdem zeigte diese Wahl, dass wir Frauen es schaffen, an die Macht zu kommen und Macht auch auszuüben. In der Politik ist das wichtigste Bachelet-Projekt das System der sozialen Sicherheit. Ein entscheidender Erfolg bei dieser Reform war der Ausbau von Kindergärten und Hort-Plätzen. Denn das hat unmittelbare Auswirkungen auf eine größere Autonomie der Frauen durch einen einfacheren Zugang zum Arbeitsmarkt. Erst wenn wir ein ausreichendes Betreuungsangebot für unsere Kinder haben, können wir beruhigt und entspannt arbeiten gehen.

Eine andere wichtige Initiative war die Rentenreform, die 60 Prozent der einkommensschwachen Frauen betrifft, die in keinem System Rentenansprüche erwerben konnten. Durch diese Reform wurde die Hausarbeit sichtbar gemacht und ihr Wert anerkannt. Das ist ein ganz erheblicher wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt. Dadurch ist garantiert, dass die Mehrheit der Frauen jetzt eine Rente erhält, unabhängig davon, ob sie Beiträge entrichtet haben oder nicht. Sie bekommen außerdem einen Bonus für jedes Kind, der zur solidarischen Grundrente hinzukommt.

FES: Seit Anfang 2010 hat Chile eine liberal-konservative Regierung. Könnte es zu Rückschritten in der Genderpolitik kommen? Falls ja, in welchen Politikbereichen sehen Sie die größten Gefahren?

Isabel Allende Bussi: Die konservative Ideologie der Rechten in der jetzigen Regierung könnte Rückschritte bringen. Daher müssen wir die Gesetzesinitiativen sehr gründlich im Auge behalten. Doch das Vorbild von Michelle Bachelet wirkt nach: Auch der jetzige Präsident Pinera hat

INTERVIEW MIT ISABEL ALLENDE BUSSI

fünf Ministerinnen und zahlreiche Staatssekretärinnen, Gouverneurinnen, Bürgermeisterinnen und Chefinnen in wichtigen staatlichen Unternehmen ernannt. Das heißt: Das Gleichheitsprinzip der Regierung Bachelet hat einen prägenden Eindruck hinterlassen, und es ist fast unmöglich, dahinter wieder zurückzufallen.

FES: In diesem Zusammenhang eine Frage an Sie als Senatorin und Vertreterin der Sozialistischen Partei. Wo, glauben Sie, liegen die größten Herausforderungen für die Politikerinnen, die in dieser Legislaturperiode bis 2014 zur Opposition gehören?

Isabel Allende Bussi: Die erste Herausforderung ist, dass es keine Rückschritte geben darf bei den Dingen, die wir in den letzten 20 Jahren erreicht haben, und dass wir die noch nicht erledigten Projekte weiterverfolgen. Es ist ja ein bisschen paradox, dass die neue Regierung behauptet, Kontinuität wahren zu wollen. Obwohl das ganz anders aussieht, wenn man mal ins Kleingedruckte der Gesetzesprojekte schaut.

Ich halte drei Themen für besonders wichtig. Das erste betrifft Fortschritte in der Arbeitsgesetzgebung. Wir sind in Amerika das Land mit dem geringsten Anteil von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, wenn wir mal die informelle und prekäre Arbeit weglassen. Die prekäre Arbeit, die die große Mehrheit der Chileninnen ausübt, bedeutet: kein Arbeitsvertrag, keine Versicherung und Vorsorge. Das betrifft immer die ärmsten Frauen. Dann geht es auch um die Lohnunterschiede bei gleicher Arbeit, die zwischen 30 und 50 Prozent liegen. Das wirft ein Schlaglicht auf die Mentalität unserer Unternehmer.



Isabel Allende Bussi mit Ihrer Mutter. © dpa Picture Alliance

ISABEL ALLENDE BUSSI

Die Senatorin Isabel Allende Bussi ist die Tochter des chilenischen Präsidenten Salvador Allende und Vizepräsidentin der Sozialistischen Partei.

Sie ist eine engagierte Kämpferin für Frauenrechte und der FES in Chile sehr verbunden.

Das Gespräch führte Albrecht Koschützke, FES Chile.

INTERVIEW MIT ISABEL ALLENDE BUSSI

Das zweite wichtige Thema ist die Anerkennung der Frauenrechte. Hier spielen internationale Organisationen eine wichtige Rolle, denn es gibt eine Reihe von Verträgen und Instrumenten, die wir (im Zusammenhang mit der Anerkennung der Menschenrechte) respektieren müssen. Dritter entscheidender Aspekt ist die politische Teilhabe von Frauen. Das ist kein kleines Problem, weil es auch innerhalb der Opposition keine einheitliche Position dazu gibt. Eine gesetzliche Quotenregelung, die seit Wiedereinführung der Demokratie vor 21 Jahren gefordert wird, hat nie die erforderlichen Mehrheiten erhalten, selbst dann nicht, als ein entsprechender Gesetzentwurf von der damaligen Präsidentin Bachelet persönlich im Kongress eingebracht wurde. Wir können mit diesem Gerede von „Die Frauen müssen aus eigener Kraft und Leistung diese Posten erreichen“ nicht weitermachen. Diese Situation verdanken wir den Problemen, die ein machistisches und diskriminierendes politisches System provoziert. Das müssen wir ändern. Auch wenn wir nicht die notwendigen Stimmen erreichen, halte ich es für wichtig, dass wir auf dieser Linie weiter kämpfen, zumindest können wir dadurch in der Gesellschaft ein stärkeres Bewusstsein für die Notwendigkeit von Quotenregelungen schaffen. In den vergangenen 20 Jahren wurden wichtige Fortschritte erzielt, was die politische Teilhabe der Frauen betrifft. Aber wir brauchen eine stärkere Institutionalisierung verschiedener Mechanismen, die für Gendergerechtigkeit bedeutsam sind, um nicht das Erreichte zu gefährden. Teilhabe von Frauen ist fundamental, um die Qualität von Politik und Demokratie zu verbessern.



Von Schwangerschaftsabbruch bis Arbeitsrecht

Die Opposition hat bei der FES in Santiago ein Zuhause

Jeden Monat treffen sich im Büro der FES in Santiago de Chile 20 bis 30 Frauen. Sie sind Mitglieder von Parlament und Senat, ehemalige Ministerinnen des linken Parteienbündnisses „Concertación“, das 2010 die Präsidentschaftswahlen gegen eine rechte Parteienallianz verlor. Dabei sind auch Vertreterinnen von Frauenorganisationen, Forschungsinstituten, von Gewerkschaften und internationalen Institutionen, kurz, es sind Frauen, die im öffentlichen Leben Chiles eine bedeutsame Rolle spielen. Es geht ihnen um die kritische Begleitung, um „Monitoring“ der politischen Agenda bei Themen, die für Frauen besonders wichtig sind. Das reicht von Gesetzesinitiativen bis zu öffentlichen Debatten wichtiger genderpolitischer Themen: Sozialpolitik, Gewalt, vor allem innerfamiliäre Gewalt gegen Frauen, aber auch Fragen ihrer politischen und sozialen Teilhabe und ihrer sexuellen Selbstbestimmung. Diskutiert werden Themen wie Abtreibung (in Chile verboten, selbst bei medizinischer Indikation oder Vergewaltigung), aber auch Probleme des Arbeitsrechts und die wirtschaftliche Lage von Frauen.

Eine wichtige Rolle spielt in den Debatten die „institutionelle Verortung“, das heißt: Wo und wie sind Genderfragen in der öffentlichen Verwaltung, in Verfahren oder in der gesellschaftlichen Wahrnehmung angesiedelt? 2010 war beispielsweise zu befürchten, dass das „Nationale Frauensekretariat“ mit Ministerrang von der neuen Regierung zu einer einfachen Abteilung herabgestuft würde. Die „Monitoring-Arbeitsgruppe“ setzte alle Hebel in Bewegung, um das zu verhindern: Schriftliche Analysen, Politikberatungspapiere, Kommentare gedruckt und im Internet, Argumentationshilfen für Frauengruppen, die linken Parteien und für Medienleute wurden erarbeitet, Diskussionen und Gespräche



Protestierende Oppositionelle in Valparaíso, Chile. © dpa Picture Alliance

organisiert. Der Kabinettsrang des Frauensekretariats blieb erhalten.

Einen Teil hat dieses aktive Monitoring unter dem Dach der FES sicherlich dazu beigetragen, denn sogar die (konservative) Chefin des Sekretariats traf sich dort mit den Sprecherinnen der Arbeitsgruppe und stellte sich deren Argumenten. Diese Arbeitsgruppe bildet inzwischen eine Brücke zwischen Politik, Wissenschaft, Exekutive und zivilgesellschaftlichen Organisationen. An Themen fehlt es nicht: Die Reform des Mutterschutzes, seit 2010 ganz oben auf der Agenda, geht 2011 in die Gesetzesphase. Die AG prüft die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, auf die Wirtschafts- und Einkommenspolitik, auf die innerfamiliären Rollenzuweisungen, auf die Kleinkindererziehung. Sie zeigt damit: Genderpolitik ist Querschnittspolitik, ist Gesellschaftspolitik im besten Sinne.

Mal was anderes über Frauen und Männer gelernt!

Girls' Day in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn

Für viele der 60 Mädchen zwischen 14 und 16 Jahren war es die erste Auseinandersetzung mit den eigenen Zukunftswünschen und einer eher traditionellen Realität, in der erstaunlich viele von ihnen leben. Das Forum Jugend und Politik hatte die Schülerinnen eingeladen, am Girls' Day über ihre eigene Zukunft nachzudenken, zu der eine spannende Ausbildung oder ein interessantes Studium und danach ein sicherer, gut bezahlter Job gehören. Eingefahrene Rollenmuster aber können den Blick verstellen, wenn beispielsweise die erlebte Wirklichkeit in der eigenen Familie so aussieht: „Meine Mutter ist Hausfrau. Sie muss nicht arbeiten.“ Rund die Hälfte der Mädchen kannte keine berufstätigen Mütter! Dennoch waren sie überzeugt, dass Frauen und Männer in der Berufswelt gleiche Chancen haben. Umso größer ihre Überraschung, als sie von den beiden Moderatorinnen Nina Horré (FES-Stipendiatin) und Katha-

rina Oerder (Psychologin und Co-Autorin des Buches „Feminismus – und morgen?“) mit einer anderen Realität bekannt gemacht wurden: Dass nämlich Frauen bei gleicher Leistung schlechter bezahlt werden als Männer, dass sie lange nachwirkende Karriereeinbrüche hinnehmen müssen, wenn sie Erziehungszeit nehmen, dass Teilzeitjobs sehr viel häufiger von Frauen als von Männern ausgeübt werden.

Am Girls' Day, dem „Mädchenzukunftstag“, öffnen seit 2001 vor allem technische Unternehmen, Betriebe mit naturwissenschaftlichen oder technischen Abteilungen und Ausbildungen, Hochschulen und Forschungszentren in ganz Deutschland ihre Türen für Schülerinnen ab der Klasse 5. Die Mädchen lernen Ausbildungsberufe und Studiengänge kennen, in denen Frauen bisher eher selten vertreten sind, oder begegnen weiblichen Füh-



rungskräften aus Wirtschaft und Politik. Die FES bietet jungen Mädchen die Möglichkeit, ihr eigenes Rollenverständnis kritisch zu hinterfragen, sich mit ungewohnten Berufs- und Lebenszielen auseinanderzusetzen und Arbeitsfelder der FES kennenzulernen.

Um den Einstieg zu erleichtern, gab es den Film „Kick it like Beckham“ und provozierende Songs wie „Das bisschen Haushalt“ oder „Neue Männer braucht das Land“. Während einer Führung durch das Archiv der sozialen Demokratie lernten die Jugendlichen nicht nur den Arbeitsplatz Archiv kennen, sondern begegneten bedeutenden Frauen der Vergangenheit wie etwa Rosa Luxemburg. Die Schülerinnen diskutierten den Wandel des Frauenbildes während einer Führung durch die Ausstellung „Frauen im Aufbruch – Politische Plakate“. Weiter wurden Ausbildungsberufe der FES und das Stipendiatenprogramm der Studienförderung vorgestellt und die Mädchen diskutierten darüber mit Jugend- und Auszubildenden-Vertreterinnen.

„Mal was anderes über Frauen und Männer gelernt!“, war am Ende des Tages das Fazit einer Teilnehmerin. Einige wünschten sich mehr Selbstbewusstsein, mehr Vertrauen in die eigenen Fähig-



© Daniela Schmitter

keiten, mehr Mut beim Sprung über den eigenen Schatten. Viele hatten dazugelernt an diesem Tag, forderten „echte“ gleiche Rechte für Frauen.

Die Veranstalterinnen waren überrascht und zufrieden: „Ich bin erstaunt darüber, wie sehr die jungen Mädchen von klassischen Familienbildern und konservativen Rollenvorstellungen geprägt sind. Für viele waren die Workshops heute die erste Begegnung mit dem Thema“, so Anne Haller vom Forum Jugend und Politik.



Die Teilnehmerinnen diskutieren engagiert über ihre Zukunftsperspektiven. © Daniela Schmitter



Links: Maria Weber, rechts: Herta Däubler-Gmelin. © Archiv der sozialen Demokratie, Archiv Jupp Darchinger

Das Gedächtnis von SPD und Gewerkschaften

Neues aus dem Archiv der sozialen Demokratie

Sozialdemokratie und Gewerkschaften haben dem Archiv der sozialen Demokratie ihr gedrucktes Gedächtnis anvertraut, das gesichert, bewahrt und gepflegt wird. Das Archiv informiert durch zahlreiche Publikationen, durch Ausstellungen, Fachvorträge, Tagungen und Seminare. Ein Schwerpunkt ist die Rolle der Frauen in Vergangenheit und Gegenwart. Die interessierte Öffentlichkeit kann sich auf vielfältige Weise über historische Wegbereiterinnen der Sozialdemokratie informieren oder über die Einführung des Frauenwahlrechts, um nur diese historischen Beispiele von vielen zu nennen. Der Genderaspekt fließt in die Forschungsarbeiten, Publikationen und Veranstaltungen ein.

Das Archiv umfasst mit seinen rund 45 000 laufenden Metern Akten und audiovisuellem Material zahlreiche Bestände, die unter Genderaspekten

oder für Fragestellungen zur Frauengeschichte und zur politischen Arbeit von Frauen relevant sind. 2010 kamen neue Bestände von einigen ehemaligen Bundestagsabgeordneten hinzu, zum Beispiel Material der ehemaligen Bundesjustizministerin Prof. Herta Däubler-Gmelin und der ehemaligen Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses, Ulrike Merten.

Im Bestand des Deutschen Gewerkschaftsbundes konnte das Vorstandssekretariat von Maria Weber geordnet und verzeichnet werden. Maria Weber war ab 1972 Stellvertretende DGB-Vorsitzende, Leitung der Abteilungen Frauen, Berufliche Bildung und Referat Handwerk, später zusätzlich Leitung der Abteilungen Bildung und Tarifpolitik. Dieser für die gewerkschaftliche Frauenarbeit der 1970er Jahre wichtige Bestand konnte nun für die Forschung zugänglich gemacht werden.

Deutsche Frauen! Deutsche Mütter!

Plakatausstellung „Frauen im Aufbruch“

Die Plakatausstellung „Frauen im Aufbruch“ zeigt die Werbung um die politische Beteiligung der Frauen in den drei wichtigen demokratischen politischen Umbrüchen des 20. Jahrhunderts. Allgemeine Wahlaufrufe stehen dabei neben Werbeplakaten für verschiedene Parteien und Vereinigungen. Folgende prägenden Umbruchzeiten werden genauer betrachtet:

Die Wahlen zur Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919 stehen nicht nur für den Beginn der ersten Demokratie in Deutschland, sondern auch für die Einführung des Frauenwahlrechts. Die Plakate der Ausstellung zeigen den Umgang der Parteien mit diesem nicht von allen politischen Kräften willkommen geheißenen Frauenwahlrecht. Unabhängig aber von ihrer vorherigen Einstellung warben alle Parteien gezielt um die Frauenstimmen, teilweise auf heute befremdlich klingende Art und Weise. Ein paar Bei-

spiele zu den Slogans: „Deutsche Frauen wacht auf! Tut Eure Pflicht ... Helft retten. Wählt deutschnational.“ Und das taten dann auch erstaunlich viele Wählerinnen, obwohl die Deutschnationale Volkspartei zuvor gegen das Frauenwahlrecht opponiert hatte.

Die SPD appellierte an die Mutterinstinkte: „Die Mutter, die will, dass es ihren Kindern besser ergehe, kann nur sozialdemokratisch wählen!“ Oder: „Frauen! Schützt Eure Religion vor denen, die aus der Religion eine politische Parole machen ... Darum stimmt für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands.“

Bei allen Parteien zeigten sich stereotype Vorstellungen von „der Frau“: Die Wählerinnen werden als Mütter angesprochen, als friedfertige Wesen, als gläubige Christinnen. Wirklich ernst genommen als nun gleichberechtigte politische Partnerinnen wurden sie nicht.



Der zweite Schwerpunkt der Ausstellung betrachtet die Jahre 1945/49. Nach der Befreiung vom Nationalsozialismus war die deutsche Nachkriegsgesellschaft stark weiblich geprägt: Frauen bildeten nicht nur die Mehrzahl, sie waren bereits während des Zweiten Weltkriegs in die zuvor von Männern dominierten Arbeitsbereiche eingedrungen. Die Parteien erinnerten sie zunächst an ihre traditionellen Rollen, sprachen sie an als Hüterin der Familie, als Frau an der Seite eines Mannes und nur in Einzelfällen als arbeitende Frau. Während man sich in den ersten Jahren nach Kriegsende noch stark auf Nationalsozialismus und Krieg bezog, wurden die Themen später immer gegenwartsbezogener und auf die Zukunft ausgerichtet: Sinnbild der Zukunft war eine pausbäckige glückliche Frau!

Der dritte Teil der Ausstellung befasst sich mit den Jahren 1989/90, also mit Mauerfall und Wiedervereinigung.

Durch die friedliche Revolution und die deutsch-deutsche Vereinigung trafen zwei sehr unterschiedliche politische Kulturen aufeinander, die sich im gesellschaftlichen und politisch-ideologischen Rahmen entwickelt und verwurzelt hatten. Das wurde auch deutlich an der unterschiedlichen Art, mit der die Frauen umworben wurden. In der Bundesrepublik hatte sich durch die Frauenbewegung die Forderung nach einer Umsetzung der Gleichberechtigung gesellschaftlich durchgesetzt. Der Grundtenor von Emanzipation und Gleichberechtigung blieb jedoch von der grundsätzlichen Auseinandersetzung über das gesellschaftliche Selbstverständnis von Frauen und Männern gezeichnet.

In der DDR war das Selbstbild der Gesellschaft ganz anders ideologisch vorgeprägt. Emanzipation und Gleichberechtigung mussten (beziehungsweise durften) nicht mehr gefordert werden. Die Frauen hatten zwar eine doppelte Aufgabe zu bewältigen, waren aber gleichberechtigt und sozial abgesichert.



In dieser Umbruchzeit verstetigte sich der Gleichberechtigungsprozess für Frauen in Westdeutschland. Für die Frauen in Ostdeutschland brachte die Vereinigung einen potenziellen Rückschritt aus ihrer gesicherten Situation einer formalen Gleichberechtigung.

Die Ausstellung wurde anlässlich des 20. Jahrestages der deutsch-deutschen Vereinigung von der ehemaligen Bundesfrauenministerin Christine Bergmann in Berlin eröffnet.

Die Ausstellung ist komplett – inklusive Flyer und Einführungspaket – als kostenloses Download im Internet verfügbar: www.fes.de/archiv unter Download-Angebote.



GESPRÄCH MIT HEBA AHMED, ELIF BEDEN UND LANA SIRRI

Sollten wir uns integrieren?

Stipendiatinnen aus dem AK Gender diskutieren



V.l.n.r. Stella Hindemith, Lana Sirri, Elif Beden und Kerstin Kühn. © FES

Kerstin/Stella: Lana, du bist aus Israel nach Berlin gekommen, um Gender Studies zu studieren. Was hat dich im Studium bisher überrascht?

Lana Sirri: In Berlin gibt es viele unterschiedliche religiöse und kulturelle Communities. Nach vier Semestern an der Humboldt-Universität bin ich immer noch überrascht, wie homogen und „weiß“ die deutsche Universität ist. Mich hat auch verblüfft, wie eurozentrisch die Diskussionen in den Seminaren sind. Fast nie werden Quellen einbezogen, die nicht westlich sind. Oft bin ich allein diejenige, die diese andere Stimme repräsentiert und in die Debatte einbringt.

Kerstin/Stella: Im Diskurs über den Islam in Deutschland geht es oft um muslimische Frauen. Wer sind eigentlich diese muslimischen Frauen?

Lana Sirri: Die Frage ist, wer das Recht hat, sich selbst und andere zu definieren. Viele Menschen in Europa beschreiben sich als nicht religiös. Ich als Ausländerin muss akzeptieren, dass Leute in christlichen Elternhäusern aufgewachsen sind und für sich bestimmen, keine Christen zu sein. Frauen und Männer mit muslimischem oder arabischem

Eine **Arbeitsgruppe des AK Gender** beschäftigt sich mit feministischen Argumenten im Diskurs über den Islam in Deutschland. Das Gespräch dazu führten die Sprecherinnen **Stella Hindemith** und **Kerstin Kühn** mit den Stipendiatinnen: **Heba Ahmed**, **Elif Beden** und **Lana Sirri**.

Hebas Familie stammt aus Ägypten, sie studiert Philosophie an der FU Berlin.

Elif studiert European and Comparative Law an der Uni Bremen.

Lana, Palästinenserin aus Israel, hat sich für Gender Studies an der HU Berlin entschieden.

GESPRÄCH MIT HEBBA AHMED, ELIF BEDEN UND LANA SIRRI



Heba Ahmed. © privat

Hintergrund werden aber automatisch als „muslimisch“ definiert. Die Selbstdefinition des Gegenübers – das Recht, sich selbst zu definieren – gilt also nicht gegenseitig. Warum wird nicht akzeptiert, dass eine muslimische Frau nur diejenige ist, die sich selbst als muslimische Frau definiert?

Elif Beden: In der Integrationsdebatte werden Frauen mit Kopftuch als streng religiös wahrgenommen, Frauen ohne Kopftuch dagegen als westlich-liberal-muslimisch. Das ist aber häufig nicht korrekt. Es gibt einen großen Unterschied zwischen Selbst- und Fremdbild bei diesen Frauen, wie ich aus eigener Erfahrung weiß: Meine Mutter trägt Kopftuch und lebt einen sehr liberalen, feministischen Islam. Ich trage kein Kopftuch und bin keine Muslima, werde aber allein wegen meines Migrationshintergrunds immer wieder gefragt, ob ich Schweinefleisch esse oder Alkohol trinke.

Kerstin/Stella: Warum besteht ein so großes öffentliches Interesse an muslimischen Frauen?

Heba Ahmed: Das frage ich mich auch oft. Sind es Neugier und Informationsmangel? Ist das Interesse politisch motiviert, um Frauenunterdrückung durch Religion und Patriarchat zu bekämpfen? Jedenfalls fühlen sich viele muslimische Frauen motiviert, an öffentlichen Debatten teilzunehmen. Die zunehmende Anzahl muslimischer Bloggerinnen, aktiver Studentinnen, Journalistinnen und Aktivistinnen ist nicht unabhängig vom öffentlichen Interesse. Das ist eine positive Entwicklung!

Lana Sirri: Uni-Seminare zu Islam, Islam in Europa, Frauen im Islam sind immer voll – die Themen sind „in“, sind geradezu „sexy“. Europa muss mit einer wachsenden Zahl muslimischer Einwanderer – sehr unterschiedlichen Gruppen mit sehr verschiedenen Motiven – umgehen. Das führt offensichtlich zu der Frage, wer man selbst ist. Die generelle Schwierigkeit, zu definieren, was eine Nation ausmacht, führt zur Selbstdefinition durch die Definition der Anderen.

Elif Beden: Muslimische Frauen sind zu einem Symbol der Angst einiger Deutscher vor Überfremdung geworden und interessanterweise gleichzeitig zum Symbol für den emanzipatorischen Fortschritt der westlichen Frauen. Am Beispiel der muslimischen Frauen wird ungerechterweise auf die vermeintliche Andersartigkeit der „muslimischen“ Kultur hingewiesen. Sie unterscheidet sich von der westlichen dadurch, so die Argumentation, dass die Frauen nicht gleichberechtigt sind. So wird die in Deutschland notwendige Gleichstellungsdebatte, die alle Frauen betrifft, in die Integrationsdebatte verlagert. Die wirklichen Gleichstellungsprobleme geraten dadurch in den Hintergrund.

Kerstin/Stella: Wie erlebt ihr persönlich diese Debatten über muslimische Frauen bzw. den Islam?

Elif Beden: Es ist leider vor allem eine Debatte über muslimische Frauen und nicht mit ihnen, das stört mich am meisten. Wenn muslimische Frauen in Talkshows oder in den Medien präsent sind, dann rechtfertigen sie sich meist nur für ihren Glauben. Die Mehrheitsgesellschaft hat

GESPRÄCH MIT HEBA AHMED, ELIF BEDEN UND LANA SIRRI

ein großes Interesse daran, den Islam zu reglementieren, jedoch nicht, ihn zu verstehen. Diese Reglementierung des Selbstbestimmungsrechts ist für mich nicht feministisch.

Lana Sirri: Als Frau mit muslimischem Hintergrund, die ihren Wurzeln gegenüber kritisch ist, kommt es oft vor, dass ich etwas verteidige, gegen das ich eigentlich bin. Ein Beispiel: Aus islamischer Perspektive und als Person, die feministische Interpretationen des Koran gelesen hat, bin ich gegen das Kopftuch. Wenn ich mir die Diskussionen an der Uni oder in den Medien anhöre, verteidige ich das Kopftuch plötzlich bzw. die Frauen, die auf ihrem Recht bestehen, es zu tragen.

Heba Ahmed: Die Debatte ist von der Migrations- und Integrationsdebatte dominiert und diese ist mit der Identitätsfrage der deutschen Gesellschaft verbunden. Es ist eine deutsche Debatte über muslimische Migrantinnen. Der Streit über Kopftuch, muslimische Lehrerinnen, Moscheebau usw., das alles wirkt auf mich irreführend und kontraproduktiv, teilweise sogar menschenverachtend. Wenn die Menschen in Deutschland herausfinden, wie sie mit in Deutschland geborenen, aufgewachsenen oder zugezogenen Menschen umgehen möchten, werden sie auch mit muslimischen Frauen, mit dem Islam oder mit was auch immer klarkommen. Noch sehe ich nicht, wie sich das entwickeln wird.

Kerstin/Stella: Wie könnte eine feministische Antwort auf die Integrationsdebatte aussehen?

Elif Beden: Ein feministischer Integrationsansatz achtet das Selbstbestimmungsrecht aller Menschen. Deswegen ist für mich Alice Schwarzers Position zum Kopftuch unvereinbar mit Feminismus, da sie allen muslimischen Frauen die Fähigkeit abspricht, selbstbestimmt über den eigenen Körper und die eigene Kleidung zu entscheiden, und sie nur als unmündige Opfer des Patriarchats sieht. Feministische Integration bedeutet für mich schlicht, Frauen und Männer selbstbestimmt und gleichberechtigt über ihr Leben in dem Land entscheiden zu lassen, für das sie sich entschieden haben und in dem sie ihre Zukunft sehen.

Heba Ahmed: Eine feministische Perspektive ist eine meist wissenschaftliche und zugleich politisch motivierte Sicht. Die Integrationsdebatte dagegen ist ein willkürlicher Raum ohne Prinzipien und Grenzen, der stark von Emotionen wie Angst gesteuert wird. Feministische Argumente aber sollten auf zwei grundlegenden Prämissen basieren: 1. Frauen sind (freie) Menschen. 2. Migrantinnen sind Bürgerinnen in Deutschland, egal, ob sie deutsche oder andere Staatsbürgerschaften haben. Eine feministische Perspektive sollte sich, überall, zur Aufgabe machen, Doppel-Diskriminierungen von Frauen zu bekämpfen.

Lana Sirri: Warum muss es überhaupt eine Integrationsdebatte geben? Wo hinein sollen sich Gruppen integrieren? Wem oder was dient die Integration? Ich antworte mit Fragen, da ich die Antworten nicht weiß. Sollten wir uns integrieren?



Dissertationen

Von der FES geförderte Promotionsprojekte zu
frauen- und genderpolitischen Themen 2010 (Auswahl)

Amerikanistik

- Marion Rana: Geschlechternormenkonformität und -abweichung in der aktuell rezipierten britischen und amerikanischen Kinder- und Jugendliteratur

Architektur/Innenarchitektur

- Kawthar El-Qasem: Dekulturation, Oralität und Emanzipation. Die Rolle der mündlichen Überlieferung im Kontext der Dekulturation und Möglichkeiten der Transformation

Erziehungswissenschaft/Pädagogik

- Julia Halfmann: Schwere Behinderung. Migration. Bildung. Arbeitstitel: Interkulturalität von Kindern und Jugendlichen mit schwerer Behinderung und Migrationshintergrund als Aspekt schulischer Bildung und Erziehung
- Julia Nana Heyl: „Doing Family International“ – Migrantische Arbeiterinnen in deutschen Familienhaushalten. Bezugsrahmen und Alltagspraktiken in einer interkulturellen Vereinbarkeitsstrategie
- Lena Irmeler: Gender(doing) in der Kita? Wie sehen Interaktionen zwischen Erzieherinnen und Jungen und Mädchen in Kindertagesstätten aus?
- Johannes Möhler: Kooperatives Arbeiten von Lehrern – Zur Implementierung von festen Lehrerteams und kleinen Schulen in der großen Schule in Schweden und Deutschland
- Abdoulaye Ouedraogo: Bildung und Armutsbekämpfung in Burkina Faso. Wirkungsanalyse der Entwicklungsprojekte im Bildungswesen

Germanistik

- Benedikt Döhla: Sprachkurse und Sprachprüfungen für nachziehende Ehegatten am Goethe Institut Türkei
- Juliane Sucker: „Und Birken gibt es auch nicht hier“. Politisch-publizistisches Engagement im Exil – Die Journalistin, Schriftstellerin und langjährige Sekretärin des P.E.N.-Zentrums Gabriele Tergit

Geschichte

- Martina Bitunjac: Zwischen Mutter- und Heldenkult. Frauenbilder im unabhängigen Staat Kroatien 1941–1945
- Robert Conrad: Richenza von Northeim (1087/89 – 1141). Studien zu Leben und Wirken der Kaiserin
- Doris Danzer: Freundschaft, Vertrauen und Verrat. Deutsche Linksintellektuelle und ihre Beziehungsnetze am Beispiel von Walter Janka und Anna Seghers, 1930–1960
- Anja Katharina Peters: Nanna Conti – Die Leiterin der Reichsfachschaft Deutscher Hebammen

Literatur- und Sprachwissenschaften

- Ninon Franz Thiem: Vom Imaginieren eines Raums. Das postkoloniale Indochina als literarisches Konstrukt
- Hakan Tunc: „Ehre“ in der deutschsprachigen Literatur von türkischen AutorInnen

Medien

- Sigrid Kannengießer: Globalisierung – Medien – Geschlecht. Die Auswirkungen kultureller Globalisierungsprozesse auf mediale Geschlechterkonstrukte und gesellschaftliche Geschlechterhierarchien

Politik

- Ivana Jurišić: Comparative Analysis of Treatment of Female Asylum Seekers and Refugees of Islamic Background in Germany and Norway

Psychologie

- Eun Hee Choi: Identitätsarbeit im Prozess der Akkulturation von ausländischen Studierenden in Deutschland

Rechtswissenschaften

- Ghazaleh Faridzadeh: Vom Mensch-Sein zum Person-Sein. Grundlagen einer Person- bzw. Subjekttheorie im islamischen Recht
- Victoria Nge: Loop Holes in Laws responding to trafficking in Women for sexual exploitation in the European Union
- Ning Ni: Ersatz für den immateriellen Schaden nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz
- Tatyana Vassilchikova: Konzepte zur aktiven Partizipation Jugendlicher mit Migrationshintergrund. Rechtliche Analyse der Situation in europäischen Ländern

Soziologie/Sozialwissenschaften

- Klarissa Kunze: Alpha- und Herdentiere. Zur Bedeutung von Habitus und Herkunft für journalistische Karrieren
- Snizhana Maksymchuk: Gender Studies in der gegenwärtigen Ukraine. Zustand, Probleme und Perspektive
- Peggy Szymenderski: Emotionale Verbindungen und Begrenzungen im Alltag. Wechselwirkungen im Spannungsfeld von Familie und Erwerbsarbeit am Beispiel von Polizistinnen und Polizisten

Sozialwesen

- Somnoma Valerie Quedraogo: Re-Migration und Integration aus der Perspektive von burkinischen Arbeitsmigranten, die von Cote d'Ivoire nach Burkina Faso zurückkehren

Theologie

- Adrian Tavaszi: Die weibliche Gottesidee des Devimahatmya

Publikationen

der FES zur Frauenpolitik und Genderpolitik 2010 (Auswahl)

-
- **Análisis de la incorporación del enfoque de género en los proyectos públicos de desarrollo/Saskya Lugo.** Quito: Friedrich-Ebert-Stiftung – ILDIS 2010. (Documentos de trabajo/Friedrich-Ebert-Stiftung Ecuador)
-
- **Disputas democráticas: las mujeres en los espacios de representación política/Lilián Celiberti; Niki Johanson.** Montevideo: Friedrich-Ebert-Stiftung 2010. (Cuestiones de agenda)
-
- **Ending the „crisis of carelessness“: a feminist and southern analysis of the financial crisis/Diana Aguiar.** Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Global Policy and Development 2010. (International policy analysis). Title only available online. ISBN 978-3-86872-430-1
-
- **Frauen – Männer – Gender: Frauenpolitik & Genderpolitik in der Friedrich-Ebert-Stiftung 2009/2010/Hrsg.: Albrecht Koschützke.** Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2010. ISBN 978-3-86872-435-6
-
- **Gender als politisches Projekt: Wie bitte geht’s zur Geschlechtergerechtigkeit?/Christa Wichterich.** Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Referat Globale Politik und Entwicklung 2010. (Perspektive/Friedrich-Ebert-Stiftung). Title only available online. ISBN 978-3-86872-269-7
-
- **Genderne bjudžetuvannja v Ukraïni/Avtori: Malynjak Bohdan; Ivanina Tetjana; Harašeenko Svtilana.** Kyïv: Friedrich-Ebert-Stiftung 2010. Cyrillic script.
-
- **Género y trabajo justo, digno y solidario en el marco del Buen Vivir/Zea Dávila Maria Jacinta.** Quito: Friedrich-Ebert-Stiftung – ILDIS 2010. (Documentos de trabajo/Friedrich-Ebert-Stiftung Ecuador)
-
- **Geschlechterkampf von rechts: wie Männerrechtler und Familienfundamentalisten sich gegen das Feindbild Feminismus radikalisieren/Thomas Gerstenkamp.** Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik 2010. (WISO-Diskurs). (Arbeitsbereich Frauen- und Geschlechterforschung). ISBN 978-3-86872-270-3
-
- **An investment that pays off: promoting gender equality as a means to finance development/Stephanie Seguino, Günseli Berik, Yana van der Meulen Rodgers.** Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Department for Global Policy and Development 2010. (Gender study). Title only available online. ISBN 978-3-86872-331-1
-
- **Mitläuferinnen & Macherinnen – Mädchen und rechtsextreme Orientierungen: Dokumentation des Fachtages am 28. Januar 2010 in Stuttgart/Fritz-Erler-Forum Baden-Württemberg u.a. Stuttgart 2010.** Title only available online.
-
- **Noch mehr unbezahlt?: Wie konservative (Geschlechter)Politik mit der Betreuungsarbeit verfährt/Barbara Stiegler.** Bonn: Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung 2010. (WISO direkt). ISBN 978-3-86872-427-1
-
- **Das norwegische Experiment: eine Frauenquote für Aufsichtsräte/Aagoth Storvik und Mari Teigen.** Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse 2010. (Internationale Politikanalyse). ISBN 978-3-86872-382-3. Franz. Ausg. u.d. Titel: L’expérience norvégienne. Title only available online. Engl. Ausg. u.d. Titel: Women on board: the Norwegian experience. ISBN 978-3-86872-381-6
-
- **Das norwegische Experiment – eine Frauenquote für Aufsichtsräte: Präsentation einer Studie am 5. Juli 2010/Heide Oestreich.** Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Politik und Gesellschaft 2010. (Forum Familienpolitik)
-

-
- Políticas de seguridad ciudadana con enfoque de género: una difícil pero posible alianza/Andreina Torres Angarita. Quito: Friedrich-Ebert-Stiftung – ILDIS 2010. (Policy paper/Friedrich-Ebert-Stiftung Ecuador; 7)
-
- Posibnyk dlja žurnalistiv-praktykiv „hendernyj pohljad – 2“/Avtor i uporyadnyk Suchomlyn M. I. Char'kiv: Friedrich-Ebert-Stiftung [u. a.] 2010. Cyrillic script. ISBN 978-966-1511-21-6
-
- Precariedad laboral en Centroamérica: impactos para las mujeres/Ariane Grau Crespo; Larraitz Lexartza Artza. San José: Friedrich-Ebert-Stiftung – fesamericacentral 2010. ISBN 978-9977-961-34-7
-
- Religious fundamentalisms and their gendered impacts in Asia/Claudia Derichs ... Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Department for Asia and the Pacific 2010. ISBN 978-3-86872-253-6
-
- Schwestern zur Sonne, zur Gleichheit ... zur Integration!: Erfahrungen und Erwartungen von Frauen an Politik und Gesellschaft; Internationaler Frauentag am 5. März 2010/Waltraud Schwab. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Politik und Gesellschaft 2010. (Forum Frauen-/Genderpolitik)
-
- Seksyzm v reklami/Avtory: Natalija Točylenkova; Taras Mychal'njuk; Grygoriy Kunicyn. Kyiv: Fond. im. Fridricha Eberta, Predstavnytvo v Ukraïni 2010. Cyrillic script.
-
- Towards a democratic and inclusive constitution for Zimbabwe: the scope for addressing gender equality/ Amy S. Tsanga. Harare: Friedrich-Ebert-Stiftung 2010. (Parliamentary briefing paper) ISBN 978-0-7974-4267-2
-
- Weiblich, behindert – diskriminiert?: Die Rechte behinderter Frauen und Mädchen stärken! Zusammenfassung der Konferenz vom 19. November 2009, Berlin/von Urban Überschar. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Politik und Gesellschaft 2010. (Forum Frauen-/Genderpolitik). Title only available online.
-
- Wem werden Konjunkturprogramme gerecht?: Eine budgetorientierte Gender-Analyse der Konjunkturpakete I und II ; Expertise im Auftrag des Arbeitsbereiches Frauen- und Geschlechterforschung der Friedrich-Ebert-Stiftung/Mara Kuhl. Bonn: Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung 2010. (WISO Diskurs). (Arbeitsbereich Frauen- und Geschlechterforschung). ISBN 978-3-86872-308-3
-

Alle Publikationen als Download in der Digitalen Bibliothek der FES: <http://library.fes.de/library/fr-digbib.html>

Frauen- und Genderpolitik in der FES

Geschlechtergerechtigkeit herzustellen, ist eine zentrale nationale wie globale gesellschaftspolitische Herausforderung. Zwar gibt es bei der Teilhabe und der Mitgestaltung von Frauen in Politik und Gesellschaft heute Fortschritte, doch bleibt noch viel zu tun: Nach wie vor sind Frauen in Politik und Wirtschaft nicht gleichberechtigt beteiligt, erfahren Gewalt, schultern den Hauptanteil an Familien- und Hausarbeit und verdienen weit schlechter als Männer. Doch Geschlechtergerechtigkeit verlangt mehr als die unverzichtbare Frauenförderung. Sie zielt ebenfalls auf die gendersensible Analyse und Reform von diskriminierenden Strukturen und auf den damit einhergehenden notwendigen Rollenwandel, der auch Jungen und Männer betrifft.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung engagiert sich seit Jahrzehnten für eine geschlechtergerechte Politik. Gemäß dem Gender Mainstreaming berücksichtigen wir in unserem Bildungs-, Dialog- und Beratungsangebot die Perspektive der Geschlechterverhältnisse in allen Politikbereichen und Themenfeldern. In unserer nationalen und internationalen Arbeit haben dabei die Diskussion von Fragen der Gleichstellung sowie die Förderung von Frauen einen zentralen Stellenwert. Nationale und internationale Konferenzen dienen zudem als Begegnungsorten für Frauen aus allen Teilen der Welt und bilden öffentliche Foren für deren Beteiligungen und Einflussmöglichkeiten an allen politischen Prozessen.

Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Koordination

Frauen – Männer – Gender

Bettina Luise Rürup
Luise.Ruerup@fes.de
www.fes.de

Friedrich-Ebert-Stiftung

Godesberger Allee 149
53175 Bonn
Tel. 0228 883-0
Fax 0228 883-9207

Friedrich-Ebert-Stiftung

Hiroshimastraße 17 und 28
10785 Berlin
Tel. 030 26935-6
Fax 030 26935-9244

Politische Bildung

Politische Akademie

Anne Haller
Anne.Haller@fes.de

Gesellschaftspolitische Information

Jochen Reeh-Schall
Jochen.Reeh@fes.de

Politischer Dialog

Forum Politik und Gesellschaft
Bettina Luise Rürup
Luise.Ruerup@fes.de

Internationale Arbeit

Internationaler Dialog

Anja Wehler-Schöck
Anja.Wehler@fes.de

Internationale Entwicklungs- zusammenarbeit

Susan Javad
Susan.Javad@fes.de

Afrika

Evelyn Ehrlinspiel-Ponath
Evelyn.Ehrlinspiel@fes.de

Asien

Julia Müller
Julia.Mueller@fes.de

Lateinamerika

Hilmar Ruminski
Hilmar.Ruminski@fes.de

Naher und Mittlerer Osten, Nordafrika

Martin Johr
Martin.Johr@fes.de

Forschung und Wissenschaft

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dr. Barbara Stiegler
Barbara.Stiegler@fes.de

Studienförderung

Dr. Beate Bartoldus
Beate.Bartoldus@fes.de

Archiv der sozialen Demokratie

Gabriele Lutterbeck
Gabriele.Lutterbeck@fes.de

Bibliothek

Regine Schoch
Regine.Schoch@fes.de

Stand: August 2011

IMPRESSUM

ISBN 978-3-86872-879-8

Herausgeberin: Vesna Rodić, Friedrich-Ebert-Stiftung, Kommunikation & Grundsatzfragen, 53170 Bonn

Redaktion: Renate Färber-Husemann

Red. Mitarbeit: Judith Althaus, Christine Arbogast, Nina Bessing, Kristina Birke, Stephanie Böhm, Katrin Dapp, Anja Dargatz, Klaus Feiler, Svitlana Garashchenko, Anne Haller, Sunita Hasagić, Mirko Herberg, Daniela Iller, Susan Javad, Albrecht Koschützke, Eszter Kovács, Mara Kuhl, Gabriele Lutterbeck, Thomas Mättig, Beate Martin, Heide Oestreich, Luise Bettina Rürup, Jeanette Rußbült, Christina Schildmann, Regine Schoch, Margarete Schuler-Harms, Waltraud Schwab, Anja Wehler-Schöck, Urban Überschar, Reimar Winkler

Gestaltung: Pellens Kommunikationsdesign GmbH

Lektorat: Sönke Hallmann

Herstellung: Katja Ulanowski, FES

Druck: Media-Print Informationstechnologie GmbH, Paderborn

Printed in Germany 2011



ISBN 978-3-86872-879-8

